

## REZENSIONEN

### A. Allgemeines

VSWG 105, 2018/3, 410–411

Peter H. Christensen

#### **Germany and the Ottoman Railways. Art, Empire and Infrastructure**

Yale U.P., New Haven/London 2017, 204 S., 60,64 €.

Die Geschichte der Bagdadbahn war bereits Gegenstand zahlreicher Abhandlungen, hat sich aber hartnäckiger als andere Themenfelder gegen methodische Innovationen aus postkolonialer, kultur- und globalhistorischer Perspektive gesperrt. Dabei hatte bereits Jonathan McMurray in der Einleitung zu seinem *Distant Ties* 2001 bemerkt, dass das deutsch-osmanische *joint venture* im Bahnbereich viel spannendere Geschichten hergäbe als die diplomatischen Notenwechsel und Investitionspläne Frankfurter Banken. Er selbst blieb aber den Beweis schuldig.<sup>1</sup>

Der Kunsthistoriker Peter H. Christensen wagt sich nun daran, das Thema neu zu erfinden – endlich, kann man sagen. Wie McMurray geht er davon aus, dass die Geschichte einer einseitigen Ausbeutung zu kurz greift, um die deutsch-osmanischen Begegnungen rund um die Bahn zu erschließen. Dabei weitet er die Perspektive aus, indem er nicht nur die Anatolische und die Bagdadbahn als Bahnen unter deutschem Einfluss untersucht, sondern auch die Hedschasbahn (ein osmanisches Staatsunternehmen mit deutschem leitenden Bauingenieur) und die Orientbahn auf dem Balkan, die 1890 von einem Deutsche Bank-Konsortium aufgekauft wurde. Ähnlich vielfältig ist der thematische Zugang. Im ersten Teil bestehend aus vier Kapiteln (Politik – Geographie – Topographie – Archäologie) wendet sich Christensen den Weisen zu, wie Wissen über die Bahnprojekte bzw. ausgehend von diesen produziert wurde. Im zweiten Teil mit ebenfalls vier Kapiteln geht es um die baulichen Eingriffe im Rahmen bzw. im Umfeld des Bahnbaus (Bauarbeiten – Hochbau – Denkmäler – Stadtplanung).

Um das Fazit vorwegzunehmen: Die Ideenvielfalt und Breite des reich illustrierten Bandes sind sowohl dessen Stärke als auch Schwäche. Überzeugend und innovativ sind die detailreichen architekturhistorischen Analysen, insbesondere der auf den ersten Blick unscheinbaren Provinzbahnhöfe, die aber bei näherem Hinschauen die Handschrift der Handwerker und lokalen Bauleiter aufweisen (S. 96–122). Auch die Verbreitung von Werkstein in Ingenieurbauten und seine Symbolkraft im Rahmen des Heimatstils und einer „Germano-Mediterranean narrative“ (S. 99) ist eine Beobachtung, die in bisherigen Interpretationen fehlt. Leider gibt es jedoch auch zahlreiche Ungenauigkeiten, Fehler und Überinterpretationen. Es ist beispielsweise schwer verständlich, warum im Kapitel „Archäologie“ die deutsch-osmanische Staatsaffäre um den Abtransport des Mschatta-Tores nach Berlin eher skizzenhaft behandelt wird (S. 76–78), obwohl Suzanne Marchand diese und Edhem Eldem das Verhältnis des osmanischen Generalkonservators Osman Hamdi zu den ausländischen Archäologen generell bereits detailliert rekonstruiert haben.<sup>2</sup> Wenn Petersen tatsächlich daran gelegen ist, die anonymen Gestalter der Bahnbauten sichtbar zu machen (S. 82–95), warum nutzt er hierzu nicht stärker die Literatur zu den Bauarbeitern und Ingenieuren?<sup>3</sup> Kleinere Anachro-

nismen, wie die Bezeichnung „Bundes-“ statt „Reichsadler“, „Selçuk“ (damals: Ayasoluk) und die Nennung von Sultan Mahmud als Verkünder des Edikts von Gülhane (statt Abdülmejid) tun noch wenig zur Sache, da sie für die Argumentation nicht ausschlaggebend sind. Irreführend werden sie hingegen, wenn Christensen aufgrund solcher Anachronismen weitgehende Schlussfolgerungen zieht und dabei Vorkommnisse im räumlichen oder zeitlichen Umfeld der Bahnvorhaben als deren Ergebnis reklamiert, beispielsweise: „The construction of the Salonica railway station, connecting that city with Skopje and Monastir, marked the first major German-led rail to port connection within the Ottoman empire and transformed the city’s western waterfront edge upon its completion in 1873. The construction of the quay adjacent to the railway terminus, located at the edge of the city’s Jewish quarter, necessitated a staggered removal of the sea wall, which began in 1869 (fig. 2).“ (S. 143) An diesen beiden Sätzen ist so gut wie alles falsch. Die Bahnlinie Saloniki-Monastir wurde (im Unterschied zur 1874 eröffneten Linie nach Skopje) erst 1891–1894 gebaut. Zwischen dem Endbahnhof der Orientbahn und dem Hafen lag immerhin ein Kilometer. Den Situationsplan, den Christensen als Beweis präsentiert und auf 1868 schätzt (fig. 2), ist aus den 1890er Jahren und zeigt den Hafenneubau von 1896–1902 durch Edouard Bartissol, zu dem von verschiedenen Bahngesellschaften der Stadt (in französischem und deutschem Besitz) lediglich Verbindungslinien führen. Die Stadtmauer wurde durch das Generalgouvernement (*valilik*) in den 1870er Jahren abgerissen: für die Schifffahrt und als städtebauliche Maßnahme, jedoch nicht als Teil einer „German-led rail to port connection“ (da der Bahnhof wie Bartissols Hafen außerhalb der alten Stadtmauer liegt), geschweige denn eines „German remodeling of the Balkans“ (S. 84), da die Orientbahn zu dieser Zeit noch unter Moritz Hirsch mit französischen und belgischen Investoren agierte und auch Berlin noch keine kohärente Balkanpolitik hatte.

Zusammenfassend lässt sich also über diesen Band sagen: voller spannender Anregungen und Beobachtungen zur Neuinterpretation der deutsch-osmanischen Bahnbauten, mit Ungenauigkeiten und Übertreibungen, auf der faktischen Ebene (leider!) nicht vertrauenswürdig.

- 1 Jonathan McMurray: *Distant Ties. Germany, the Ottoman Empire, and the Construction of the Baghdad Railway*. Westport 2001.
- 2 Suzanne Marchand: *Down from Olympus. Archaeology and Philhellenism in Germany, 1750–1970*. Princeton 1996; Ethem Eldem: *An Ottoman Archaeologist Caught between Two Worlds: Osman Hamid Bey (1842–1910)*, in David Shankland (Hg.): *Archaeology, Anthropology and Heritage in the Balkans and Anatolia: The Life and Times of F. W. Hasluck, 1878–1920*, vol. I, S. 121–149.
- 3 Peter Heigl: *Schotter für die Wüste. Die Bagdadbahn und ihre deutschen Bauingenieure*. Amberg 2004; James Nicholson: *The Hejaz Railway*. Dubai 2005, insbesondere S. 29–34.

MALTE FUHRMANN

Berlin



VSWG 105, 2018/3, 412–413

Andreas Holzem (Hg.)

**Wenn Hunger droht. Bewältigung und religiöse Deutung (1400–1980)**

(Bedrohte Ordnungen 6). Mohr Siebeck, Tübingen 2017, 324 S., 69,00 €.

Dieser Sammelband basiert auf Beiträgen einer 2014 in Tübingen veranstalteten Tagung zu „Hungerkatastrophen als Bedrohung sozialer und religiöser Ordnungen“. Sowohl die Tagung als auch das dahinterstehende Forschungsprojekt schließen inhaltlich an konzeptionelle Überlegungen aus dem Kontext des DFG-Sonderforschungsbereichs 923 „Bedrohte Ordnungen“ an.

Phasen akuten Hungers und Nahrungsmangels haben unbestreitbar destabilisierende Effekte auf soziale Beziehungen und die Vorstellung von materieller und kultureller/religiöser Ordnung. Hunger kann soziale und religiöse Hierarchien, wirtschaftliche Beziehungen, Besitzverhältnisse, Geschlechterordnungen und Gruppenbildungsprozesse in Bewegung bringen. Gleichzeitig können Krisensituationen auch fast vergessene oder aus anderen Kontexten importierte Formen gegenseitiger Hilfe hervorrufen und somit stabilisierende Effekte haben. So oder so rufen Phasen akuten Nahrungsmangels bei Betroffenen und Beobachtern das Bedürfnis nach Deutung und Erklärung des Phänomens hervor. Dabei sind in den Problembeschreibungen stets erste Lösungsansätze angelegt. Beschreibung und Deutung präformieren Bewältigungsstrategien, wie Herausgeber Holzem zu Beginn mit Verweis auf aktuelle Fluchtbewegungen und die Reaktionen in Europa unterstreicht. Es lohne sich daher, einen intensiveren Blick auf Bedrohungsängste, -erklärungen und -bewältigungsstrategien im Zusammenhang mit Nahrungsmangel und Hunger zu werfen und diese in der *long duree* zu betrachten.

Der vorliegende Band ist in drei chronologisch und thematisch abgegrenzte Teilkapitel gegliedert. Das erste blickt auf Hunger, Sünde und Magie (1400–1800) und damit auf das Aufeinandertreffen konkurrierender Wissensordnungen und das Mit- und Nebeneinander magischer, religiöser und naturalisierender Weltdeutungen. Das zweite Kapitel legt den Fokus auf Hunger, Caritas und Sozialstrategie (1800–1933) und fragt nach den Zusammenhängen und Divergenzen religiöser Weltdeutung und sich ausbreitender Vorstellungen von (sozialer) Modernisierung im Kontext staatlicher und kirchlicher Institutionen. Das letzte Teilkapitel schließlich versammelt Beiträge zum Zusammenhang von Hunger in der ‚Dritten‘ und Wohlstand in der ‚Ersten‘ Welt (1960–1980). Hier wird theologischen Deutungen des „Welthungers“ als globaler und medial vermittelter Bedrohung nachgegangen. Die Beiträge zeigen, dass Hunger zunehmend als Irritation religiös (und immer öfter auch nichtreligiös) geprägter Gerechtigkeitsvorstellungen erscheint und somit als potenzielle Gefahrenquelle für westliche Lebensstandards sowie Konzepte von Sicherheit und politischer, ökonomischer und ökologischer Stabilität wahrgenommen wird.

Die neun Beiträge (drei pro Teilkapitel) zielen darauf „den Zusammenhang von Hungerkatastrophe und Bedrohungsdiskurs in christlich geprägten, sich säkularisierenden westeuropäischen Gesellschaften“ zu untersuchen (S. 4). Sehr überzeugend wird dabei herausgearbeitet, dass verschiedene Ordnungsvorstellungen und Deutungsangebote in diesem Kontext überlappen, einander widersprechen und immer wieder auch aufeinander aufbauen konnten. Die Qualität der Einzelbeiträge ist nicht einheitlich, jedoch in allen drei Teilkapiteln überwiegend hoch. Aus den Texten spricht zudem das Bemühen, die eigene Forschungsfrage anschlussfähig an zentrale Überlegungen

der Forschungsgruppe zu machen. Auch sind die meisten Aufsätze gut lesbar, empirisch sauber gearbeitet und tragen so insgesamt relevante Aspekte zum Oberthema des Bandes bei. Allerdings überrascht die stark variierende Länge der Einzelbeiträge etwas, da die empirische Dichte und analytische Flughöhe der Beiträge nicht immer zueinanderpassen. Auch thematisch sind die Beiträge in den Kapiteln sehr divers. Nun hätte eine systematische Themenauswahl sicher den Rahmen des Bandes gesprengt, von daher ist der Vorwurf der Beliebigkeit nicht angemessen. Dennoch hätten Zwischeneinleitungen, die die drei inhaltlichen Teile miteinander verbinden (etwa indem sie thematische und methodische Querverbindungen zwischen den teilweise disparaten Forschungsfragen und Themengebieten aufzeigen), positive Effekte gezeitigt. Im Kontext solcher Zwischeneinleitungen hätte auch die sich aufdrängende Frage diskutiert werden können, warum fast ausschließlich (aber nicht nur) Texte gewählt wurden, die auf den ‚deutschen‘ Kontext blicken. Die Deutung und Bewältigung von Hungerkrisen (das zeigt gerade das dritte Teilkapitel) ist ohne grenzüberschreitende Perspektiven und Handlungsrepertoires der Akteure nicht zu verstehen. Es wäre schön gewesen, diesem Befund in der Anlage des Buches systematisch(er) Rechnung zu tragen. Auch die etwas beliebige Chronologie (und ihre Lücken) hätten etwas ausführlicher diskutiert werden können. Letzteres allerdings ist eher eine Petitesse angesichts der bedauerlichen Tatsache, dass der Frage, wie Geschlechterordnungen durch Hungerkrisen herausgefordert werden, bestenfalls ein zufälliger Schulterblick gewidmet wird. Diese thematische Engführung ist umso verwunderlicher, als das Oberthema wie auch die im Band versammelten Texte relativ mühelos Anchlüsse an Fragen zum Wandel von Geschlechterordnungen in Hungerskrisen ermöglicht hätten. Ein systematischer Fokus auf diese Frage hätte wesentliche Erkenntnisgewinne erbracht und den Band zudem inhaltlich-systematisch ‚runder‘ gemacht.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass der Band eine Vielzahl offener Fragen adressiert und sowohl mittels der Einzelbeiträge als auch als Gesamtwerk einen wichtigen Beitrag zur Frage leistet, wie sich Deutungen, Verarbeitungs- und Bewältigungsstrategien elementarer Bedrohungen seit dem Spätmittelalter verschoben haben.

DR. HEIKE WIETERS

Berlin

VSWG 105, 2018/3, 413–415

Philip Steiner

**Die Landstände in Steiermark, Kärnten und Krain und die josephinischen Reformen. Bedrohungskommunikation angesichts konkurrierender Ordnungsvorstellungen (1789–1792)**

Aschendorff, Münster 2017, 608 S., 59,00 €.

Diese gründliche und detailreiche Dissertation, die 2015 von der Philosophischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen angenommen wurde, befasst sich mit den habsburgischen Landständen, insbesondere mit jenen in Innerösterreich, in der Zeit des Aufgeklärten Absolutis-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

mus. Dieses Thema ist ein Desiderat der Forschung. Die Arbeit mit dem etwas sperrigen Titel entstand im Rahmen des Teilprojekts „Josephinismus, katholische Kirche und landständischer Adel. Bedrohungskonstellationen in Innerösterreich“ des Sonderforschungsbereichs „Bedrohte Ordnungen“ an der Universität Tübingen.

Nach Meinung des Vf.s waren die Ursachen der Bedrohungskommunikation „konkurrierende und divergierende Vorstellungen zur Ordnungsgestaltung in der Habsburgermonarchie“ (S. 24). Dabei spielten die thesianischen und josephinischen Reformen eine zentrale Rolle. Die Neuerungen Maria Theresias zielten in der Hauptsache darauf, das föderative, stark zersplitterte Habsburgerreich mit seinen fast autonomen Kronländern in einen zentralistischen Einheitsstaat umzuwandeln. Im Sinne dieses aufgeklärten Staatsgedankens wurden Privilegien und herkömmliche Rechte gänzlich beseitigt bzw. nicht mehr erneuert. Mit diesem politischen System verband sich gleichzeitig ein ständig wachsender Zentralismus, der der ständischen Selbstverwaltung ein Ende setzte. Damit wurde auch die Macht des Staatsbeamtentums und der Bürokratie begründet, die den Zielen und Absichten des Aufgeklärten Absolutismus dienen sollte. Noch weiter als Maria Theresia ging ihr Sohn Joseph II. mit seinem radikalen Reformprogramm. Ihm galt der Staat als oberster Zweck, dem sich alles unterzuordnen hatte und jedes historische Recht zum Opfer fallen musste. Die landständischen Privilegien, Strukturen, Institutionen und Ämter wurden stark geschwächt bzw. ganz abgeschafft, so auch im innerösterreichischen Länderkomplex. Dies führte verständlicherweise zu Differenzen, Konflikten, Protesten und Ordnungskonkurrenzen, die der Autor untersucht.

Die Monographie beginnt mit einem Überblick über den Forschungsstand, die Quellen und Literatur zur Thematik und gliedert sich in 17 Hauptkapitel und viele Unterabschnitte. Am Anfang wird das Forschungskonzept der „Bedrohungskommunikation“ erklärt, das der Verf. „als ein in die Quellenkritik eingebettetes kommunikationsgeschichtliches Analyseinstrument“ bezeichnet – ein methodisch durchaus interessanter Ansatz (S. 29). Das zweite Hauptkapitel befasst sich mit dem Österreichischen Erbfolgekrieg und den thesianisch-josephinischen Reformen, einem bereits gut erforschten Arbeitsgebiet. Das dritte Kapitel ist der josephinischen Steuer- und Urbarialregulierung sowie der Bedrohungskommunikation der innerösterreichischen Landstände in den Jahren 1789 und 1790 gewidmet. Es geht hier in erster Linie um die Erforschung der Hintergründe und die Durchführung dieser Regulierungen, die heftige Reaktionen hervorriefen. Die innerösterreichischen Landstände richteten an Joseph II. und dessen Nachfolger, Leopold II., mehrere Beschwerdeschriften. Der Vf. hat davon sieben ausgewählt und näher vorgestellt. Leopold II. kündigte als Reaktion auf die Beschwerden an, dass er die josephinische Steuer- und Urbarialregulierung rasch abschaffen werde. Er bat die innerösterreichischen Landstände, zur Besprechung und Klärung der Modalitäten Abordnungen an den Wiener Hof zu entsenden. Den Verlauf dieser Verhandlungen schildert der Autor in einem eigenen Unterabschnitt. Die Freude der Landstände über diesen Erfolg dauerte allerdings nicht lange, weil in der Untersteiermark und in Krain heftige Bauerntumulte ausbrachen, die Steiner ebenfalls analysiert.

Eine weitere Bedrohungskommunikation in den innerösterreichischen Landständen entstand schließlich durch die Zurückdrängung ständischer Verfassungen in den jeweiligen Ländern als Folge der josephinischen Reformen. Der Streit ging um die Wiedereinführung dieser Verfassungen. Leopold II. rief die Landstände auf, Schriften zur Wiederherstellung der ständischen Verfassungen zu formulieren und einzureichen. Er tat dies vor allem aus Gründen der innenpolitischen Stabilisierung der Habsburgermonarchie. Diese Entwicklung wird vom Autor sehr überzeugend und

quellenfundiert dargestellt. Am Schluss folgt eine Zusammenfassung der spannenden Forschungsergebnisse, die auch komparatistische Aspekte zu einer europäischen Ständeforschung enthalten.

HELMUT REINALTER

Innsbruck

VSWG 105, 2018/3, 415–416

Jan Stoll

**Behinderte Anerkennung? Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen in Westdeutschland seit 1945**

(Disability History 3). Campus, Frankfurt/New York 2017, 417 S., 39,95 €.

Das Feld der „Disability History“ ist in den letzten Jahren weit geöffnet worden. Es erschienen theoretisch und konzeptionell innovative Studien, zu nennen sind vor allem die Arbeiten von Elsbeth Bösl, Gabriele Lingelbach und Anne Waldschmidt. Ihre Studien haben gezeigt, dass Behinderung auch eine historische Kategorie darstellen kann und an jeweils zeitgebundene Vorstellungen von Normalität geknüpft ist. Herausgestellt wurde dabei auch, wie sehr sich die deutsche „Behinderntenpolitik“ an einem „Normalerwerbsprofil“ und an dem Ideal von Leistungsfähigkeit orientiert hat. An diese Konzepte knüpft Jan Stoll in seiner Monographie an und untersucht Menschen mit Behinderung bzw. deren Familien als politische Akteure in der Bundesrepublik. Er beschreibt die Strategien verschiedener Verbände von Menschen mit Behinderung in ihrer historischen Dynamik bis in die 1980er Jahre. Dabei berücksichtigt er ein breites Spektrum von in ihrer Zeit jeweils einflussreichen und wirkmächtigen Organisationen. Für die Zeit von 1949 bis zum Ende der sechziger Jahre untersucht er die Verbände der „Kriegsbeschädigten“, für die sechziger Jahre die Organisation „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind“ und für die siebziger und beginnenden achtziger Jahre „Clubs, Initiativen, Netzwerke“, also freie, wenig organisierte Selbsthilfvereine und Protestformationen von Menschen mit Behinderungen, die Stoll konzeptionell dem Forschungsfeld der „neuen sozialen Bewegungen“ zuordnet. Die große Stärke dieser solide geschriebenen und gut dokumentierten sowie auch den Forschungsstand angemessen wiedergebenden Studie ist die langfristige Perspektive über die gesamte Zeitgeschichte der Bundesrepublik. Überzeugend kann Stoll herausarbeiten, welche Möglichkeiten und Grenzen die Beeinflussungs- und Interessensstrategien jeweils boten. Er analysiert, wie die Kriegsbeschädigten mit ihrer direkten Einflussnahme auf den politischen Raum, über die Einbindung von Bundestagsabgeordneten, Immediatgesprächen mit dem Bundeskanzler usw., erfolgreich sozialpolitische Gesetzentwürfe der frühen Bundesrepublik mitgestalten konnten. Ihre Grenze fand diese Strategie, als es darum ging, zivile „Behinderte“ einzubinden und flexibel und dynamisch auf neue Ansätze der Behindertenbewegung zu reagieren.

Dagegen konnten die Elternvereinigungen, darunter vor allem die „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind“ in den 1960er Jahren eine Politikberatung mit wissenschaftlicher Expertise innovativ durchsetzen. Dieses Konzept stieß allerdings an seine Grenzen, als deutlich wurde, wie sehr führende Wissenschaftler in die NS-„Euthanasie“ eingebunden gewesen waren.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018



Die freien Initiativen und Clubs wiederum konnten sehr schnell und flexibel auf neue Bedürfnisse eingehen, in der historischen Entwicklung vollzogen sie jedoch vom Beginn der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre zunächst eine zunehmende Radikalisierung, die ihre Wirkmacht einschränkte, bevor sie mit der partiellen Eingliederung in die GRÜNEN beachtlichen parlamentarischen Einfluss erreichen konnten.

Die Stärke der Studie, die überzeugend die Pfade der bundesdeutschen Behindertenverbände nachzeichnet, hat allerdings auch ihren Preis. Die kulturelle und soziale Einordnung der Betroffenen in ihre jeweiligen historischen Entwicklungen bleibt etwas unterbelichtet. Schon ein kurzer Blick auf die Geschichte des einflussreichen Reichsbundes der Kriegsbeschädigten in der Weimarer Republik und seine Auflösung im Nationalsozialismus hätte die Arbeit dieses Verbandes eingehender verortet, das gleiche gilt für die „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind“. Die Geschichte der Kinder mit geistigen Behinderungen nach 1933 und auch nach 1945 hätte die Bedeutung der „Lebenshilfe“ noch intensiver beleuchtet. Durch den Verzicht darauf kommt es gelegentlich zu Fehldeutungen: Der Hinweis des Vf.s, dass es aufgrund der planmäßigen Tötungsaktionen, der sogenannten „Euthanasie“ durch das nationalsozialistische Regime, in den 1950er Jahren kaum mehr geistig behinderte Kinder in den Heimen und Anstalten gegeben hätte, bleibt zu sehr an der Oberfläche. Heime, Anstalten und psychiatrische Kliniken waren nach 1945 sehr schnell wieder überfüllt, es waren wohl eher die kulturellen und wissenschaftlichen Nachwirkungen der NS-Medizin, die eine adäquate Unterbringung und Förderung von Kindern mit geistigen Behinderungen verhinderten. Insgesamt ist hier jedoch eine sehr solide, spannende und sehr gut strukturierte Studie entstanden, die das noch junge Forschungsgebiet der „Disability History“ durch die Betroffenenperspektive ergänzt und mit validen Ergebnissen aufwartet.

SILKE FEHLEMANN  
Düsseldorf

VSWG 105, 2018/3, 416–417

Jonathan Voges  
**„Selbst ist der Mann“. Do-it-yourself und Heimwerken in der Bundesrepublik Deutschland**

Wallstein, Göttingen 2017, 647 S., 54,00 €.

Voges untersucht kenntnisreich und unterhaltsam das Phänomen des Selbermachens von den Anfängen in den späten 1950er bis zur endgültigen Etablierung in den 1980er Jahren. Dabei erhellt er en passant auch das sich wandelnde Selbstverständnis der bundesdeutschen Gesellschaft. An der Kultur- und Sozialgeschichte des Heimwerkens, und das macht den Reiz dieser Publikation aus, lässt sich zugleich die Kultur- und Sozialgeschichte der Nachkriegsgesellschaft ablesen.

Wachsender Wohlstand und wachsende Freizeit sorgten für rasche Verbreitung der aus den USA in die Bundesrepublik migrierten Praxis. Jenseits der sozialstrukturellen Bedingungen traf sie, so der Historiker, aber auch auf ein Bedürfnis; insbesondere verband sich mit Do-it-yourself

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

ein Autonomieversprechen, das vor allem für Männer attraktiv war. Der Begriff des Heimwerkens, schreibt Voges, enthob die (meist männlichen) Akteure aus der arbeitsteiligen, industrialisierten Arbeitsgesellschaft und „rückte sie in die Nähe der überkommenen handwerklichen Produktion, die sich besonderer Hochachtung erfreute“ (S. 91). Folgerichtig unterscheidet der Autor das neue Heimwerken von „vormodernen Praxen des Selbermachens“ (S. 566). Neu sind nicht die Tätigkeiten als solche, neu ist, dass sie in die höheren Schichten diffundieren und damit eine gesellschaftliche Aufwertung erfahren. Mit wachsendem Wohlstand werden auch die Eigenleistungen in Angestellten- und Arbeiterhaushalten zunehmend „freiwillig“ und zum Hobby, auch in der Eigenwahrnehmung. Das Umsichgreifen des Do-it-yourself deutet demnach auf die Verbürgerlichung der bundesdeutschen Gesellschaft.

Die Geschichte des Heimwerkens ist nicht zuletzt auch eine Konsumgeschichte. Produktive Arbeit und verschwenderischer Konsum sind, so Voges, beim Heimwerken kein Widerspruch. Mit dem Siegeszug des Do-it-yourself etablierte sich ein millionenschwerer Bau- und Heimwerkermarkt; der Entwicklung dieser Branche widmet Voges den dritten Teil seines Werks. Durch seinen multiperspektivischen Zugang gelingt ihm hier eine spannende kultur- und sozialgeschichtliche Kontextualisierung der Unternehmensgeschichte. Von Beginn an stand das Heimwerken auch unter sozialwissenschaftlicher Beobachtung. Die entsprechenden Debatten ordnet Voges zeitgeschichtlich ein. Die Diskussion um den Stellenwert der Haushaltsproduktion wertet er als Bestandteil der Krisenrhetorik der 1970er und 1980er Jahre. Die Rede war von einer „bedeutsamen Strukturverschiebung“ (Heinze), vom „Beginn einer neuen Gesellschaftsformation“ (Groß), von einer „Umkehr zu einem Mehr an Eigenleistung und an Freizeit“ (Skolka). Es kam dann doch nicht zur Do-it-yourself-Gesellschaft, resümiert der Autor lakonisch. Der Widerstreit zwischen Industrieprodukten und Selbstgemachtem endete, so Voges, nicht mit dem Verdrängen des einen durch das andere, vielmehr lassen sich „Formenwandlungen und Wechselspiele“ beobachten (S. 309): Sowohl die Zeitdiagnose von der Konsumgesellschaft als auch die vom Ende der Arbeitsgesellschaft relativiere sich gleichermaßen angesichts des produzierenden Konsumenten.

An dieser Stelle hätte ich mir eine Klärung gewünscht, auf welcher Basis bzw. auf wessen Kosten das Heimwerken außerhalb der „arbeitsteiligen, industrialisierten Arbeitsgesellschaft“ (S. 90) siedeln konnte bzw. in welchem Verhältnis Hausarbeit und Heimwerken zueinander stehen. Auf die feministische Kritik an den (sozialwissenschaftlichen) Beiträgen, die die „Eigenarbeit“ als Hort der Freiheit, als Zukunft der Arbeit, als Möglichkeit, die Entfremdung aufzuheben, feierten, von der Hausarbeit aber schwiegen, nimmt Voges keinen Bezug. Seine Beschäftigung mit dem Thema endet mit den 1980er Jahren, danach, so seine Einschätzung, komme nichts entscheidend Neues mehr hinzu. Do-it-yourself habe sich normalisiert und sei gesellschaftlich verallgemeinerte Praxis. Allerdings entsteht seit Ende der Nuller Jahre eine neue kollektive Praxis des Do-it-yourself, die nicht im eigenen Haus, sondern im öffentlichen Raum stattfindet, die das *Recht auf Stadt* reklamiert und Anspruch auf politische Einmischung erhebt. Tatsächlich findet hier erneut eine „dissidente Kaperung“ statt, aber anders als im (von Voges beschriebenen) alternativen Milieu des 20. Jh.s. Dieses Phänomen wäre noch einer Betrachtung wert gewesen. Andererseits muss man – zumal als Historiker – auch irgendwann einen Punkt machen.

ANDREA BAIER  
München



VSWG 105, 2018/3, 418–419

Clemens Zimmermann

**Europäische Medienstädte (1500–2000). Historische Kontinuitäten und urbane Kontexte der Medienproduktion**

Röhrig, St. Ingbert 2017, 234 S., 24,80 €.

Es gilt ein kleines Buch anzuzeigen, das bei interessantem Thema die richtigen Fragen stellt und in der Zusammenschau einleuchtende Ergebnisse bringt. Der Vf. ist durch ähnlich einschlägige Bücher schon als Autor und Herausgeber hervorgetreten. Trotz etlicher positiv zu bewertender Aspekte ist das Buch jedoch nicht ohne Schwächen. Doch der Reihe nach.

Zimmermann, hervorgetreten u. a. vor fünf Jahren als Herausgeber des vom Anspruch sehr ähnlichen Bandes „Stadt und Medien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart“, hat sich in einer etwas mehr als 200 Seiten umfassenden Monographie erneut des Themas angenommen. Das Büchlein ist vor allem als Literaturbericht zu lesen. Eigene archivalische Forschung ist nicht erkennbar. Das wäre allerdings bei einem Gegenstand, der ein halbes Jahrtausend umfasst und – zumindest exemplarisch – ganz Europa abdecken will, auch zu viel verlangt. Als Literaturstudie ist das Buch gleichwohl geeignet, vom europäischen Fokus abstrahierend universell verallgemeinernde Schlussfolgerungen für die Medialität von Städten zu ziehen. Im Ausblick geschieht dies auch.

Der Vf. stellt sich folgende Fragen: Welche Leistungen erbringen die Beispielstädte im Medienbereich? Welche Standortentwicklungsfaktoren sind für die Ansiedlung an bestimmten Orten ausschlaggebend? Wie steht es um die Bedeutung innerstädtischer Beziehungscluster? Welche spezifischen soziokulturellen Milieus sind günstig? Wie steht es um den Einfluss von institutioneller Regulierung und Steuerung? Welche Bedeutung besitzen die lokalen Arbeitsmärkte? In den Antworten auf diese Fragen werden Faktoren herausgearbeitet, welche die Entstehung von Medienstädten begünstigten: Hierzu gehört insbesondere die Zentralität. Zimmermann versteht sie als Oberkategorie für Verkehrslage, Netzwerkqualitäten, Informations- und Nachrichtenversorgung. Hinzu kommen Urbanität, Wirtschaftskraft, Bevölkerungsstärke, Innovationskraft, kulturelle Kreativität und anderes.

Zimmermann unterscheidet „media capitals“ und „media cities“. Die Kapitale als Zentrum eines Staates setzt er nicht zwingend voraus. Ihn interessieren etwas anders gefasst die „media cities“. Bei den „Medienstädten“ impliziert er einen weiten und einen engen Begriff: Im engen gelten solche als Medienstädte, in denen die Medien die Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur der jeweiligen Stadt prägten. Im weiten auch solche, in denen die Medien zumindest eine bedeutsame Rolle spielten. Die Beispiele, die Zimmermann wählt, sind überwiegend passend. Er untersucht Venedig, Amsterdam und Antwerpen, London, Frankfurt, Leipzig und Berlin. Man mag z. B. Paris vermissen. Vor allem aber ist das Berliner Beispiel ungeeignet, einen Überblick von Anbeginn der Neuzeit an zu bereichern. Zimmermann scheint sich selbst unsicher gewesen zu sein, ob Berlin ein sinnvolles Beispiel ist, denn er nennt einige Gegenargumente. Zum einen zählt er Berlin nur im weiteren Sinn zu den Medienstädten, zum anderen betont er wiederholt, wie unbedeutend Berlin als Medienstadt noch zu Beginn des 18. Jh.s war. Erst ab der Zeit des Spree-Athen begann sich dies zu ändern. Das von Zimmermann ins Feld geführte Gegenargument, Berlin sei v. a. die Stadt anderer Wirtschaftszweige gewesen, lässt sich allerdings mit Fug und Recht von fast jeder bedeutenden Stadt sagen:

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Die Medienwirtschaft war, verglichen mit anderen Wirtschaftszweigen, immer eine recht unbedeutende Ökonomie. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Katalysator-Effekt von Medien nicht qualitative Auswirkungen haben konnte, die sich aus der erheblichen kulturellen Bedeutung speisten.

Gleichwohl, viel näher als Berlin hätte Hamburg als Exempel gelegen. Wie Holger Böning mit mehreren Monografien und v. a. mit seinen bio-bibliografischen Handbüchern zu Hamburg und Altona herausgearbeitet hat, besaß die Hansestadt in der gesamten Frühen Neuzeit überragendes Gewicht als Medienstandort, war das Labor neuer Formen und Freiheiten und hat sich diese Rolle, von einer Phase der relativen Schwäche im 19. Jh. abgesehen, bis in die Gegenwart bewahrt. Von Böning findet sich übrigens kein Titel in der Literaturliste. Auch fehlen so wichtige Werke wie das von Zwierlein zu Venedig, Held und Simeon zu Berlin, sowie ältere Titel, etwa von Kapp/Goldfriedrich und deren moderne Nachfolger Jäger/Fischer/Füssel. Von Peter de Mendelssohns „Zeitungsstadt Berlin“ wird die erste Auflage verwendet, nicht die spätere Aktualisierung. Zur theoretischen Fundierung der Zentralität kann man m. E. immer noch auf Thünen und Christaller verweisen. Allerdings werden auch häufig ignorierte, weil unglücklich benannte, aber dennoch wichtige Werke berücksichtigt: z. B. Karl Tilman Winkler „Handwerk und Markt“ zu London im 18. Jh.

Problematisch erscheint dem Rezensenten die zeitlich-thematische Sprunghaftigkeit der Darstellung. Immer wieder fragte er sich, wie der Autor so schnell von einem zum andern kommt und warum er in den Zeiten frei vorwärts wie rückwärts springt. Den Lesefluss stört die Aneinanderreihung von Literaturverweisen, die nach sozialwissenschaftlicher Notation in Klammern gesetzt ist und sich bisweilen über drei bis vier Zeilen im Fließtext hinzieht. Das mag formalen Vorgaben des Verlags geschuldet sein, aber Fußnoten wären für Sammelbelege das geeignetere Format gewesen. So bleibt der eingangs notierte, etwas widersprüchliche Befund: Das Buch ist ohne Zweifel anregend und enthält viele kluge und richtige Einsichten, aber es wirkt etwas zu schnell geschossen und unfertig.

RUDOLF STÖBER

Bamberg

## B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

VSWG 105, 2018/3, 419–420

Markus Gneiß

**Das Wiener Handwerksordnungsbuch (1364–1555). Edition und Kommentar** (Quelleneditionen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 16). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2017, 670 S. (11 schwarz-weiße Abb., 1 Karte), 130,00 €.

Ein Gesamturteil über das Vorliegende lässt sich in wenigen Worten zusammenfassen: Die 367 Seiten umfassende Edition nebst 166 vorgestellten Seiten, die das Wiener Handwerksordnungsbuch (WHOB) in einen gebührenden Zeit- und Analyserahmen stellen, sind ein bestens gelungener Beitrag zur spätmittelalterlichen Handwerks-, Rechts- und Verfassungsgeschichte mit vielfältigen Vergleichsmomenten, die den engeren Bezug zur Wiener und österreichischen Landesgeschichte

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

deutlich überschreiten. Von großem Nutzen zumal für die Tiefenerschließung des Quellenteils sind ein gründliches Glossar (24 S.) sowie die umfassenden Namen- und Sachregister (50 S.).

Im Vergleich mit Studien, die quellenorientiert ein bestimmtes Thema behandeln, sind Quelleneditionen selbst als Grundlage von Qualifizierungsschriften leider selten geworden. Erstaunlicherweise handelt es sich im vorliegenden Fall nicht um eine Dissertation, sondern um die erheblich erweiterte Fassung einer 2014 vorgelegten Wiener Masterarbeit<sup>1</sup>. Diese edierte und kommentierte – auch schon auf 214 Seiten – die Gesellenordnungen im WHOB, die 36 verschiedene Berufe erfassten. Nunmehr präsentiert Gneiß eine Gesamtedition des WHOB. Der Kodex verzeichnet mehr als 70 Berufe, ein Beleg dafür, wie fortgeschritten die gewerbliche Vielfalt in der Donaustadt auch und gerade im Vergleich mit Köln und Nürnberg bereits war. Im Unterschied zur Masterarbeit systematisiert Gneiß seine Edition nicht alphabetisch nach Berufen, sondern hält sich an die Abfolge der 235 Blätter des Kodex beginnend mit der ersten Niederschrift des Stadtschreibers Ulrich Hirssauer 1430 (Nr. 1) bis hin zum letzten Eintrag: der Fronleichnamprozessionsordnung aller Wiener Handwerker vom Jahr 1463 (Nr. 358). Das WHOB enthält auch ein gewohnheits- und strafrechtliches Weistum sowie Ordnungen, die Produktion und Ausschank von Wein sowie die Sicherheits- und Wachorganisation der Stadt betreffen. Eine chronologische Reihung der Ordnungen und Eide von 1364 bis ca. 1531, die Liste der Bürgermeister (1364–1555) sowie die der Stadtschreiber (1358–1576) fügt der Vf. eigens bei.

Der Edition gehen fünf darstellende und analytische Schritte voraus: Die Einleitung reflektiert insbesondere die einzelnen Zunftbezeichnungen. Ihr folgen Ausführungen zum Wiener Handwerk vom 13. Jh. bis zum Jahr 1527 (I u. II, S. 9–39). Detailliert behandelt Gneiß das Verwaltungsschriftwesen in Wien, die Praxis der Eintragungen in das WHOB, dessen Schreiber und Schrift (III, S. 41–67). Unter der schlichten Überschrift „Inhaltliche Aspekte“ (IV, S. 69–172) findet sich die wohl beste Darstellung der spätmittelalterlichen Wiener Handwerksgeschichte nach Statusgruppen, die es derzeit gibt. Der Vf. zeigt damit, dass die oft als „normativ“ abgewerteten Ordnungen eine Fundgrube für kultur- und sozialgeschichtliche Einblicke von erstaunlicher Konkretheit sein können. Dass er manche Teile seiner Masterarbeit wörtlich übernommen hat, ist kein Mangel; was er freilich über die Lehrlinge und Meister hinzugefügt hat, geht über das bisher Vorgetragene weit hinaus und enthält beträchtlichen Erkenntnisgewinn. Zu Recht beschreibt der Vf. in seiner Schlussbetrachtung (V, S. 173–176) das „Spektrum der im HWOB enthaltenen Informationen“ als „enorm breit“. Greiß ist es zweifellos gelungen, dies gründlich zu erschließen.

Ob nicht das vorliegende Werk gerade wegen der deutlichen inhaltlichen und grundwissenschaftlichen Erweiterungen und Vertiefungen ihm die Doktorpromotion hätte einbringen können, ist eine durchaus offene Frage, die sich nicht zuletzt an die Betreuenden der Studie richtet.

1 [http://othes.univie.ac.at/34226/1/2014-09-07\\_0602188.pdf](http://othes.univie.ac.at/34226/1/2014-09-07_0602188.pdf) – Zugriff: 27.01.2018

RAINER S. ELKAR  
Wilnsdorf



VSWG 105, 2018/3, 421–422

Eva Jullien

**Die Handwerker und Zünfte der Stadt Luxemburg im Spätmittelalter**

(Städteforschung, Reihe A, Darstellungen 96). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2017, 320 S. (15 Tab., 1 sw. und 13 farbige Abb.), 40,00 €.

Julliens beeindruckende Luxemburger Dissertation kann auf reichen stadthistorischen Studien aufbauen, die maßgeblich von ihrem Doktorvater Michel Pauly betrieben oder angeregt wurden. Sie hinterlassen ihre Spuren insbesondere in den durchwegs kompakten Ausführungen zur mittelalterlichen Stadt- und Gewerbe-geschichte des 2. Kapitels (S. 37–64). Luxemburg war demnach im 14. Jh. eine Stadt mittlerer Größe mit einer Bevölkerung von ca. 5.000 Personen, die bis zu Beginn des 15. Jh.s auf etwa 7.000 anwuchs (S. 37). Im selben Zeitraum stieg die Anzahl der Professionen von 61 auf 96 in zwölf bzw. 13 Zünften. Dennoch blieb das gesamte Berufsspektrum begrenzter als in den größeren Städten Frankfurt am Main und Trier. Im Vergleich mit anderen, kleineren Mittelstädten wie Bonn oder Wesel war jedoch die Berufsspezialisierung größer (S. 62 f.). Der neben dem Ortsregister ebenso lobenswerte Index der Handwerke und Zünfte vermittelt davon ein eindrucksvolles Bild.

In der Einleitung erklärt die Vf.in ihr besonderes Forschungsinteresse an den „Beziehungsstrukturen der Handwerkerschaft“ (S. 21). Die Quellenüberlieferung erwies sich diesbezüglich als durchaus disparat. Jullien forschte in mehreren Luxemburger Archiven, in Trier, Paris und Brüssel, wobei sie ihren Blick bei der Auswertung von Statuten und Gerichtsurteilen bis ins 17. Jh. richtet, um so Entwicklungstendenzen bis in die Frühe Neuzeit verfolgen zu können. Als besonders ertragreich erwies sich für sie freilich die gute Luxemburger Stadtrechnungsüberlieferung. Nicht zuletzt hierauf vermag sie eine methodisch wegweisende Netzwerkanalyse aufzubauen.

Jullien beginnt mit einer detaillierten Entwicklungs- und Funktionsgeschichte der Zünfte. Es geht dabei um Gewerbeaufsicht, Berufsausbildung, Zunftzugang sowie die bruderschaftlich-religiösen, militärischen und politischen Funktionen. Einen Zunftzwang gab es nicht. Wie anderorts auch war im Spätmittelalter eine außerzünftische handwerkliche Berufsausübung durchaus möglich. Jullien bemerkt, dass Frauen „scheinbar selbständig“ (S. 148) tätig waren. Ihren Ausführungen nach (S. 124–132) müsste es allerdings wohl „anscheinend“ heißen. Was die wirtschaftliche Lage anbelangt, so zählten die Lebensmittel- und handelsnahen Berufe zu den vermögenden Gewerben. Auch dieser Befund bewegt sich in dem für die Zeit Erwartbaren. Luxemburg war eine Stadt ohne Ratsverfassung und besonders fixierte Partizipationsmöglichkeiten für die Handwerker, gleichwohl konnten insbesondere die Begüterten zu Einfluss gelangen. Ein Glanzstück der Studie ist die Darstellung der Beziehungsgeflechte in Form von Verwandtschafts-, Kredit- und Geschäftsbeziehungen (Kap. 6). Der Blick auf die Nachbarschaft der Wohnungen und Arbeitsstätten sowie die Frage nach der mäßig ausgeprägten Berufsvererbung und der deutlich geringeren Endogamie spielen dabei ebenfalls eine Rolle.

Vor allem in der Art und Weise, wie Jullien ältere methodische Herangehensweisen mit neueren Ansätzen der Netzwerkanalyse verbindet, erschließt methodologisches Neuland für die handwerksgeschichtliche Forschung. Sie dokumentiert dies auch in Form von Abbildungen, die nicht

immer (S. 298) leicht zu dechiffrieren sind, gleichwohl ebenfalls belegen, dass Julliens Dissertation mit besten Gründen von der Stiftung Pro Civitate Austriae preisgekrönt wurde.

RAINER S. ELKAR  
Wilnsdorf

VSWG 105, 2018/3, 422–423

Toni Pierenkemper

**Beschäftigung und Arbeitsmarkt. Entstehung und Entwicklung der modernen Erwerbsgesellschaft in Deutschland (1800–2000)**

Steiner, Stuttgart 2017, 321 S., 49,00 €.

Der Wirtschaftshistoriker Toni Pierenkemper hat mit diesem Buch eine weit angelegte Veröffentlichung zu einem zentralen Themenbereich der deutschen Sozial- bzw. Gesellschaftsgeschichte der beiden letzten Jahrhunderte vorgelegt. In einem einleitenden Kapitel wird kurz auf die noch nicht von der Lohnarbeit bestimmte vormoderne Gesellschaft sowie auf wichtige „Begriffe und Konzepte“ mit der schwierigen Abgrenzung des Begriffs „Arbeit“ eingegangen.

Der ausführliche Hauptteil umfasst den gesamten Zeitraum. Sein erstes Kapitel zur Entstehung der Lohnarbeit bis 1914 beginnt mit dem Strukturwandel der Beschäftigung während des Prozesses der Industrialisierung in der entstehenden Marktgesellschaft mit dem zunächst noch dominierenden Agrarsektor, dem expandierenden Gewerbe und dem beträchtlichen tertiären Sektor (In Tabelle 1 bezieht sich eine von zwei als „Gewerbe“ betitelten Datenreihen eigentlich auf den tertiären Sektor). Vorgestellt werden die Entwicklungen von Löhnen, Arbeitszeit und Unterbeschäftigung, die Determinanten Bevölkerungswachstum, Wanderungen, Arbeitsqualifikationen, Frauen- und Kinderarbeit sowie als Rahmenbedingungen der gesetzliche Arbeitsschutz, die Sozialversicherungen und die Tarifparteien. Unerwähnt bleiben der Beginn der Koordinierung der Arbeitsnachweise vor 120 Jahren und die gleichzeitige Pionierleistung des Historikers Ignaz Jastrow mit seiner fortlaufenden monatlichen Arbeitsmarkt-Berichterstattung.

In einem weiteren Kapitel geht es um die „Ausweitung und Befestigung von Lohnarbeitsverhältnissen“ in der Zeit des Ersten Weltkriegs, der Weimarer Republik und der NS-Herrschaft einschließlich des Zweiten Weltkriegs mit ihren Gegebenheiten, Krisen und Katastrophen. Reflektiert werden die Einkommen und Arbeitsbedingungen, die oft große Arbeitslosigkeit, die Veränderungen der gesetzlichen Bedingungen sowie die zeitweise massive Ausländerbeschäftigung. Von Fortschritten kann man in dieser Zeit nicht sprechen, die gesetzliche Arbeitszeitverkürzung und die Schaffung der Arbeitslosenversicherung (1927) erwiesen sich erst später als zukunftssträftig.

Als eigentliche „Bewährung und Anpassung der Lohnarbeit“ kann erst die im Folgenden behandelte Entwicklung von 1945 bis 2000 gesehen und beurteilt werden. Die Analyse konzentriert sich dabei auf die Bundesrepublik einschließlich der Zeit nach der Wiedervereinigung; die Verhältnisse in der DDR werden nur kurz angesprochen. Der Strukturwandel der Beschäftigung betrifft einen stark sinkenden Agrarbereich, ein bis in die 1960er Jahre wachsendes und seitdem halbiertes

produzierendes Gewerbe und einen zunehmenden Dienstleistungsbereich, der zuletzt drei Viertel der Erwerbspersonen umfasst. Dennoch spricht Pierenkemper – diskussionsanregend – gegenwärtig von einer „Selbstbedienungsgesellschaft“ statt von einer Dienstleistungsgesellschaft. Auch werden die Nachkriegseingliederung der Flüchtlinge, die später beginnende Ausländerbeschäftigung und die auf die krisenbedingte Arbeitslosigkeit reagierenden Arbeitsmarktreflexen sowie die Entwicklung der Einkommen und Arbeitszeiten, die Frauenerwerbstätigkeit und die Entwicklung der gesetzlichen Regelungen und der Sozialpolitik thematisiert.

Kritisieren kann man m. E., dass Pierenkemper offensichtlich den Erkenntnisbeitrag empirischer Sozialforschungsstudien zur Erkundung der Arbeitsgesellschaft gering einschätzt. Sogar wichtige, Neues erkundende Forschungsarbeiten werden weder im Text noch in dem etwa 900 Titel umfassenden Literaturverzeichnis erwähnt, etwa die Landarbeiterstudien von Georg Friedrich Knapp (1887) und Max Weber (1892), die Nachkriegsstudie zur Jugendarbeitslosigkeit von Helmut Schelsky u. a. (1952), die Industriearbeiterstudien von Heinrich Popitz / Hans Paul Bahrdt u. a. (1957) und Horst Kern / Michael Schumann (1970). Insgesamt aber handelt es sich um eine wertvolle, inhaltsreiche, abgewogen argumentierende Veröffentlichung, deren Lektüre auch dem sozialhistorisch interessierten Laien zu empfehlen ist.

GERD VONDERACH  
Oldenburg

VSWG 105, 2018/3, 423–425

Marco Swiniartzki

**Der Deutsche Metallarbeiter-Verband 1891–1933. Eine Gewerkschaft im Spannungsfeld zwischen Arbeitern, Betrieb und Politik**

(Industrielle Welt 94). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2017, 470 S. (17 Tab., 12 Abb.), 65,00 €.

Nach dem Bedeutungsverlust der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte in den 1990er Jahren zeichnet sich seit einiger Zeit auf dem Feld der Geschichte der Arbeit und des Betriebs ein neuer Aufschwung ab. Eine Strömung widmet sich dabei explizit dem Betrieb als einem „sozialen Handlungsfeld“, das man als Exerzierfeld disziplinierender und effizienzsteigernder Führungstechniken im Anschluss an Foucault aus den Diskursen der zeitgenössischen Experten zu rekonstruieren versucht. Im Umfeld der Hans-Böckler- und der Friedrich-Ebert-Stiftung etabliert sich zugleich eine „Neue Gewerkschaftsgeschichte“, die auf eine Erneuerung dieses Forschungsfeldes hoffen, aber noch nicht recht erkennen lässt, wie sich dieses innovative historiografisch profilieren soll.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Jenaer Dissertation von Marco Swiniartzki über den *Deutschen Metallarbeiter-Verein* (DMV) bzw. die Beziehungen zwischen betrieblicher Basis und gewerkschaftlicher Organisation in der Chemnitzer Maschinenbauindustrie und in den Hüttenwerken des Ruhrgebiets im neuralgischen Zeitraum zwischen 1891 (Gründung des DMV) und 1933 umso verdienstvoller. Swiniartzki gelingt es, die Geschichte der Arbeit, des Betriebs als so-



zialem Ort der Arbeit und Spannungsfeld sozialer Beziehungen, also Arbeitergeschichte, und die Geschichte der Arbeiterbewegung, hier genauer: der gewerkschaftlichen Organisation, gekonnt zu verbinden.

Die wirkliche Integration von Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte glückt erst, wenn „Organisation“ und „kollektives Handeln“ nicht als unhinterfragte Norm, sondern als problematisch – und eigentlich unwahrscheinlich – thematisiert wird. Ebenso ist der eventuelle Beitritt zu einer gewerkschaftlichen Organisation nicht der Endpunkt einer Entwicklung, von dem an die Organisation als festgefügt Kollektiv auftreten kann. Swiniartzki hat sich genau diese Sensibilität bewahrt – Organisation ist bei ihm ein soziologisches Problem, Belegschafts- und Organisationshandeln sind nicht identisch, sondern in zuweilen dialektischen Bezügen aufeinander verwiesen. Letztlich kann man aus einer solchen Perspektive Organisationsansätze und -verläufe historisch sehr präzise beschreiben und erklären – und aus dem Determinismus älterer Ansätze befreien, die in Deutschland nach wie vor die Generaldeutungen in der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte beherrschen.

Die Auffächerung der organisatorischen (gewerkschaftlichen) Seite als veränderliche Akteurskonstellation über den gesamten Zeitraum der Untersuchung gleichberechtigt mitlaufen zu lassen und somit die Beziehungs- und Interaktionsgeflechte zwischen der betrieblichen und den innerorganisatorischen Ebenen in ihrer Komplexität und Dynamik schlüssig und lückenlos nachzuzeichnen, führt bei Swiniartzki weit über das hinaus, was in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte bislang Forschungsstand ist.

Dabei ist ein zentraler Befund, dass das problematische Verhältnis zwischen DMV und Hüttenarbeiterbasis damals, das in der Forschung bislang im Kontrast zu der metallverarbeitenden und Maschinenbauindustrie dargestellt wurde, so als ob es die Probleme der Betriebsferne und der Überzentralisierung von Aktionsentscheidungen dort nicht gegeben habe, im Chemnitzer Maschinenbau ebenfalls anzutreffen war. Die Betriebsferne des DMV wurde offensichtlich zu einem organisationsinternen Problem – und damit zu einem gewerkschaftssoziologischen – und nicht nur zu einem der unterschiedlichen Basisstrukturen benachbarter, aber verschiedener Branchen.

So erfahren wir viel Neues über die Maschinenbauindustrie Sachsens, vor allem in Chemnitz, denn wie der Vf. in seiner Einleitung treffend bemerkt, ist die Geschichte der Arbeit und der Arbeiter in Sachsen – für ein Kernland der deutschen Arbeiterbewegung verblüffend – nach wie vor ein riesiges Desiderat. Was für die Hüttenindustrie mittlerweile leicht zugänglich vorliegt, nämlich eine minutiöse Rekonstruktion der Arbeitsverrichtungen und -organisation am „Point of Production“, hat er aus der überaus komplexen Lage – mit den zeittypischen Veränderungen – für die Chemnitzer Maschinenbauer erst mühsam rekonstruieren müssen.

Schließlich handelt es sich bei dieser Studie um einen ausgewachsenen Vergleich zwischen dem Chemnitzer Maschinenbau und der Hüttenindustrie des Ruhrgebiets, der über den gesamten Zeitraum hinweg durchgehalten wird. Wer das einmal selber versucht hat, weiß, welche immense Arbeitsleistung, aber auch welche gedankliche Leistung des Distanzierens, Isolierens und Synthetisierens, damit verbunden ist. Der Vergleich ist überaus sinnvoll angelegt und methodisch gekonnt umgesetzt, indem in jedem Kapitel vergleichend argumentiert wird und die Vergleichsfälle somit nicht, wie häufig, additiv aneinandergereiht werden.

Marco Swiniartzkis Studie über den *Deutschen Metallarbeiter-Verband* im Chemnitzer Maschinenbau und in der Hüttenindustrie des Ruhrgebiets ist eine wegweisende Pionierleistung im Be-

mühen einer „Neuen Gewerkschaftsgeschichte“, die Geschichte der Arbeit, der Arbeiter und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen produktiv miteinander zu verbinden.

THOMAS WELSKOPP  
Bielefeld

VSWG 105, 2018/3, 425–426

Philipp Ther  
**Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa**  
Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2017, 437 S., 26,00 €.

Der Wiener Osteuropa-Historiker Philipp Ther ist v. a. durch Arbeiten über Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956 (1998) sowie „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa (2011) bekannt geworden. Beide Werke waren der Ertrag klassischer historischer Grundlagenforschung bzw. umfassender Kenntnis der einschlägigen internationalen Forschungsliteratur. Seither hat sich Ther vermehrt der allerjüngsten Vergangenheit zugewandt, was für den Historiker nicht ohne Schwierigkeiten ist, weil originäre Quellen meist nicht oder nur in sehr geringer Zahl zugänglich sind und das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse wegen der großen zeitlichen Nähe zu den behandelten Ereignissen in besonderer Weise mit tagespolitischen Fragen amalgamiert. Historische Forschung gerät dann bisweilen in eine gefährliche Nähe zu weltanschaulich motivierter historischer Publizistik von meist geringer Halbwertszeit und weist deshalb eine gewisse Janusköpfigkeit auf. Der hier vorzustellende Band bewegt sich im Graubereich zwischen beiden Genres.

Ther betont vor dem Hintergrund von (von ihm als „unbegründet“ apostrophierten) Integrationsängsten im Gefolge der aktuellen Fluchtbewegungen nach Europa den aufklärerischen Anspruch von Wissenschaft (S. 25) und postuliert, dass Flüchtlinge „historisch betrachtet fast immer eine Bereicherung für die Länder, die sie aufnahmen, und ein Motor wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Veränderungen“ gewesen seien (S. 32). Das ist eine steile These, die Ther in vier Kapiteln zu belegen sucht: Im ersten, sehr kurzen Teil behandelt er religiöse Konflikte und Glaubensflüchtlinge seit der Frühen Neuzeit, im zweiten Teil ethnisch-national und in einem dritten politisch motivierte Fluchtbewegungen. Die beiden letzteren Kapitel sind mit 229 Seiten der umfangreichste Teil des Buches. Dass es bei der gewählten idealtypischen Unterscheidung von Migrationsursachen zu Überschneidungen und Redundanzen kommt, etwa beim Thema Juden, wo sich religiöse, nationalistisch-rassistische und politisch-weltanschauliche Motive überlagern, vermag angesichts der Komplexität der Gesamtthematik nicht zu verwundern. Im vierten, knapp fünfzigseitigen Teil wird schwerpunktmäßig die Integrationsproblematik behandelt, wobei der Schwerpunkt, anders als in den vorherigen Kapiteln, auf Deutschland liegt. Die Kapitel 2 und 3, in denen Ther vielfach auf den Ergebnissen seiner eingangs genannten Forschungen aufbauen konnte, sind die stärksten Teile des Bandes. Auffällig ist allerdings, dass die Vertreibung der Deutschen, mit mehr als zwölf Millionen Betroffenen zweifellos die größte Gruppe der Opfer von Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jh.s, vergleichsweise randständig behandelt wird. Bedauerlich ist

zudem, dass die bedeutende Rolle der Vertriebenenverbände für die Integration der Vertriebenen in Westdeutschland sehr holzschnittartig und einseitig fokussiert auf ein veraltetes Revanchismus-Paradigma behandelt wird. Die vorhandene einschlägige Forschungsliteratur zu diesem Thema hat Ther offenbar nicht rezipiert. Kapitel 4 fällt, worauf schon sein Umfang verweist, im Vergleich mit 2 und 3 deutlich ab. Hier wird das Ethos des Historikers immer mehr überlagert durch das Sendungsbewusstsein des historischen Publizisten, der für einen kosmopolitischen „Humanitarismus“ wirbt. Der Focus von Thers Analyse und Hauptgegenstand seiner Kritik ist hierbei die Bundesrepublik Deutschland. Österreich, wo er lehrt, wird nur am Rande behandelt. Erstaunlich blass bleiben auch die Ausführungen Thers zu den Staaten Ostmitteleuropas, dabei hätte gerade hier bei einer vergleichenden kritischen Betrachtung die Chance bestanden, jenseits wohlfeiler Entrüstung über die Haltung der dortigen Regierungen in der Flüchtlingspolitik einmal eingehend zu analysieren, warum diese einen Keil in die EU treibt. Zwar wird all das von Ther durchaus angesprochen, auch die konkreten praktischen Probleme bei der Integration der Flüchtlinge in Deutschland und Österreich – so ist sogar einmal mit Blick auf die Kölner Silvesternacht 2015/16 von „illegalen Migranten“ (S. 363) die Rede. Das Ganze bleibt aber an der Oberfläche, weil es Ther wichtiger ist, durch Verweis auf positiv verlaufene Integrationsprozesse in der Vergangenheit und mit moralisierendem Unterton Optimismus mit Blick auf die Lösung der Probleme der Gegenwart zu verbreiten, als diese eingehend zu analysieren. Von seinem akademischen Logenplatz im Wiener Institut für Osteuropäische Geschichte aus blickt Ther mit einer Mischung aus Verwunderung und Befremden auf Menschen, die im kosmopolitischen Humanitarismus, der Verheißung von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungen durch Einwanderung eine Bedrohung ihrer Lebenswelt erblicken. Dabei ist Ther mit Blick auf die Bundesrepublik durchaus bewusst, dass der daraus resultierende Widerstand die paradoxe Konsequenz von epochalen Veränderungen seit den 1980er Jahren ist: Indem sich die Gesellschaft in der Flüchtlingspolitik vom Staat und dessen Vorgaben emanzipierte, verlagerten sich die Konflikte auf eine prinzipiell wandelbare normative Ebene, die nun durch eine neue Rechte immer mehr in Frage gestellt wird (vgl. S. 278). Man könnte diesen zweifellos zutreffenden Befund dahingehend weiterdenken, dass die damit ebenfalls verbundene Erosion staatlicher Hoheitsgewalt mitverantwortlich ist für den von vielen Bürgern als bedrohlich empfundenen zeitweiligen staatlichen Kontrollverlust angesichts der Flüchtlingskrise. Thers Buch offenbart implizit blinde Flecken, die bei vielen linksliberalen Intellektuellen, die sich ihrer Zeit voraus wähnen, zu beobachten sind. Allein dies macht den Band sehr lesenswert.

MATTHIAS STICKLER

Würzburg



This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

## C. Sozialgeschichte

VSWG 105, 2018/3, 427–428

Beate Althammer

### **Vagabunden. Eine Geschichte von Armut, Bettel und Mobilität im Zeitalter der Industrialisierung (1815–1933)**

Klartext, Essen 2017, 716 S. (16 Abb., 26 Tab.), 34,95 €.

Die Abhandlung ist die überarbeitete Fassung der Habilitationsschrift der Autorin; sie ist zugleich den Forschungsunternehmungen, die ab 2002 an der Universität Trier angesiedelt waren, und den sich daraus ergebenden Kontakten verpflichtet. Auf diese Weise war der kompakte Zugriff zu einer vielseitigen und mehrfach verflochtenen Thematik zwischen Armut und Ausgrenzung, Bettel und Vagabundage, Mobilität und Kriminalität bzw. Kriminalisierung sowie den einschlägigen obrigkeitlichen Operationen zu bewerkstelligen. Die Vf.in hat vor Jahren bereits bemerkt, dass diese und die ihnen zugehörigen Phänomene für Spätmittelalter und Frühneuzeit relativ besser untersucht seien und hat sich nunmehr selbst der Reihe jener zugesellt, die auf eine bessere zeitliche Ausgewogenheit zu achten bereit sind. Dabei musste sie freilich Zeiträume umfassen, die sich nur sehr unterschiedlich und mittelbar „der Industrialisierung“ zuordnen lassen.

Nach der Skizzierung des Forschungsstandes und der Klärung theoretisch-begrifflicher Konzepte geht sie von der Rechtsordnung und der Armendisziplinierung aus und arbeitet den „Kanon“ der thematischen „Großblöcke“ ab: Gründerkrise und Vagabunden, Arbeitsanstalt, Ausweisung, Wohltätigkeit, wahre Vagabunden und Reformströmungen. In diesen Kapiteln weist sich die Autorin durch umfangreiche und kritische Kenntnis der älteren und neueren Literatur sowie der benutzten Quellen aus, sodass sie den Stoff souverän beherrscht. Das befähigt sie, vielfach neue konzeptionelle und methodische Wege zu gehen, die ein Forschungsgewinn sind. Dazu gehören die vielfältigen Beziehungen zwischen Bettel und Nichtsesshaftigkeit auf der Basis der „Industrialisierung“, wobei ein altes Phänomen unter kapitalistischen Bedingungen „fortgeschrieben“ wird. Die Hilflosigkeit und „Konkurrenz“ der Obrigkeiten, echte Lebens-Lösungen für „Nichtsesshafte“ auf dem sog. Rechtsweg zu finden, verdeutlicht die Vf.in eindrucksvoll an individuellen Beispielen – z. B. Catharina Hartmann, Anna Engelmann und Johann Klein und dem Streit um den Schub. Als letztes Kapitel wird ein „Schluss“ gesetzt. In der Regel steht dort ein Resümee, und eine solche verkürzte Problem-Zusammenfassung ist es natürlich auch. Doch damit begnügt sich die Autorin nicht. Sie meint vielmehr in ihrer Auseinandersetzung mit Georg Steigertahl, von 1926 bis 1950 Leiter der Hamburger Wohlfahrtsanstalten, der sich 1955 zum Thema geäußert hatte: „Die personellen Überlappungen vom Kaiserreich über Weimarer Republik und Nationalsozialismus bis in die frühe Bundesrepublik waren ausgesprochen dicht“ und die Bereitschaft, Konsequenzen zu ziehen, „ausgesprochen gering“ (S. 640). So wurden zwar unter neuen Bedingungen die traditionellen Formen von Armut – Betteln – Wandern „aufgehoben“, doch der Repressionsgedanke schwang in unterschiedlichen Variationen des gesellschaftlichen Denkens breiter Schichten weiter mit, komplettiert durch das Sicherungsverhalten gegenüber dem eigenen Haben und Sein.

Aus diesem Grund erscheint die Skepsis der Autorin berechtigt, dass sich zwar „ein jahrhundertalter Traum der Sozialpolitik erfüllt“ habe, dass das aber „dauerhaft so bleiben wird, ist nicht

gesichert“ (S. 654). Die neuesten Entwicklungen scheinen dies zu bestätigen. Den Anhang bilden die für wissenschaftliche Werke erforderlichen Verzeichnisse, Nachweise und Register (leider ohne Sachregister). Man liest die Abhandlung mit Gewinn und intellektuellem Vergnügen.

HELMUT BRÄUER

Leipzig

VSWG 105, 2018/3, 428–429

Caroline Arni / Matthieu Leimgruber / Simon Teuscher (Hg.)

**Neue Beiträge zur Sozialgeschichte / Nouvelles contributions à l'histoire sociale** (Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 32). Chronos, Zürich 2017, 176 S. (12 Abb.), 38,00 €.

Ziel der Herausgeber des neuen Schweizerischen Jahrbuchs – nach einem 2015 erschienenen Jahrbuch mit Beiträgen zur neueren Wirtschaftsgeschichte – war es nicht, ein Bündel von Forschungsergebnissen eines speziellen sozialgeschichtlichen Forschungsfeldes zu präsentieren, sondern durch eine „explorative Bestandsaufnahme“ an Beispielen zu zeigen, wie in jüngster Zeit neue Impulse, z. B. aus der Geschlechter- und Kulturgeschichte sowie aus Nachbardisziplinen wie der Wirtschaftswissenschaft und der Anthropologie, die aktuelle sozialgeschichtliche Forschung bereichert und Anregungen zu einer „Verschiebung“ bisheriger sozialgeschichtlicher Perspektiven geliefert haben (S. 8). In drei Schritten stellen nach einer deutschen und einer französischen Einleitung der Herausgeber sieben Beiträge (vier auf Deutsch, zwei auf Französisch und einer auf Englisch mit jeweils einer kurzen englischen Zusammenfassung) diverse sozialgeschichtliche Beispiele vom Spätmittelalter bis heute vor, die den programmatisch-innovativen Oberbegriffen „Agency“, „Beziehungskulturen“ und „Moralische Ökonomien“ zugeordnet sind und Antworten auf die Frage zu geben versuchen, ob und wie sich dort zur Zeit „Konzepttransfers aus aktuellen soziologischen und anthropologischen Theoriebildungen“ abzeichnen.

Im ersten Beitrag geht es – ausgehend von einer vergleichenden Betrachtung des Verhältnisses von Menschen des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit zu Sklaven, Pferden und Hunden – um die Anwendungsmöglichkeit aktueller sozialgeschichtlicher „Agency-Debatten“. Das Ergebnis ist der nachdrückliche Impuls, die Beziehungsformen von Akteuren (auch der „tierlichen“) als eine „Interagency“ zu verstehen, die in der Sozialgeschichtsforschung infolge der produktiven Weiterführung einer „symmetrischen Anthropologie“ zu einem Perspektivenwechsel in Richtung „Aufmerksamkeitssymmetrie“ führen könne (S. 47). Ähnlich gehen auch die übrigen Autorinnen und Autoren vor, etwa wenn – Stichwort „Beziehungskulturen“ – die vitalen Folgen sippenspezifischer männlicher und weiblicher Namensgebungen in mittelalterlichen jüdischen Gemeinschaften analysiert werden und dabei die besondere Bedeutung des ersten Namens von Frauen in Richtung auf deren dauerhafte innerfamiliäre Rolle und Aufgabe festgestellt und erläutert wird. Im dritten Teil des Jahrbuchs werden im Hinblick auf „moralische Ökonomien“ schließlich Beispiele behandelt, die sich um die sozialen Auswirkungen von ökonomischer Praktik und politischer Kritik, aber auch

von „Wissensproduktion“ drehen. Dabei geht es zum einen um „Schuldennetzwerke“ in spätmittelalterlichen Städten, ausgehend von Basel, zum anderen um „hauswirtschaftliche Arbeit“ vor allem aus einer kritischen feministischen Sicht um 1900 sowie schließlich um die soziale Bewältigung des „Ruhestands“, d. h. des Umgangs mit der „Nichterwerbsarbeit“ und um die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens im Alter.

Das Gesamturteil der Herausgeber über die Impulse der vorgestellten Addition von thematisch höchst unterschiedlich ausgerichteten Detailstudien betont deren ausdrücklichen Anregungscharakter in Richtung neuer Horizonte des sozialgeschichtlichen Arbeitens: Statt wie bisher „Gesellschaft“ in der Sozialgeschichte von Wirtschaft und Politik deutlich abzugrenzen, seien in den einzelnen Beiträgen exemplarisch und in impulsgebender Weise Perspektiven verfolgt worden, die nun „im Sozialen auch wirtschaftliches und politisches Handeln entdecken“ (S. 8f.). Diesem Urteil ist zuzustimmen, auch wenn noch weitere Perspektiven, etwa in Richtung Psychohistorie usw., hätten hinzugefügt werden können.

JÜRGEN REULECKE

Essen

VSWG 105, 2018/3, 429–430

Daniel Bauer

**Die nationalsozialistische Herrschaft in Stadt und Land Rothenburg ob der Tauber 1933–1945. Eine regionalgeschichtliche Untersuchung**

(Bibliotheca Academica. Reihe Geschichte 7). Ergon, Würzburg 2017, 433 S. (14 Abb., 7 Tab.), 38,00 €.

Die Geschichte der Städte und Gemeinden im Nationalsozialismus stößt seit einigen Jahren auf verstärktes Interesse. Dies resultiert nicht zuletzt aus einem nachhaltigen Paradigmenwechsel: Während der Blick auf das NS-Regime in Forschung und Erinnerungspolitik lange Zeit von einer zentralstaatlichen Perspektive dominiert wurde, gilt inzwischen die Ebene der Kommunen als bedeutender Raum, um die soziale Praxis der Diktatur zu untersuchen. In diesem Sinne – als Herrschaftsgeschichte „von unten“ – widmet sich die profunde Studie von Daniel Bauer, eine Erlangerer Dissertation von 2013, der mittelfränkischen Kleinstadt Rothenburg ob der Tauber, inklusive ihrer Umlandgemeinden. Von besonderem Interesse ist dieser Untersuchungsgegenstand, weil Rothenburg im „Dritten Reich“ als Ideal der „Alten Deutschen Stadt“ propagandistisch überhöht wurde und eine der frühesten und größten NS-Hochburgen war.

Bereits 1928 wurde die NSDAP im Wahlkreis Rothenburg stärkste Partei; bei der Reichstagswahl im Juli 1932 erreichte sie dort 75,7 Prozent der Stimmen (reichsweit: 37,3 %). Die Ursachen lagen, laut Bauer, in der Dominanz einer „mittelständischen Sozialschicht“, einem protestantischen Milieu, das nationalistische und kulturkämpferische Traditionen pflegte, sowie in aggressiver Propaganda charismatischer Lokalgrößen wie des SA-Führers Wilhelm Stegmann. Polizei und weitere Behörden konnten oder wollten der frühen Radikalisierung nichts entgegensetzen. Da sich die



Machtübernahme in Rothenburg in „mentaler“ Hinsicht bereits vor 1933 vollzogen hatte, war der 30. Januar eine weniger einschneidende Zäsur als andernorts. Die politische und gesellschaftliche Gleichschaltung verlief entsprechend rasch und „reibunglos“.

Von zentraler Bedeutung für die Machtentfaltung in der Region waren die bereits früh ausgebildeten Parteistrukturen. Sowohl die NSDAP-Ortsgruppen als auch die Kreisleitung arbeiteten dem radikalen „Franken-Führer“ Julius Streicher zuverlässig zu. Im Geflecht der lokalen Akteure spielte zudem die SA eine prägende Rolle – auch nach ihrer Reorganisation von 1934. Die nationalsozialistisch ausgerichteten Jugendorganisationen, der NS-Lehrerbund, die Volkswohlfahrt und NS-Frauenschaft, deren Wirken Bauer in den Blick nimmt, bestimmten große Teile des gesellschaftlichen Alltags und boten den „Volksgenossen“ vielfältige regimekonforme Integrationsangebote. Gleichzeitig schuf der systematisch ausgebauten Terrorapparat eine „Atmosphäre der Bedrohung“ und disziplinierte die Bevölkerung, wobei der Autor das ausgeprägte Klima der Denunziation unter den Einheimischen hervorhebt. Die (geringe) Zahl der Stadtbewohner jüdischen Glaubens wurde schon vor 1933 massiv diskriminiert und danach gezielt verfolgt und vertrieben, sodass die Stadt bereits Monate vor der Reichspogromnacht 1938 offiziell „judenfrei“ war. Parteistellen und staatliche Behörden agierten dabei – wie in vielen anderen deutschen Regionen auch – Hand in Hand.

Eine besondere Facette der Lokalgeschichte, die in der Studie zu Recht viel Raum einnimmt, lag in dem aufwendig inszenierten Kult um das mittelalterliche Stadtbild. Der gesamte Ort stand im Dienst des Regimes und wurde als „Botschafter des Dritten Reichs“ vereinnahmt. Auch der Großteil der einheimischen Bevölkerung wurde auf verschiedene Weise in die nationalsozialistische „Heimatspflege“ eingebunden. Vom immens angestiegenen Tourismus profitierte die Stadt enorm, etwa durch umfangreiche Gebäuderestauration. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht das große Engagement des bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig Siebert, der in der NS-Landesgeschichte bisher wenig Beachtung fand.

Bauers Studie ist eine auf breiter Quellenbasis fußende Grundlagenarbeit, die sich durch einen umfassenden Themenzuschnitt auszeichnet. Methodisch bewegt sie sich in „klassischen“ Bahnen und verzichtet weitgehend auf ein kulturwissenschaftliches Instrumentarium. Mitunter wünscht sich der Leser eine stärker thesenorientierte Darstellung sowie eine intensivere Einbindung neuerer Forschungsergebnisse – etwa zur „NS-Volksgemeinschaft“ und zur systemstabilisierenden Funktion der Kommunalverwaltungen. Zu würdigen bleibt Bauers Verdienst, erstmals die Zusammenhänge und Akteure der Rothenburger NS-Geschichte dezidiert offengelegt zu haben. Dass sich 2015 der Rothenburger Stadtrat endlich dazu durchrang, die Ludwig-Siebert-Straße umzubenennen, ist ein beachtlicher Beleg für die Wirkkraft der Forschungsergebnisse.

PAUL-MORITZ RABE

München



VSWG 105, 2018/3, 431–432

Sandra Boccher et al.

**Un mondo in salita: Il maso di Antraque sul monte di Roncegno  
(XIII–XIV secolo)**

(Monografie. Nuova serie 8). Società di Studi Trentini di Science Storiche, Trient 2017, 239 S. (24 Abb.), 20,00 €.

Im 12. oder 13. Jh. ließ sich auf den nördlichen Hängen über der Valsugana (Trentino), also in sonnenzugewandter Gunstlage, auf ca. 1.000 m Höhe, eine Gruppe von Rodungsbauern nieder. Ihr Hof und bald auch seine Bewohner wurden Antraque genannt, leicht zu entschlüsseln als ‚zwischen den Wassern‘ gelegen. Die Neusiedlung befand sich im Grenzgebiet der Bistümer Feltre und Trient; die eigentliche Macht übten lokale Burgherren mit einer fernen Legitimation durch die Bischöfe von Feltre aus.

Von diesen Bauern und ihrem Hof sind 20 Urkunden überliefert, die sich auf den Zeitraum zwischen 1264 und 1352 erstrecken. Sie wurden im vorliegenden Band ediert und ausführlich analysiert. Die Originale befinden sich seit ca. 1500 in Innsbruck, heute sind sie im Tiroler Landesarchiv in drei Reihen verstreut. Es wäre aufschlussreich zu wissen, ob diese Urkunden bei ihrer Eingliederung in das damalige Innsbrucker Schatzarchiv noch einen geschlossenen Bestand bildeten, doch darüber geben die Autoren keine Auskunft. Ursprünglich befanden sie sich aber, so die indizienbasierte Hypothese des Bandes, im Besitz der Bauern von Antraque. Darauf deutet unter anderem hin, dass eine der Urkunden besagt, Adrianus de Antraque sei zu einer Gerichtsverhaltung erschienen, versehen mit mehreren Dokumenten, die seine Sache stützten. Es handelt sich also mit großer Wahrscheinlichkeit um ein bäuerliches Familienarchiv, eine außerordentliche Seltenheit für diese frühe Periode. Über einen Zeitraum von knapp 100 Jahren erlaubt es einen Blick in die Lebens- und Arbeitswelt von Bergbauern. Dabei treten drei Generationen einer Familiengemeinschaft auf, denen es über die Zeiten gelang, ihr Gut zu bewahren und zu konsolidieren, darin ihr Auskommen zu finden und ihre sozialen Verpflichtungen wie Abgabenzahlungen, Aussteuer der Töchter, Abfindung nachgeborener Söhne (es handelt sich um einen geschlossenen, nicht teilbaren Hof) zu erfüllen. All dies belegt, dass es gelang, einen nennenswerten Überschuss über den eigenen Bedarf hinaus zu erwirtschaften. Die Bewohner waren nicht reich und gehörten nicht der bäuerlichen Oberschicht an. Nie wurde einer von ihnen *dominus* genannt, obwohl diese Ehrenbezeichnung lokal recht weit gestreut war. Doch sie lebten auch nicht in kargen Verhältnissen oder gar in Mangel und Elend. An keiner Stelle scheint auf, dass sie in einem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis zu einem Herrn standen.

Der mustergültige Editionsteil (unter den Autoren befinden sich ausgewiesene Urkundenbearbeiter) von 50 Seiten verfügt über einen eigenen Sach-, Personen- und Ortsindex. Eine genealogische Übersicht macht es leichter, die verwandtschaftlichen Bezüge der Akteure nachzuvollziehen. Die recht übersichtliche Anzahl von Urkunden steht im Gegensatz zu der Vielzahl der Gegenstände, die sie behandeln. Unter ihnen finden sich Dokumente zu Güterbesitz und Besitzübertragung, zu Streitigkeiten über dessen Nutzung sowie Vereinbarungen zu Heirat und Mitgift. Nur wenige der dabei hervortretenden Themen können hier gestreift werden. So gibt es wertvolle Hinweise zu der dornigen Frage des kleinbäuerlichen Eigentums, dessen recht verbreitete Existenz in der unter-

suchten Region die eher wahrscheinliche Annahme ist. Gleichzeitig wird deutlich, dass es anachronistisch ist, heutige Rechtsbegriffe wie *Eigentum* für diese Epoche zu verwenden. Die eigenständige Position von Frauen, Witwen, als Verwalterinnen des Familiengutes verdient Beachtung, ebenso der erwähnte Zugang der Bauern zu Gerichten, vor denen sie ihr Anliegen erfolgreich vertraten. Gänzlich übergehen muss der Rezensent die Verweise auf Heirats- und Vererbungspraktiken, die dazu führten, dass der Hof über mehrere Generationen gehalten werden konnte.

Im Ergebnis liegt ein Werk vor, das auf der Grundlage einer außergewöhnlich günstigen Quellenkonstellation Einsichten von seltener Direktheit und Prägnanz in das soziale und wirtschaftliche Leben einer kleinen bäuerlichen Gemeinschaft erlaubt. Es sind solche Studien, an denen sich allgemeine Darstellungen der Sozialgeschichte des Spätmittelalters messen lassen müssen und die ihnen zugleich als Grundlage dienen können.

VOLKER STAMM  
Darmstadt

VSWG 105, 2018/3, 432–433

Stefanie Coché

**Psychiatrie und Gesellschaft. Psychiatrische Einweisungspraxis im „Dritten Reich“, in der DDR und der Bundesrepublik 1941–1963**

(Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 218). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2017, 365 S., 65,00 €.

Die vorliegende Studie, eine von der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln angenommene Dissertation, überzeugt durch einen Forschungsansatz, der das Thema „Psychiatrie und Gesellschaft“ auf eine neue Untersuchungsebene stellt. Die Vf.in behandelt in dem Zeitraum, den sie gewählt hat, nicht die oft grell herausgestellte düstere Binnenwelt psychiatrischer Anstalten, sondern legt den Schwerpunkt auf die psychiatrische Einweisungspraxis. An ihr lassen sich Handlungskonstellationen, in die Patienten gerieten, aber auch die sich ändernden Vorstellungen von Krankheit, Normalität, Arbeitsfähigkeit und Sicherheit ablesen. Die Arbeit ist als eine Sozial- und Wissenschaftsgeschichte von Einweisungspraktiken in drei miteinander verzahnten Staatsformationen zu charakterisieren. Die „praxeologische Perspektive“ richtet sich auf sechs psychiatrische Einrichtungen: Eglfing-Haar in München, die Landesheilanstalt Marburg, die Anstalten Bethel in Bielefeld und die Kliniken Rodewisch, Großschweidnitz und Greifswald in der DDR. Den in regionalen Archiven überlieferten Krankenakten aus diesen Anstalten verdankt die Arbeit ihren eigentlichen Erkenntnisertrag. Kapitelanordnung und die Binnengliederung der Kapitel ergeben sich aus strukturierenden Leitfragen. Welche „Akteurskonstellation“ aus Anstalten, Ärzten und Familien war maßgebend, dass im „Dritten Reich“ und in den beiden deutschen Nachfolgestaaten Menschen in eine Anstalt kamen? Wie lassen sich, von den Einweisungsmechanismen ausgehend, Brüche und Kontinuitäten im Umgang mit psychisch Kranken benennen?

Kapitel I verweist auf die Wirkungsgeschichte der NS-Aktion T 4, als im Jahr 1941 das Wissen von Tötungsanstalten durch Proteste des Bischofs von Galen öffentlich gemacht wurde. Kapitel II behandelt vor diesem Hintergrund die Einweisungspraxis in der „Zusammenbruchgesellschaft“ der Jahre 1945–1949. Hier gab es parallele Entwicklungen und das Beschreiten neuer Wege in den ost- wie westdeutschen Heilanstalten. Vertrauen musste zurück gewonnen werden, wenn auch der Problemdruck durch die „Platzfrage“ in den psychiatrischen Großkrankenhäusern wuchs. Die Vf.in arbeitet heraus, wie am Ende des Zweiten Weltkriegs eine die politischen Systeme übergreifende psychiatrische Notstandsgesellschaft darum rang, den Bedürfnissen der Eingewiesenen und ihrer Familien Rechnung zu tragen. Hier wird auf eine Vielzahl von Krankenakten zurückgegriffen. Sie zeigen, dass die Anstalt nicht mehr ausschließlich als Ort des „Zwanges“ wahrgenommen, sondern von ihr oft auch Hilfe erwartet wurde. In der Tendenz vollzog sich nach 1949 in beiden deutschen Staaten eine Gewichtsverschiebung von Sicherheitsfragen hin zu Aspekten der medizinischen Behandlung. Diese Entwicklung wird in Kapitel III am Rückgang der Zwangseinweisung verfolgt. Obwohl die rechtliche Regelung der Zwangsunterbringung Unterschiede aufwies, strahlte die „Freiwilligkeit“ beinhaltende „Praxis-Koalition von Anstaltsärzten und Familien“ in der DDR auf die Psychiatrie in der Bundesrepublik ab (S. 145–150, 160–162). Die beiden letzten Kapitel „Medizinische Aspekte der Einweisung“ und „Arbeitsfähigkeit und -unfähigkeit in der Einweisungsargumentation“ gehören eng zusammen. Ärztliche Diagnosen entschieden über Lebenswege, die in der Anstalt enden, aber auch aus ihr herausführen konnten. Die Vf.in verdeutlicht dies nachdrücklich an der Diagnose „Psychopathie“. Diese war entscheidend für die psychiatrische Bewertung von Arbeit und Leistung eines Menschen (S. 265–294). Hier unterschieden sich die theoretischen Konzepte und auch die Diagnosepraxis in der Bundesrepublik und der DDR.

Als Fazit dieser ausgezeichneten Forschungsarbeit ist festzuhalten, dass beide deutschen Psychiatrien sich in dem Bemühen trafen, eine unselige Vergangenheit abzustreifen. Mit Recht hat die Vf.in das Jahr 1963 zu einem Eckpunkt ihrer Untersuchung gemacht (S. 11). Auf einer Tagung im sächsischen Rodewisch, an der auch westdeutsche Ärzte teilnahmen, verabschiedeten führende DDR-Psychiater mit den „Rodewischer Thesen“ ein bemerkenswertes Reformprogramm, das die Öffnung der geschlossenen Anstalt und die Hinwendung zu einer heilenden Fürsorge einforderte.

DIRK BLASIUS  
Essen



VSWG 105, 2018/3, 434–435

Thomas Höpel

**Kulturpolitik in Europa im 20. Jahrhundert. Metropolen als Akteure und Orte der Innovation**

(Moderne europäische Geschichte 13). Wallstein, Göttingen 2017, 446 S. (15 Abb., 5 Tab.), 39,90 €.

Ausgehend im Wesentlichen von einer detailreichen Untersuchung der urbanen Kulturpolitik in fünf europäischen Städten – Birmingham, Frankfurt/M., Leipzig, Lyon und Krakau – will der Autor, apl. Prof. im Institut für Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig, mit seiner umfangreichen Studie eine „historisch-vergleichende Langzeitanalyse“ seit Beginn des 20. Jh.s vorlegen, in der „Kontinuitäten und nationale Entwicklungspfade ebenso herausgearbeitet wie Paradigmenwechsel und grundlegende kulturpolitische Um- und Neuorientierungen“ exemplarisch verfolgt werden. Dabei sollen auch „transnationale Verknüpfungen und Transfers im Feld von Kultur und Kulturpolitik“ eine Rolle spielen (S. 9). Die Analyse der kulturellen Verhältnisse in diesen fünf „second cities“ direkt unterhalb der jeweiligen Hauptstädte, welche häufig – so Höpel – zu sehr „als nationale Aushängeschilder“ vom Staat protegiert und auch bevormundet worden seien (S. 15), behandelt im ersten Hauptkapitel insbesondere die konkreten Gründe, weshalb in diesen Städten im ersten Drittel des 20. Jh.s die Kultur ausdrücklich zu einem Instrument der Kommunalpolitik wurde. Das zweite Kapitel beschäftigt sich im Wesentlichen mit der Frage, wie weit in den 1930er und 1940er Jahren die jeweilige Kulturpolitik in den autoritär-diktatorischen Regimen durch staatliche Eingriffe bestimmt und wie darauf vor Ort reagiert wurde. Die Frage nach den Entwicklungen im „Kalten Krieg“ nach 1945 bestimmt das dritte, umfangreichste Hauptkapitel mit nachdrücklichem Blick auf die Unterschiede zwischen der staatssozialistischen Kulturpolitik in Osteuropa am Beispiel von Krakau und Leipzig und den „unterschiedlichen Konjunkturen“ der Kulturpolitik in Westeuropa, wo beispielsweise allmählich ein zunehmendes Interesse an der Entstehung von Städtepartnerschaften zu beobachten war. Die Folgen für die städtischen Aktivitäten nach dem Ende des Ostblocks und im Zuge der voranschreitenden europäischen Integration seit den 1990er Jahren werden schließlich im vierten Hauptkapitel analysiert, wobei es vor allem auch um die Frage geht, wie und in welchem Umfang es zunehmend zu einer Homogenisierung der städtischen Kulturpolitik kam.

Die Antworten Höpels auf die Kernfragen seiner Untersuchung beruhen auf von ihm bereits lange vorher, ausgehend von ersten Studien in Frankreich, vor allem in Staats- und Stadtarchiven sowie in ortsbezogenen Periodika durchgeführten Recherchen und kreisen insbesondere um die kulturpolitischen Initiativen und Aktivitäten der Verwaltungen in den „second cities“ sowie der örtlichen und staatlichen politischen Akteure, die vor allem auf eine „Inwertsetzung der Städte“, d. h. eine auf Werbung ausgerichtete standortbezogene Imagepolitik ausgerichtet waren. Eine im Lauf des 19. Jh.s entstandene „liberale Kunstpolitik“ habe sich, so Höpel, auf diese Weise dann im 20. Jh. schließlich zu einer ausgreifenden modernen Kulturpolitik entwickelt, die er in seinen vier Hauptkapiteln immens detailreich darstellt. Dabei spielten nicht zuletzt auch soziale Integrationsbestrebungen, z. B. durch Volksbildungsinitiativen, eine bedeutende Rolle, was z. T. auch erhebliche Probleme und Auseinandersetzungen vor Ort hervorrief.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Der relativ enge Blick Höpels auf die politikhistorische Seite des urbanen Kulturbetriebs im 20. Jh. schlägt zwar umsichtig eine gut begründete Schneise bei der Behandlung der „kulturellen Innovationen“ in den urbanen Zentren. Das belegt neben dem Anmerkungsapparat auch das umfangreiche Literaturverzeichnis, in dem jedoch die zahlreichen seit etwa 2000 erschienenen innovativen Darstellungen einer neueren Kulturgeschichte nicht auftauchen und etwa Darstellungen der konkreten Folgen der kulturellen Wandlungen bei den Zeitgenossen und die psychohistorischen Wirkungen kultureller Herausforderungen kaum genannt werden – etwa 1998 „Die kulturalistische Wende“ (Dirk Hartmann / Peter Janich) und 2001 „Kompendium Kulturgeschichte“ (Ute Daniel). Insofern liefert das umfangreiche Werk viele Anregungen im Hinblick auf zwar ein spezielles, aber recht folgenreiches kulturelles Feld, regt jedoch zugleich nachdrücklich zu weiteren Studien in Richtung „urbane Kultur“ an.

JÜRGEN REULECKE  
Essen/Gießen

VSWG 105, 2018/3, 435–436

Frank-Michael Kuhleemann / Michael Schäfer (Hg.)  
**Kreise – Bünde – Intellektuellen-Netzwerke. Formen bürgerlicher  
Vergesellschaftung und politischer Kommunikation 1890–1960**  
(Histoire 96). Transcript, Bielefeld 2017, 276 S., 34,99 €.

Der Band geht auf eine Tagung zurück, die 2015 im Umfeld eines Dresdener DFG-Projekts zum Eucken-Kreis stattfand. Frank Michael Kuhleemann und Michael Schäfer, der Bearbeiter des Projekts, präsentieren in einem sorgfältig erarbeiteten Einführungsteil ausführlich Forschungskontexte, Fragestellungen und Perspektiven des Themas. Für die bürgerliche Vergesellschaftung und politische Kommunikation zwischen Kaiserreich und früher Bundesrepublik spielten Kreise, Bünde und Intellektuellen-Netzwerke eine wichtige Rolle. Trotz zahlreicher Arbeiten sind viele dieser Gruppen aber zum einen immer noch unzureichend erforscht. Zum anderen betont die bisherige Forschung v. a. die Unterschiede zum emanzipatorischen Assoziationswesen des 19. Jh.s und verweist immer wieder auf die elitären und antidemokratischen Kulturmuster solcher bildungsbürgerlicher Zirkel, wie sie besonders im Kampf gegen die ungeliebte Weimarer Republik hervortraten. Dagegen wollen die Hg. stärker als bisher auch gegenläufige Tendenzen in den Blick nehmen. Die Reaktionen auf die neuen Herausforderungen einer krisenhaft empfundenen Moderne waren, so die Hg., nicht zwangsläufig mit der Absage an liberale Modelle und Inhalte verbunden. Vielmehr ergibt der Blick auf Formen, Strukturen und Kontinuitäten solcher Bünde vielfach ein sehr differenziertes Bild. Gemeinsam war zwar die Überzeugung von der nach wie vor wichtigen gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Steuerungsfunktion des gebildeten Bürgertums, aber nicht nur zwischen den zahlreichen Bünden, sondern oft auch innerhalb der Mitgliedschaft einzelner Kreise finden sich vielfältige politische und kulturelle Orientierungen und zahlreiche Belege für die Kontinuitäten emanzipatorischer Inhalte im spät- und nachbürgerlichen Zeitalter.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries  
of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming  
as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018



Dies wird auch in mehreren der zehn Beiträge zu einzelnen Bündeln und Kreisen ausführlich herausgearbeitet, die vom George-Kreis über das Netzwerk Friedrich Naumanns, den Euckenbund, christlichen, nationalistischen und sozialistischen Kreisen bis hin zum lebensreformerischen Schweizer Lichtbund und einer von Georg Picht geprägten Kommission zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr reichen, leider aber manchmal noch zu wenig an den eigentlichen Leitfragen der Hg. ausgerichtet sind. Dennoch vermitteln sie viele neue Einblicke in ein noch wenig bearbeitetes Forschungsfeld, v. a. auch durch den gewählten langen Untersuchungsraum vom späten 19. Jh. bis in die deutsche und österreichische Nachkriegszeit. So wird etwa am Beispiel des von Ursula Krey untersuchten Umfelds von Friedrich Naumann, des von Justus Ulbricht vorgestellten reformsozialistischen Leuchtenburg-Kreises und der von Georg Picht geleiteten Bundeswehrkommission gezeigt, dass die Zeit der Bünde und Intellektuellenkreise nach 1945 noch keineswegs vorbei war, sondern alte personelle Verbindungen fortbestanden und Leitvorstellungen der Lebensreformbewegung in vielen Bereichen weiterwirkten. Besonders hervorzuheben ist schließlich der auf umfangreichem Archivmaterial aufbauende Beitrag über den Euckenkreis und -bund, in dem Michael Schäfer zum einen die auch in anderen Beiträgen thematisierte Rolle des „Meisters“ ausführlich beleuchtet und zum anderen darauf verweist, wie bei genauem Hinsehen die Konturen solcher Kreise verschwimmen und welche Widersprüche sich im Hinblick auf ihre Strukturen, Ideen und Fortwirken ergeben können. Neben neuen empirischen Befunden, wie sie etwa auch Andreas Huber am Beispiel von Deutschem Klub und Cartellverband zu den deutschnationalen und den nach 1945 dominierenden katholischen Hochschullehrern der Universität Wien vorlegt, gibt der Band gerade durch die Auseinandersetzung mit den vom Bielefelder Soziologen Jürgen Freese entwickelten Konzepten zur Erforschung von Intellektuellen-Assoziationen auch methodische Anregungen für künftige Arbeiten.

HANS-WERNER HAHN

Asslar-Berghausen

VSWG 105, 2018/3, 436–438

Thomas Lau / Helge Wittmann (Hg.)

**Reichsstadt im Religionskonflikt. 4. Tagung des Mühlhäuser Arbeitskreises für Reichsstadtgeschichte Mühlhausen, 8. bis 10. Februar 2016**

(Studien zur Reichsstadtgeschichte 4). Imhof, Petersberg 2017, 400 S. (89 Abb.), 29,95 €.

Antijüdische Pogrome, Auseinandersetzungen um die Einführung der Reformation, Spannungen zwischen Katholiken und Protestanten in bikonfessionellen Städten – das Thema „Reichsstadt im Religionskonflikt“ hat viele Facetten und wurde bereits in zahlreichen Arbeiten behandelt. Dementsprechend fügen sich die 15 Beiträge dieses Bandes, die durch eine „Vorbemerkung“ des Mitherausgebers Thomas Lau und eine „Rückschau“ von André Krischer eingerahmt werden, in ein etabliertes Forschungsfeld ein; zugleich bereichern sie dieses um interessante Aspekte.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Christhard Schrenk betrachtet zunächst die Stellung der Juden in Heilbronn, denen König Sigismund zwar 1414 einen Schutzbrief ausgestellt hatte, die jedoch bereits 1437 wieder vorübergehend und 1469 dauerhaft aus der Stadt vertrieben wurden. Durch eine äußerst restriktive Gesetzgebung wurde Juden in der Reformationszeit selbst der vorübergehende Aufenthalt in der Reichsstadt stark erschwert. Angesichts dieses instruktiven Beitrags ist es bedauerlich, dass die jüdische Minderheit im vorliegenden Band – von knappen Bemerkungen zu den Sephardim in Hamburg abgesehen – ansonsten nicht weiter berücksichtigt ist.

Die Aufsätze von Andreas Willershausen und Ingrid Würth fokussieren das 15. Jh. Während Ersterer die Wahrnehmung der Hussitenkriege und die (begrenzte) militärische Beteiligung an ihnen in den wetterauischen Reichsstädten Gelnhausen, Wetzlar und Friedberg untersucht, analysiert Würth an Beispielen aus Straßburg, Mühlhausen und Nordhausen den Umgang von Reichsstädten mit Häresien. Dabei konstatiert sie eine bemerkenswert nachsichtige Haltung der Räte, welche zwar nach außen hin die religiöse Einheit der Stadtgemeinde betonten, im Inneren aber pragmatisch mit religiösen Abweichlern umgingen.

Sechs Beiträge sind dem Themenfeld „Reichsstadt und Reformation“ gewidmet. Ausgehend von Bernd Moellers gleichnamigem Buch resümiert Wolfgang Reinhard die Beiträge der historischen Schichtungs-, Verflechtungs-, Medien- und Ritualforschung zum Verständnis städtischer Reformationen. Werner Freitag konstatiert für die westfälischen Städte Münster und Soest eine „Dialektik der Reformation“, im Zuge derer die Gemeinden die Räte mit der Durchführung der Reformation beauftragten, die anschließende Erneuerung des Bürgereides jedoch zur „Verobrigkeitlichung des Rates“ führte (S. 122). Darüber hinaus betont er die Handlungsspielräume dieser Autonomiestädte gegenüber den Landesherrn. Gérald Chaix charakterisiert die Reichsstädte als „Versuchslabor“ der Konfessionalisierung (S. 133). Klaus Krüger befasst sich mit den Auswirkungen der Reformation auf die urbane Sepulkalkultur. Er zeigt, dass sich Bilderstürme mitunter gezielt gegen Grabmäler richteten, und konstatiert, dass Grabmäler und -inschriften zwar häufig auf die Konfession der Verstorbenen, aber nur selten auf Religionskonflikte Bezug nahmen. Thomas T. Müller zeichnet die unterschiedliche Entwicklung der Frühreformation in Mühlhausen und Nordhausen nach. Während Mühlhausen infolge der Radikalität der evangelischen Bewegung und der Beteiligung am Bauernkrieg unter Kuratel gestellt wurde, war die Reformation in Nordhausen von einem „Grundkonsens“ (S. 172) zwischen Rat und Gemeinde und einer strikten Ausrichtung an lutherischen Positionen geprägt. Michael Matthäus erklärt die zögernde Einführung der Reformation in Frankfurt am Main mit Rücksichtnahme des Rats auf den Kaiser sowie mit wirtschaftspolitischen Interessen der Messestadt.

Weitere sechs Beiträge thematisieren konfessionelle Konflikte zwischen Mitte des 16. und Beginn des 19. Jh.s. Thomas Kirchner untersucht die Haltung der seit 1580/81 evangelisch, seit 1598 erneut katholisch regierten Reichsstadt Aachen zum Kaiser. Während Katholiken das Reichoberhaupt als Schiedsrichter in Religionsfragen betrachteten, warf ihnen die Gegenseite vor, damit lediglich eigene Interessen zu verfolgen. Christian Helbich zeichnet anhand des Prozesses, den Stift und Stadt Essen zwischen 1568 und 1670 vor dem Reichskammergericht führten, die Verquickung des Religionskonflikts mit der Frage der Reichsunmittelbarkeit der Kontrahenten auf. Helge Wittmann rekonstruiert, wie Fuldaer Franziskaner die Erinnerung an den heiligen Hermann von Gersthagen, einen 1287 in Mühlhausen verstorbenen Ordensbruder, wiederbelebten und evangelische Autoren diesen durch die Rezeption der franziskanischen Quellen in die lokale Erinnerungskul-

tur einschrieben. Rolf Hammel-Kiesow beschreibt die „völlig unterschiedliche[n] Wege“, die die Hansestädte Hamburg und Lübeck in der Frage der Aufnahme von Glaubensflüchtlingen gingen (S. 290). Während Hamburg trotz des Widerstands der lutherischen Geistlichkeit grundsätzlich offen für die Aufnahme niederländischer, sephardischer und später auch hugenottischer Migranten war und Verträge mit Zuwanderergruppen abschloss, verfolgte der Lübecker Rat eine sehr restriktive Aufnahmepolitik. Nicht zuletzt infolge seiner höheren Aufnahmebereitschaft konnte Hamburg seinen wirtschaftlichen Vorsprung vor Lübeck im 17. Jh. zusehends vergrößern. Andrea Riotte skizziert die Einführung der Parität in Biberach 1649 und demonstriert anhand markanter Konflikte, dass diese mit konfessioneller Toleranz wenig zu tun hatte, sondern zur Bildung von „Parallelgemeinden“ (S. 346) führte. Sowohl die Kontroverspredigten der Kapuziner als auch die Präzedenz der Katholiken im Rat waren in der paritätischen Reichsstadt immer wieder Steine des Anstoßes. Hanspeter Jecker macht abschließend deutlich, wie rigide die Stadtrepublik Bern zwischen 1650 und 1720 gegen ländliche Täufergemeinden, aber auch gegen den seit den 1680er Jahren aufkeimenden Pietismus vorging.

MARK HÄBERLEIN

Bamberg

VSWG 105, 2018/3, 438–439

Antoni Mączak

**Eine Kutsche ist wie eine Straßendirne ... Reisekultur im Alten Europa**  
(Polen in Europa). Schönigh, Paderborn 2017, 237 S. (15 Abb.), 29,90 €.

Antoni Mączak (1928–2003) gilt zu Recht als Pionier der historischen Reiseforschung. Im deutschen Sprachraum ist er v. a. durch den zusammen mit Hans Jürgen Teuteberg herausgegebenen Sammelband „Reiseberichte als Quellen europäischer Kulturgeschichte“ (Wolfenbüttel 1982) präsent. Weniger Aufmerksamkeit fanden dagegen seine polnische Monografie „Życie codzienne w podrózach po Europie XVI–XVII wieku“ (Warschau 1978 und 1980) sowie deren erheblich spätere englische Übersetzung „Travel in Early Modern Europe“ (Cambridge 1995). Dieses Werk liegt nun auch in deutscher Übersetzung vor.

Da die historische Reiseforschung in den fast vier Jahrzehnten seit der Erstveröffentlichung viele und grundlegende Fortschritte gemacht hat, wirkt der Band zunächst etwas aus der Zeit gefallen. Daran kann auch der einleitende Essay von Achatz von Müller (S. 11–20) wenig ändern, dessen wissenschaftliche Reflexionsebene in einem allzu starken Kontrast zu der unbefangenen – man könnte auch sagen: naiven – Herangehensweise des Autors an sein Thema steht, die gerade in seiner Einleitung (S. 21–23) deutlich wird. Jeder, der sich einmal näher mit der Geschichte von Reisen und Reiseberichterstattung beschäftigt hat, wird diesen Abschnitt – etwa die anfängliche Idee einer umfassenden Erschließung dieses ebenso umfangreichen wie disparaten Quellencorpus sowie der erschöpfenden Darstellung der daraus gewonnenen Resultate – mit viel Sympathie und Amusement lesen. Gerade dieser Gegensatz zwischen einem noch kaum mit der Realität konfron-

tierten wissenschaftlichen Enthusiasmus und den Schwierigkeiten der praktischen Umsetzung sind kennzeichnend für ein Pionierwerk, das sich auf einem weiten, noch größtenteils unerschlossenen Terrain bewegt.

Das Ergebnis ist denn auch weit weniger systematisch als ursprünglich zweifellos intendiert. Anhand einer beeindruckenden Bandbreite von Reiseberichten, Länderbeschreibungen und Sekundärliteratur werden zahlreiche Themen in nicht immer ganz überzeugender Reihenfolge behandelt. Warum etwa findet sich der Abschnitt über Reiseinstruktionen (S. 126–129), die bekanntlich der Vorbereitung einer Reise dienen, erst weit hinter denjenigen über Herbergen, Reisekosten, Hygiene etc.? Manche Themen werden nur so kurz angerissen, z. B. eine knappe Seite über Badereisen (S. 92 f.), dass man auf ihre Behandlung ebenso gut hätte verzichten können. Einige Punkte erscheinen auch schlichtweg überflüssig, wie etwa die Abschnitte über Madame D'Aulnoy (S. 120 f.), eine Kompilatorin ohne eigene Reiseerfahrung, und über „Galgen und Exekutionen“ (S. 142–144) im Kapitel „Gefahren“, wobei es lediglich um das Interesse mancher Reisender an solchen „Spektakeln“ und nicht etwa um ihre persönliche Gefährdung geht. Hier ist der Autor der verlockenden Fülle des Stoffes erlegen; Ähnliches gilt für die Zahl extrem langer oder so dicht gesetzter Zitate, dass der Leser deren Herkunft nicht immer nachvollziehen kann.

Positiv hervorzuheben ist aber gerade dieser Reichtum der Beobachtungen, zumal, wenn sie aus der Perspektive des Wirtschaftshistorikers – der Maćzak an erster Stelle war – erfolgen, wie etwa in dem lapidar mit „Reisekosten“ überschriebenen Kapitel (S. 71–86), in dem z. B. auch die Wege des bargeldlosen Zahlungsverkehrs – ein wichtiges Thema für akut durch Straßenräuber bedrohte Reisende – behandelt werden. Nicht weniger verdienstvoll ist die Erschließung einer Vielzahl im Westen kaum bekannter, in vielen Fällen handschriftlicher polnischer Reiseberichte. Die gelegentliche Überbewertung der englischen Überlieferung (z. B. S. 55 f., 74) ist durch die Forschungssituation des Autors, der seinerzeit v. a. in amerikanischen Bibliotheken arbeiten konnte, erklärlich.

Es ist leicht, einen Autor zu kritisieren, dessen Forschungen vor mehr als vier Jahrzehnten unter nicht nur politisch völlig anderen Voraussetzungen erfolgten (man denke nur an die große Zahl seitdem durch Reprints und Digitalisate leicht zugänglich gewordener Quellen). Umso wichtiger erscheint die abschließende Feststellung, dass es sich um ein Werk handelt, das auch heute noch lesenswert und wissenschaftlich anregend ist.

WOLFGANG TREUE

Duisburg-Essen



VSWG 105, 2018/3, 440–441

Christian Rau

**Stadtverwaltung im Staatssozialismus. Kommunalpolitik und Wohnungswesen in der DDR am Beispiel Leipzigs (1957–1989)**

(Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung 18). Steiner, Stuttgart 2017, 425 S. (17 Abb., 19 Tab.), 68,00 €.

Diese profunde Politikgeschichte der DDR-Wohnungsverwaltung in der Metropole Leipzig eröffnet ein weites Themenfeld von der fortschreitend verengten kommunalpolitischen Handlungsautonomie, die im Verlauf der drei Jahrzehnte zwischen 1957 und 1986 in sechs Durchführungsgesetzen minutiös nachgezeichnet wird, über die Verwaltungspraxis im Wohnungsbau – und damit auch im Stadtplanungsgeschehen Leipzigs aus der Perspektive der Stadtregierung bis hin zur Vergabepaxis an Wohnungsuchende. Vielfältige regimekritische Reaktionen in Politik und Bevölkerung rahmen diese Verwaltungsgeschichte akteurspolitisch ein. Mit dem Ziel, das gesamte Verwaltungsspektrum abzudecken, wird eine Gesellschaftsgeschichte der DDR-Kommune anhand ihrer wichtigsten Exponenten und Aufgabenfelder im Wohnungswesen vorgelegt.

Methodisch neu ist hierbei die analytische Verknüpfung von ideologischem Anspruchsverhalten der Machtstrategen des Staatssozialismus mit der Alltagsrealität der Innenstadtplanung, der Modernisierung des Altbaubestandes, der Neubauwohnung und schließlich der Warteliste im Wohnungsamt. Denn damit können politikrelevanter Mehr-Ebenen-In- und Output von wohnungspolitischen Strategien und Gegenstrategien gleichermaßen ins Blickfeld rücken, was angesichts der schier Fülle an Quellenmaterial und an darin vorhandenen Konfliktfällen eine Herkulesaufgabe ist, die Rau vollständig gemeistert hat. Diese Handlungsanalyse erschließt alle maßgeblichen Akteurskonstellationen für den gesamten Untersuchungszeitraum.

Einige Teilergebnisse der Studie sollen hervorgehoben werden: Fehlende institutionelle Koordination machte die Wohnungspolitik in der DDR zu einer letztlich unbeherrschbaren Konstante des persönlichen Regimes weniger SED-Granden, von denen Paul Fröhlich, der Bezirkspartei-*chef* Leipzigs, und Erich Honecker für beide Phasen – vor und nach 1973 – leitbildprägend stehen. Scheiterte die Wohnungsbaupolitik zwischen 1957 und 1973 maßgeblich an ihrer Konkurrenz zur repräsentativen Innenstadtneubauung, fungierte sie danach lediglich als Mengengröße zum Aufbau der Trabantenstädte Grünau und Paunsdorf, wo immerhin 45.000 Neubauwohnungen geplant waren. In dieser konzeptionellen Mangelsituation wurden die Jahre zwischen 1967 und 1973 als Krisenzeit der „instabilen Stabilität“ des Bauregimes treffend markiert – Rau kennzeichnet sie als „administratives Chaos“ (S. 201).

Im Wandel zur Honecker-Baupolitik wurde ein Baukombinat des Bezirks Leipzig geschaffen, das einerseits der Kommune Leipzig jedwede Einwirkungsmöglichkeit versagte, andererseits aber nicht deren Generalbebauungsplan unterworfen war, sodass, wie luzide aufgezeigt wird, hoheitlich zentralistisch in Leipzig gebaut wurde, ohne jedwede lokale Kontrollmöglichkeit zuzulassen. Eine totalitäre „Durchherrschaft“ der kommunalen Wohnungsbaupolitik prägte das Neubaugeschehen nachteilig – administrativer „Eigensinn“, wie Rau gegenargumentierend betont (S. 16), lässt sich allerdings nicht ausmachen.

Rau bezeichnet das Jahr 1977 als „Zäsur“ (S. 259), in dem der Rat der Stadt einerseits jedwede Kontrollmöglichkeit gegenüber der bezirklichen Wohnungsbaupolitik verlor, aber andererseits eine *laissez-faire*-Aneignungspolitik bei den Wohnungsvergaben tolerierte, welche das Engagement der zukünftigen Bewohner immer stärker in den Mittelpunkt rückte. Per „geduldeter Korruption“ und durch „Schwarzwohnen“ wurde das „Beteiligungsangebot“ an der „partizipativen Diktatur“ wesentlich erhöht (S. 347). Es entstanden diese vielfältigen „Grauzonen“ der eigenständigen Interessenwahrnehmung zwischen Bürgern und „lokalen Stadtrepräsentanten“, welche bereits als „Mikroformen“ des Bürgerprotests zu werten sind.

In der Unentschiedenheit zwischen Totalitarismuskonzept auf der einen Seite und der bürgerschaftlichen Selbstemanzipation in den Wohnungsvergaben in Leipzig auf der anderen liegt eine gewisse konzeptionelle Unschärfe von Raus Analyse des „Multi-Government-Levels“ der Leipziger Wohnungsbaupolitik. Der Leser entscheidet, dass die DDR in ihren Kommunen und im Ganzen eben beides gewesen war: totalitär in ihrer Herrschaftsdurchsetzung und emanzipativ in ihrer demokratieaffinen (stadt-)bürgerschaftlichen Gegenherrschaftlichkeit des Privaten. Diesen Emanzipationsprozess auf dem Feld der Wohnungsvergaben nachgewiesen zu haben ist ein nachhaltiges Verdienst von Raus spannungsreicher Gesellschaftsgeschichte der Leipziger Wohnungspolitik und bereichert die Stadtgeschichtsforschung erheblich.

GEORG WAGNER-KYORA  
Hannover

VSWG 105, 2018/3, 441–443

Britta-Marie Schenk

**Behinderung verhindern. Humangenetische Beratungspraxis in der Bundesrepublik Deutschland (1960er bis 1990er Jahre)**

(Disability History 2). Campus, Frankfurt a. M./New York 2016, 428 S., 49,00 €.

Sebastian Schlund

**„Behinderung“ überwinden? Organisierter Behindertensport in der Bundesrepublik Deutschland (1950–1990)**

(Disability History 4). Campus, Frankfurt a. M./New York 2017, 411 S., 49,00 €.

Sebastian Schlund legt eine umfangreiche Studie über den organisierten Behindertensport in der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1990 vor. In der Einleitung geht es neben Begriffsklärungen, Fragestellung und Aufbau der Arbeit auch um die Erläuterung des wichtigen neuen theoretischen Ansatzes der Disability History, über den es heißt, „Behinderung“ sei nicht als individuelles Defizit zu verstehen, sondern als ein historisch-gesellschaftspolitischer Zuschreibungs- bzw. Zuordnungsprozess – und damit als ein potentiell veränderbarer; es solle also untersucht werden, „welche Faktoren in welchem zeitlichen und gesellschaftlichen Kontext zur Bezeichnung bestimmter Personen als behindert führten“ (S. 12).

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018



Die Arbeit gliedert sich in sechs Kapitel und ist historisch-chronologisch strukturiert. Unter dem Titel „Versehrtenleibesübungen“ wird in Kap. 1 die Zeit zwischen 1918 und 1945 dargestellt, wozu erste Versuche der körperlichen Rehabilitation von ‚Kriegskrüppeln‘ in der Weimarer Republik ebenso gehören wie die Entstehung von Selbsthilfegruppen von ‚Kriegsversehrten‘ und ihrer sportlichen Aktivitäten. Die Zeitepochen thematisieren inhaltliche Schwerpunkte wie „Versehrtensport und Erwerbsparadigma“ sowie „Pluralisierungsprozesse, Behindertenleistungssport und Integrationsangebote“. Dazwischen werden als Reflexionen zwei Zwischenbetrachtungen zu folgenden Themen vorgenommen: „Versehrtensport, Kameradschaft und Intersektionalität“ (Kap. 3) und „Wertewandel im Behindertensport?“ (Kap. 5). Analytisch gewinnbringend ist der Schluss (S. 363–378), in dem unter den Stichpunkten „Integration; Hierarchien; Selbstbestimmung; ‚Behinderung‘ überwinden?“ ein Resümee gezogen wird. Kritisch muss angemerkt werden, dass das Fazit (impairment; disability) teilweise den Grundannahmen der Disability History widerspricht; auch Intersektionalität wird lediglich angerissen. Bis auf wenige Seiten unterscheidet sich die Arbeit kaum von anderen historischen Darstellungen zum Thema, der Ansatz der Disability History wird methodisch leider nicht durchexerziert.<sup>1</sup>

Britta-Marie Schenk schildert und reflektiert die Praxis humangenetischer Beratung in der Bundesrepublik von den 1960er bis zu den 1990er Jahren. Ihre zentrale Frage lautet, „wie sich dieses Wechselverhältnis von Kontinuitäten und Wandel für die Behinderungsvorstellungen in der genetischen Beratung gestaltete“ (S. 11). Zentraler Orientierungspunkt für die chronologisch, nach Dekaden, vorgehende Untersuchung sind Unterlagen der Humangenetischen Beratungsstelle Hamburg.<sup>2</sup> In dieser Praxis zeigt sich eine problematische Koppelung der Diagnose ‚geistige Behinderung‘ mit ‚frühkindlicher Psychose‘, was mit Empfehlungen wie Heimunterbringung bzw. Sterilisation einherging. Die Frage der aus genetischen Beratungen sich oftmals ergebenden Sterilisationen wird in vielen Facetten ausgeleuchtet, von der eugenischen Tradition bis zu den Motiven der Eltern. Auch die wichtige Kritik an dieser Art von Beratung wie von militanten Frauengruppen (‚Rote Zora‘) oder Betroffenen (‚Krüppelkritik‘) findet hier Berücksichtigung.

Im Resümee wird u. a. die Frage gestellt, warum es nach den NS-„Euthanasie“-Morden eine „Anschlussfähigkeit eugenisch motivierter, defizitorientierter und hierarchisierender Behinderungsvorstellungen“ gegeben habe (S. 383). Die Autorin befasst sich u. a. mit der Liberalisierungsthese Ulrich Herberts und reflektiert vor diesem Hintergrund die veränderte Sichtweise auf Behinderung mit ihren Kontinuitäten; dabei kritisiert sie zu Recht den Anspruch einiger VertreterInnen der Disability History, Geschichte generell mit Blick auf Behinderung neu schreiben zu können (S. 392).

Unfreiwillig transportiert die Darstellung den Mythos, dass Behinderung weitgehend genetisch bedingt und damit auch technologisch verhinderbar sei (‚Vorsorge als Verhinderung von Behinderung‘). Fakt ist aber, dass nur etwa 5–6 Prozent der anerkannten Behinderungen in Deutschland angeboren bzw. genetisch verursacht sind.<sup>3</sup> Das Besondere dieser Arbeit besteht darin, dass politikwissenschaftliche und historische Aspekte im Kontext der Thematik eine adäquate Berücksichtigung und Einordnung finden. Diese inhaltlich gute und gewinnbringende Studie sei allen empfohlen, die sich praktisch oder theoretisch mit dem Themenkomplex ‚Behinderung und genetische Beratung‘ befassen.

- 1 Zum umfangreichen Literaturverzeichnis ist zu fragen, warum z. B. Aly: Die Belasteten und Wildt: Volksgemeinschaft Aufnahme finden (S. 43, FN 49), obwohl diese Arbeiten inhaltlich nicht verwendet werden.
- 2 Lange unter der Leitung von Dr. med. Marianne Stoeckenius.
- 3 Ein weiterer Kritikpunkt: Im Kapitel zu anthroposophischen Heimen, die als positive Alternative dargestellt werden (S. 198–205), wird die Autorin Kathrin Taube falsch interpretiert und damit deren Hauptaussage ignoriert; vgl. Kathrin Taube: „Ertötung aller Selbstheit“. Das anthroposophische Dorf als Lebensgemeinschaft mit geistig Behinderten, München 1994.

WERNER BRILL  
Berlin

VSWG 105, 2018/3, 443–444

Antje Schloms

**Institutionelle Waisenfürsorge im Alten Reich 1648–1806. Statistische Analyse und Fallbeispiele**

(Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 129). Steiner, Stuttgart 2017, 395 S. (45 Abb.), 62,00 €.

Die Geschichte des Waisenhauses war lange Zeit durch den Blick auf einzelne Institutionen geprägt. In den vergangenen Jahren jedoch wurde die Diskussion um Ziele und Charakter der Waisenfürsorge thematisch bereichert, zum Beispiel durch den Blick auf die Rolle des Waisenhauses in der Stadtgesellschaft (Thomas Safley für Augsburg) und die Versorgung und Förderung von kranken und behinderten Kindern (Iris Ritzmann zu Süddeutschland, Hessen und der Schweiz). Diese und weitere Studien wiesen auf historische Zugänge hin, die sowohl eine pauschale Wertschätzung des Waisenhauses als karitative Einrichtung als auch das Verdikt der „Sozialdisziplinierung“, d. h. der Ausnutzung von Kindern als billige Arbeitskräfte, infrage stellen. Die vorzustellende Leipziger Dissertation nahm nicht zufällig bei den Franckeschen Stiftungen in Halle (Saale) ihren Anfang, gilt doch landläufig das dortige Waisenhaus als die herausragende Stiftung, welche an der Wende zum 18. Jh. ein neues Kapitel der Pädagogik einzuleiten schien. Ob die Gründung August Hermann Franckes tatsächlich voraussetzungslos erfolgte und wie das Waisenhaus in Glaucha bei Halle in die allgemeine Waisenhausgeschichte einzuordnen ist, dies sind die zentralen Fragen der Autorin. Die Franckeschen Stiftungen gaben zu dieser Untersuchung den Anstoß, indem Schloms im dortigen Studienzentrum eine umfangreiche Datenbank zusammenstellen konnte. Erfasst wurden sämtliche Waisenhausneugründungen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation ab dem Ende des 30-jährigen Krieges bis 1806. Mit 248 Nennungen dürften dabei in der Tat die Daten der meisten Waiseneinrichtungen aufgenommen worden sein. Die Auswertung zeigt u. a., dass es sich, trotz des waisenhauskritischen Verweises auf kombinierte Anstalten (mit „Iren“ und „Zuchthäuslern“), zumeist um monofunktionale Institutionen handelte, die von Einzelpersonen gegründet wurden, überwiegend evangelisch waren und nur schwer in die Rubriken „privat“, „städtisch“ oder „landesherrlich“ einzuordnen sind. Nur im katholischen Österreich mit Böhmen dominierten zentral gesteuerte, flächendeckende Stiftungen. Zwischen 1660 und 1790 stieg die Zahl der Gründungen

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

permanent an, wobei es bereits im 18. Jh., begründet durch den „Waisenhausstreit“, zu Schließungen kam. Insgesamt scheinen die Strukturen der Waisenhäuser in zentralen Punkten ähnlich gewesen zu sein. In der Ausbildung dominierten religiöse Erziehung und Elementarunterricht. Wichtig war die Gewöhnung an Arbeit im Rahmen eines geregelten Alltags. Die Kinderarbeit unterstützte die Ökonomie des Waisenhauses, bereitete die Waisen jedoch auch auf die Vermittlung in Haushalte und Handwerksbetriebe ab dem 14. Lebensjahr vor. Die Frage, ob die erfassten Waisenhausgründungen auf Francke Bezug nahmen, beantwortet Schloms für die Jahre bis 1727 positiv: Knapp die Hälfte aller neuen Waisenhäuser hatte die Schriften des Pietisten aus Glaucha rezipiert. Einzelheiten zur Datenauswertung finden sich im umfangreichen Anhang der Arbeit, der für weitere Studien zum Waisenhaus besonders nützlich sein dürfte.

Der zweite Teil der Dissertation überprüft die analysierten Daten an ausgewählten Instituten. Vorgestellt werden zum einen das Große Waisenhaus in Braunschweig, das auf eine mittelalterliche Hospitalgründung zurückgeht, 1677 ein Armen-, Waisen-, Zucht- und Werkhaus war und um 1750 mit Bezug auf die Ideen Franckes und umfassenden Reformen zum reinen Waisenhaus mit Waisenhausdruckerei umgestaltet wurde. Zum anderen werden die nach dem Familienmodell organisierten Waisenhäuser in den Niederlanden thematisiert, deren Ideen zum Verwaltungs- und Finanzierungssystem mit Arbeits- und Tagesabläufen, Architektur und Kleidung durch Hollandreisende, Glaubensflüchtlinge und Kaufleute in das Alte Reich transferiert wurden. Wichtig für Francke wurde überdies das lutherische Waisenhaus in Erfurt, wo er als Prediger tätig war. Vor allem das Erfurter Waisenhaus, das Francke ebenfalls bekannte Waisenhaus in Züllichau (heute in Polen) und die Niederländischen Gründungen, die er durch Reisen kannte, wurden für Francke wichtige Vorbilder für sein Glauchaer Institut. Nach Meinung der Autorin wurden bislang auch die Erfahrungen Franckes in Gotha, wo er seine Schulbildung erhielt, unterschätzt. Sie weist darauf hin, dass andere Waisenhausgründer eigenständig die niederländischen Modelle rezipierten. Im Ergebnis ragen die Franckeschen Stiftungen weniger als Besonderheit aus der allgemeinen Waisenhausgeschichte heraus. Es gab parallel innovative Gründungen, und Francke selbst hatte von den Erfahrungen in der Waisenerziehung andernorts profitiert. Das umfangreiche Kulturprogramm der heutigen Franckeschen Stiftungen, mit Ausstellungen, Tagungen, Archiv und Bibliothek vor Ort, dürfte allerdings dafür sorgen, dass dieser pietistischen Gründung dennoch genügend Aufmerksamkeit verbleiben wird.

Insgesamt liegt mit dieser Dissertation eine anregende Studie vor, die deutlich über die Historie einzelner Häuser hinausgeht und eine zeitliche und institutionelle Vielfalt des „Waisenhauses“ zutage fördert, von der zukünftige Analysen ausgehen müssen.

CHRISTINA VANJA

Kassel



VSWG 105, 2018/3, 445–446

Florian Schönfuß

**Mars im hohen Haus. Zum Verhältnis von Familienpolitik und Militärkarriere beim rheinischen Adel 1770–1830**

(Herrschaft und soziale Systeme 22). V&R unipress, Göttingen 2017, 478 S. (8 Abb.), 65,00 €.

Zweifellos war die in dieser Kölner Dissertation untersuchte Zeitspanne von etwa 1770 bis 1830 eine Zeit der besonderen Herausforderungen für den rheinischen Adel. Vom Ancien Regime und seinen jahrhundertealten Gewissheiten über die Position des Adels war es ein weiter Sprung über die französische, zunächst adelsfeindliche Herrschaft nach der Revolution, die Integration in das Reich Napoleons zur 1815 beginnenden preußischen Herrschaft. Rang, Titel, Besitz und die Existenz vieler Familien standen auf dem Spiel, und es mussten neue Strategien zu ihrer Behauptung gefunden werden, die die politischen Umbrüche im Auge behielten. Schönfuß nähert sich diesen Strategien über das traditionelle Betätigungsfeld des männlichen Adels. Offiziersstellen hatten seit jeher neben zivilem Fürstendienst, kirchlichen Pfründen und natürlich der Bewirtschaftung der eigenen Güter nicht nur einer standesgemäßen Beschäftigung von Adelsöhnen gedient, sondern ebenso zu deren Versorgung, zur Darstellung von Loyalitäten und zur Knüpfung von tragfähigen Beziehungsnetzen. Sie werden daher hier konsequent im Rahmen der Strategien zu Erhaltung und Mehrung der Stellung der Adelsfamilien analysiert. Erstmals werden hierzu die reichhaltigen rheinischen Adelsarchive im größeren Stil ausgewertet.

Der Zugriff erfolgt pragmatisch, denn weder kann genau gesagt werden, was das Rheinland ist, noch lässt sich ein rheinischer Adel anhand klarer genealogischer, geographischer oder kultureller Grenzen definieren. Hauptgegenstand sind die Freiherren von Loë, von denen ein umfangreiches Familienarchiv zur Verfügung steht. Zum Vergleich werden vor allem die Hompesch zu Bollheim, die Mirbach-Harff, die Herwarth von Bittenfeld und die de la Valette St. George herangezogen. Ob diese Auswahl typisch ist, müssen weitere Forschungen erweisen. Indes stellt sich die Frage, ob nicht schon die Existenz eines reichhaltigen Familienarchivs bis in die heutige Zeit ein Umstand ist, der das jeweilige Geschlecht atypisch erscheinen lässt. Die Verlierer, die Familien, die mitsamt ihrem Archiv verschwunden sind, verschwinden auch aus dem Blick der Forschung.

Schönfuß kommt von der Adelsforschung her und fügt seine Überlegungen in den aktuellen Forschungs- und Diskussionsstand ein. Weniger gut beherrscht er die Militärgeschichte, der er sich auf allzu schwacher Literaturbasis nähert und die ihm offensichtlich fremd bleibt. So kommt es aus Unverständnis gegenüber den militärischen Hintergründen zur Fehlinterpretation von Quellen – etwa bei der Interpretation eines Parteigängers als Protegé eines Fürsten (S. 235) und bei der Einschätzung, dass Husaren aus Standesdünkel nicht zu Fuß gekämpft hätten (S. 187). Diese Schwächen fallen aber letztlich nicht schwer ins Gewicht, weil es ja nicht um den Militärdienst geht, sondern um dessen Funktion im Rahmen einer Familienstrategie. Hier kann Schönfuß auch durch die Nutzung der Adelsarchive, die den innerfamiliären Diskurs enthüllen, zahlreiche neue Einsichten gewinnen, die das traditionell eindimensional am preußischen Offizierskorps gewonnene Bild differenzieren. Der Offiziersberuf war nur eine Säule der Familienstrategie, die umso riskanter wurde, je mehr man sich allein auf sie verlassen musste – insbesondere im Krieg. Der rheinische

Adel nutzte daher weitere Wege zur Versorgung der Söhne, und der Militärdienst diente auch dazu, Herrschernähe zu gewinnen oder schließlich einen Posten in Heimatnähe zu erhalten, der die Bewirtschaftung der eigenen Güter ermöglichte. Riskant wurden dann die mehrfachen politischen Brüche im Gefolge der Französischen Revolution, denen auch mit rechtzeitigen Loyalitätswechseln begegnet wurde, nicht zuletzt sichtbar durch den Militärdienst. Recht gut gelang vielen rheinischen Adeligen 1814/15 der Absprung von Napoleon hin zu Preußen. Der Dienst in der Landwehr, an deren Bild einer vornehmlich bürgerlichen Einrichtung folglich Korrekturen anzubringen sind, bot eine Möglichkeit, dem adeligen Handwerk nachzugehen und die Familienposition unter neuen Verhältnissen zu sichern. Insgesamt hat Schönfuß eine Reihe von wichtigen Einsichten vorgelegt, die die weitere Adelforschung befruchten dürften.

MAX PLASSMANN

Köln

VSWG 105, 2018/3, 446–448

Luise Schorn-Schütte / Mircea Ogrin (Hg.)  
**„Über das eigentliche Arbeitsgebiet der Geschichte“. Der Briefwechsel zwischen Karl Lamprecht und Ernst Bernheim sowie zwischen Karl Lamprecht und Henri Pirenne (1878–1915)**

Bearb. von Maria Elisabeth Grüter, Charlotte Beißwingert und Geneviève Warland (Beihefte zum Archiv für Kulturgeschichte 46). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2017, 349 S., 50,00 €.

Der Methodenstreit in der Geschichtswissenschaft gehörte am Ende des 19. Jh.s zu den heftigsten methodologischen Grundsatzkontroversen. Im Kern ging es um die Frage, inwieweit sozialwissenschaftliche Theorien auf historische Prozesse anwendbar seien und welcher Stellenwert den nicht-staatlichen Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens in der historischen Forschung und bei der Darstellung von Geschichte beizumessen sei. Karl Lamprecht stand an der Spitze einer Gruppe jüngerer Historiker, die das Monopol der historistischen Methode in Frage stellten und ihre Forschungen keineswegs auf Staat und Politik beschränken wollten. Auslöser für den Methodenstreit war die Veröffentlichung der ersten Bände von Lamprechts „Deutsche Geschichte“ ab 1891.

Die hier vorgelegte Briefedition hat, wie Schorn-Schütte schreibt, „eine eigene Geschichte“ (S. 13). Sie geht auf die Recherchen zu ihrer Dissertation Mitte der 1970er Jahre zurück. Die lange erwartete Edition vermittelt einen vielschichtigen Blick in die zeitgenössischen Debatten zur Kulturgeschichtsschreibung Lamprechts. Der Briefwechsel zwischen ihm und Bernheim, in dem sich beide über methodische und theoretische Voraussetzungen der geschichtswissenschaftlichen und -philosophischen Forschung austauschen, gehört dabei zu den Schlüsseldokumenten. Die Nähe in ihren methodologischen Ansichten schlug sich auch im immer freundschaftlicheren Charakter der Briefe nieder. Allerdings machen diese auch die wachsende Distanz zwischen beiden sichtbar, die durch den Methodenstreit entstand und zu einer zehnjährigen Unterbrechung des Briefwechsels

führte. Erst im Zusammenhang mit ihrem gemeinsamen hochschulpädagogischen Engagement nahmen beide ab 1910 den Briefwechsel wieder auf. Von besonderem Interesse sind auch die Mitteilungen über die Beschwerden des akademischen Qualifikationsgangs sowie über persönliche und familiäre Angelegenheiten.

Nicht weniger intensiv ist der langjährige Briefwechsel zwischen Lamprecht und dem belgischen Historiker Henri Pirenne. Auslöser war Lamprechts Bitte an Pirenne um einen Aufsatz über den Aufbau der historischen Forschung in Belgien. Der damit einsetzende briefliche Austausch belegt das gemeinsame Interesse an organisatorischen Neuerungen, die eine Öffnung der Forschung für soziale und wirtschaftliche Aspekte ermöglichen sollten. Darüber hinaus waren beide der Ansicht, dass Kulturgeschichte als Geschichte des Werdens der Nation und nicht als Entwicklung des Staates zu begreifen sei. In diesem Zusammenhang erkannte Lamprecht die Bedeutung seines kulturgeschichtlichen Ansatzes für die Geschichtsschreibungen der kleineren europäischen Staaten. Geneviève Warland hat in mehreren Aufsätzen die Aneignung der methodischen Überlegungen Lamprechts durch Pirenne sowie die Möglichkeiten skizziert, die sich für dessen Forschungen zur belgischen Geschichte ergaben.<sup>1</sup>

Weit weniger aussagekräftig sind die fünf Briefe Lamprechts bzw. Pireennes aus der Zeit zwischen August 1914 und April 1915. Sie verweisen auf die andauernde Freundschaft zwischen beiden, spiegeln aber kaum deren Haltungen zum Weltkrieg und die daraus erwachsenden persönlichen Belastungen sowie die Beeinträchtigungen ihrer wissenschaftlichen Arbeit. An dieser Stelle hätten die Herausgeber durch umfangreiche Erläuterungen informieren sollen. Hier ist vor allem bedauerlich, dass nicht auf den ausgezeichneten Aufsatz von Folker Reichert zurückgegriffen wurde.<sup>2</sup>

In einer kürzlich veröffentlichten kritischen Besprechung legte Reichert grundlegende Schwächen der Edition offen.<sup>3</sup> Abgesehen davon, dass die für eine Edition typischen Standards wie Aufbewahrungsort und ggf. Signatur fehlen, konnte er im Briefwechsel zwischen Lamprecht und Bernheim zahlreiche Lese- und Transkriptionsfehler nachweisen. Die Edition des Briefwechsels zwischen Lamprecht und Pirenne beruht weitgehend auf der Publikation von Lyon Bryce und schreibt einige darin enthaltene Fehler fort.<sup>4</sup> Die Genauigkeit, mit der Reichert die Ausgabe untersucht, und die Masse an kleineren Ungenauigkeiten und gravierenden Mängeln lässt grundsätzliche Zweifel an der Zuverlässigkeit der Briefedition aufkommen.

Angesichts dieser Schwächen stellt sich die Frage nach der Zielgruppe. Da die Einleitung und der Anmerkungsapparat sehr kurz gehalten sowie viele Begriffe nicht erläutert sind, ist die Edition für den gymnasialen Unterricht kaum einsetzbar. Eine Edition sollte alle wesentlichen Informationen liefern, damit Geschichtsdidaktiker und Gymnasiallehrer die Texte im Unterricht nutzen können. Aber auch Kultur- und Wissenschaftshistoriker werden weiterhin auf die etablierten Publikationen und die – zum Teil online verfügbaren – Originale zurückgreifen müssen.

- 1 Geneviève Warland: Henri Pirenne and Karl Lamprecht's Kulturgeschichte. Intellectual transfer or *théorie fumeuse*?, in: *Revue Belge d'Histoire Contemporaine* 41,3/4 (2011), S. 427–455; Geneviève Warland: Henri Pireennes und Karl Lamprechts Internationalisierungsstrategien, in: Jonas Flöter / Gerald Diesener (Hg.): *Karl Lamprecht (1856–1915). Durchbruch in der Geschichtswissenschaft*, Leipzig 2015, S. 193–214.
- 2 Folker Reichert: Im Großen Krieg. Karl Lamprechts Reise an die Westfront, in: Jonas Flöter / Gerald Diesener (Hg.): *Karl Lamprecht (1856–1915). Durchbruch in der Geschichtswissenschaft*, Leipzig 2015, S. 85–119.
- 3 Folker Reichert: Karl Lamprecht – Ernst Bernheim – Henri Pirenne. Bemerkungen zu einer Edition ihrer Briefe, in: *Historische Zeitschrift* 304 (2017), S. 707–717.



- 4 Bryce Lyon: The Letters of Henri Pirenne to Karl Lamprecht (1894–1915), in: Académie Royale de Belgique. Bulletin de la Commission Royale d'histoire 132 (1966), S. 161–231.

JONAS FLÖTER

Naumburg

VSWG 105, 2018/3, 448–449

Christian Testorf

**Ein heißes Eisen. Zur Entstehung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer von 1976**

(Politik- und Gesellschaftsgeschichte 103). Dietz, Bonn 2017, 464 S., 42,00 €.

Im Mittelpunkt dieser Bonner Dissertation steht die Entstehungsgeschichte des im März 1976 von der sozialliberalen Koalition verabschiedeten Mitbestimmungsgesetzes. Es markierte in der deutschen Konfliktgeschichte zwischen Arbeit und Kapital eine historische Weichenstellung, die mittlerweile schon vierzig Jahre lang ein Kennzeichen der im internationalen Vergleich besonders stark normierten industriellen Beziehungen von Arbeit und Kapital in der Bundesrepublik Deutschland ist. Die Etappen der Mitbestimmungsgeschichte werden in dieser bahnbrechenden Monographie Schritt für Schritt nachgezeichnet, denn sie greift über ihr engeres Thema weit hinaus und verdeutlicht, dass die Forderung der Arbeitnehmer nach Mitbestimmung bis in das frühe 19. Jh. zurückverfolgt werden muss.

In seiner chronologisch aufgebauten Untersuchung analysiert der Autor zunächst in einem ausführlichen historischen Abriss die Genese des Mitbestimmungsgedankens im Vormärz, wobei er auch die von der christlichen Soziallehre ausgehenden Impulse einbezieht. Das 1916 verabschiedete Hilfsdienstgesetz, das die Unternehmer zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zwang, und die während der Revolution 1918/19 gegründete Zentralarbeitsgemeinschaft von Arbeit und Kapital sowie das im Januar 1920 erlassene Betriebsrätegesetz waren die nächsten Stationen der Kooperation von Kapital und Arbeit. Auch das während der Weimarer Republik von den Gewerkschaften entwickelte Konzept der Wirtschaftsdemokratie, das dem „Organisierten Kapitalismus“ als Korrektiv entgegengestellt wurde, verortet Testorf als weitere Weichenstellung auf dem Weg zur Mitbestimmung, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Eckstein der gewerkschaftlichen Programmatik wurde.

Die Mitbestimmungsoffensive der Gewerkschaften zwischen 1966 und 1976 steht im Mittelpunkt der folgenden Kapitel, die auf intensiver Auswertung vieler Quellen gründen. Deutlich gezeigt wird, dass die Gewerkschaften in der Ära der Großen Koalition für ihre Mitbestimmungsziele nicht die von ihnen erhoffte Unterstützung der Sozialdemokratie fanden, wie „atmosphärische Störungen“ (S. 212) zwischen SPD und DGB dokumentierten. Die Entstehungsgeschichte des im März 1976 vom Bundestag verabschiedeten Mitbestimmungsgesetzes beleuchtet der Autor in einer facettenreichen Analyse, die den Verlauf des vielschichtigen und komplexen Gesetzgebungsprozesses in den Anfangsjahren der sozialliberalen Koalition minutiös nachzeichnet. Die präsentierten Befunde

erweitern den Blick über die vorliegenden systematisch angelegten sozial- und politikwissenschaftlichen Studien hinaus, weil sie aus zeithistorischer Perspektive die unterschiedlichen Motive und Handlungsstrategien der parteipolitischen und gewerkschaftlichen Akteure gewichten und deren Mit- und Gegeneinander anschaulich schildern.

Abschließend kommt Testorf zu dem Befund, dass die Mitbestimmungsoffensive der Gewerkschaften mit der Demokratisierungseuphorie der späten 1960er Jahre „nicht viel zu tun“ gehabt habe (S. 434), denn die Realisierung der Mitbestimmung auf der Unternehmensebene sei erst in einer Zeit erfolgt, in der das politische Klima bereits von Reformmüdigkeit und konjunkturellen Rückschlägen geprägt worden sei. Zudem habe es sich bei dem schließlich verabschiedeten Mitbestimmungsgesetz nicht um den Versuch einer Zähmung des Kapitalismus durch die Institutionalisierung einer gewerkschaftlichen Gegenmacht gehandelt. Dieses nüchterne Fazit korrigiert die Kassandrarufe der Unternehmer, aus deren Sicht die Mitsprache der Arbeitnehmer den Weg zu einem „Gewerkschaftsstaat“ anbahnte. Aber auch das euphorische Urteil von Bundeskanzler Schmidt, der das Mitbestimmungsgesetz als einen „Meilenstein“ bei der Verwirklichung der Kooperation von Kapital und Arbeit bezeichnete, relativiert der Autor. Er folgt dem Urteil des DGB-Vorsitzenden Vetter: Dieser hatte mit Blick auf die Verhandlungsergebnisse, die keine Parität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Aufsichtsräten vorschrieben, die Mitbestimmungsmacht der Gewerkschaften sehr viel skeptischer als der SPD-Kanzler eingeschätzt.

KLAUS SCHÖNHOFEN

Paris

VSWG 105, 2018/3, 449–450

Bernd Wedemeyer-Kolwe

### **Aufbruch. Die Lebensreform in Deutschland**

Zabern, Darmstadt 2017, 208 S. (27 Abb.), 29,95 €.

Zwar sind in den letzten Jahren diverse Untersuchungen zur Lebensreform und zur Literatur über ihr Umfeld erschienen, doch will der Autor – Volkskundler und Fachhistoriker für soziale Bewegungen – mit dieser historischen Analyse der um 1900 entstandenen Lebensreformbewegung seine Zeitgenossen dazu anregen, die aktuellen globalen wie auch regionalen Daseins- und Naturkonzepte in historische Kontexte zu stellen, und sie zu Fragen nach deren Vorgeschichte motivieren (S. 9). Da die inzwischen vorliegende Literatur recht unübersichtlich und der Gegenstand „Lebensreform“ darin definitorisch recht „konturlos und thematisch beliebig“ sei, versteht er seine Publikation als eine „Überblicksstudie“, in der die vier ursprünglichen Lebensreformpraktiken vom Ende des 19. Jh.s im Mittelpunkt stehen: Vegetarismus, Naturheilkunde, Körperkultur und Siedlungstätigkeiten. Von den übrigen damaligen Reformbewegungen habe sich die Lebensreformbewegung vor allem durch ein „gnostisches Sendungsbewusstsein“ deutlich unterschieden, das auf drei Grundpositionen beruhe: „Selbstreform, Sozialutopie und Erlösungsphantasien“ (S. 20). Ausführlich umkreist er nach der Einleitung in einem umsichtigen Überblickskapitel zunächst die

„Begriffe, Motive und Stichwortgeber“, die mit der Formel „Zurück zur Natur“ seit Ende des 19. Jh.s die „Gedankenkonstruktionen“ eines „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus bestimmten. Dabei stellt er die Bedeutung einer Reihe kulturkritischer Vordenker in diesem Kontext aus der Politik, der Gesellschaftskritik und Philosophie kurz vor, vor allem Ludwig Klages, Julius Langbehn, Friedrich Nietzsche und nicht zuletzt z. B. auch den stark völkisch orientierten Willibald Hentschel, der die Lebensreform als Strategie zur Erzeugung eines „reinrassigen Ariers“ propagierte.

Ausführlich, mit einer Fülle von Hinweisen auf konkrete Aktivitäten einzelner lebensreformerischer Akteure und Vereinigungen, erläutert Wedemeyer-Kolwe in den folgenden Hauptkapiteln die genannten vier zentralen Lebensbereiche, in denen es in jeweils spezifischer Weise darum ging, mit Hilfe einer Selbstreform schließlich zu einer Gesellschaftsreform zu kommen. Während er die drei ersteren im Wesentlichen als „Bausteine“ für das Gebäude „Lebensreform“ charakterisiert, erhält der vierte Bereich besondere Bedeutung, weil in den Siedlungsgemeinschaften, so die damalige Auffassung, die reformerischen Lebensformen in besonderer Weise konkret gelebt und Sehnsüchte der Lebensreformer erfüllt werden sollten – dies in deutlicher Distanz zur großstädtischen Massenzivilisation, wie sie sich immer bedrohlicher entwickelt hatte. Der Vf. stellt eine Reihe von Beispielen aus der Vielzahl der damals gängigen Siedlungsarten vor, z. B. die Obstbaumkolonie Eden bei Berlin, Monte Verita bei Ascona, die völkische Kolonie Donnershag bei Sontra, die FKK-Siedlung Klingberg bei Lübeck. Hinter diesen Gründungen habe der intensive Wunsch gestanden, sich von den bürgerlichen Zwängen durch naturbezogene Gegenentwürfe zu befreien. In der in vielen der Siedlungen geltenden Abstinenz, im Vegetarismus, in sexueller Enthaltbarkeit und im Luxusverzicht habe sich, so Wedemeyer-Kolwe, die restriktive bürgerliche Gesellschaft gespiegelt. Viele Siedlungen hätten allerdings wegen Finanzierungsproblemen, aber oft auch wegen „unrealistischer Naturvorstellungen einer zumeist großstädtischen Siedlerklientel“ (S. 147) nur kurze Zeit bestanden. Andere öffneten sich aus Überlebensgründen z. B. dem Tourismus und richteten vor Ort Jugendherbergen und ländliche Volkshochschulen, Erholungsheime u. ä. ein.

Im Fazit geht es Wedemeyer-Kolwe zunächst um Einordnung der Lebensreformbewegung in die damaligen gesellschaftskritischen Debatten, in denen vor 1914 lebensreformerische Vorstellungen und Forderungen etwas komplett Neues darstellten, ehe nach 1918 deren Einfluss erheblich zunahm. Impulse bis in den städtischen Wohnungsbau, bei der Entwicklung von Grüngürtelanlagen und kommunalen Förderung der Kleingartennutzung waren die Folge, was allerdings zu „Konturlosigkeit“ und wachsender Unschärfe der lebensreformerischen Horizonte bis hin zur Kommerzialisierung einzelner Felder der Lebensreform geführt habe. Das Nachwort der Publikation endet dann zum einen mit der noch nicht zu beantwortenden Frage nach internationalen Entwicklungen der vorwiegend von Deutschland ausgehenden Lebensreformbewegung, zum anderen mit einem Ausblick auf die in den letzten Jahren in Gang gekommene wissenschaftliche Analyse z. B. der Sozialstruktur der vegetarischen Bewegung. Hier kommt allerdings Wedemeyer-Kolwe zu dem Schluss, dass eine Synthese von kultur- und sozialgeschichtlichen Fragehorizonten ebenso noch aussteht wie eine Analyse der Lebensreformbewegung etwa im Sinne der Foucaultschen Sozialdisziplinierungstheorie (S. 164).

JÜRGEN REULECKE  
Essen/Gießen

VSWG 105, 2018/3, 451–452

Ulrike Wendt-Sellin

**Herzogin Luise Friederike von Mecklenburg-Schwerin (1722–1791). Ein Leben zwischen Pflicht, Pläsier und Pragmatismus**

(Quellen und Studien aus den Landesarchiven Mecklenburg-Vorpommerns 19).

Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2017, 469 S. (20 Abb. 1 Tab.), 60,00 €.

Diese Rostocker Dissertation macht es sich zur Aufgabe, „die finanziellen und kulturellen Handlungsmöglichkeiten, die Funktion und Bedeutung in Kunst, Musik und Literatur, aber auch Lebenswirklichkeit(en) im gesellschaftlichen und Ehealltag der Mecklenburger Herzogin zu erforschen.“ Es soll darum gehen „die strukturellen und ideologischen Grundbedingungen zu analysieren, die im Zusammenspiel Luise Friederikes Handlungsrahmen bestimmten“ (S. 19), einer Fürstin, die heute nahezu unbekannt sei, da, so die Autorin, nach der Fokussierung in der Historiographie des 19. und 20. Jh.s auf Männer „zu Zeiten der deutschen Teilung Ressentiments gegenüber einer Feudalherrin“ bestanden (S. 9). Die in ihrer Untersuchung aufgeworfenen Fragen sollen sich nicht nur auf die Bedeutung der Fürstin innerhalb der höfischen Welt richten, sondern vor allem auch auf die Voraussetzungen ihres „FunktionierenKönnens“ als Systemkomponente (S. 18). Der Herzogin kam aufgrund ihrer hohen sozialen Stellung – abseits ihrer Rolle als Konsumentin – keine Funktion innerhalb der höfischen Wirtschaftsführung zu, so Wendt-Sellin. Die Fragen der Arbeit seien daher folgende: Welche Bedeutung hatte Luise Friederike für die staatlichen Kassen? Was kostete sie, was trug sie ein? Wie organisierte sie ihr persönliches Vermögen? Lässt sich auf finanzieller Ebene eine Trennung zwischen ihrer Rolle als Herrscherin und bloße Standesperson nachweisen? In einem weiteren Schritt wendet sich die Autorin der Einnahmenseite zu: Woher kam das Geld, das die Herzogin in die Gestaltung ihrer Räume, die Förderung ihrer Protégés, die Bezahlung ihrer Interessen investierte? Welchen Einfluss konnte sie auf ihr materielles Schicksal nehmen? Wie maßgeblich zeigten sich etwa die rechtlichen Rahmenbedingungen für den tatsächlichen Grad der Verfügungsgewalt über ihr Vermögen? Welchen Anteil hatten Ausgaben zum Erhalt des „standesgemäßen“ Lebens? Die Autorin stellt die These auf, dass sich „die Entscheidungsfreiheit und Lebensgestaltung der Fürstin wesentlich im Schwerefeld [sic] von Pflicht, Pläsier und Pragmatismus“, im Konzept der „Wohlanständigkeit“ (S. 31), bewegte – „im weitesten Sinne zwischen dem [...] Zeitgeschehen, ihren Standesgrenzen oder den Spielregeln des Hoflebens, zweitens persönlichen durchaus auch eigennützigen Neigungen und drittens ihrer Kassenlage (dem ökonomisch Möglichen)“ (S. 19).

Die Gliederung der Kapitel erfolgt nach einem biografischen Ansatz: die Fürstin als Kind, Heiratskandidatin, Ehegattin und Witwe. Dieser Metastruktur untergeordnet vollzieht sich eine konsequente Teilung nach Einnahmen und Ausgaben. Den Bezugsrahmen für die Handlungsmöglichkeiten der Familie bilden die jeweiligen Zeitumstände, die die Autorin gesondert in den Blick nimmt. Leider wird dabei die vorhandene neuere landes- und regionalgeschichtliche Literatur nahezu ausgespart. Die Ergebnisse der Arbeit sind nach Wendt-Sellin folgende: Wenn man die Dominanz (innerhalb des Hofes) auf die politische Zweckbestimmung legen will, so kam Luise Friederike abseits ihrer Rolle als Gemahlin des Fürsten am Ludwigspluster Hof keine weitere Bedeutung zu. Die Herzogin beanspruchte für sich keinerlei Anteil an der Landesherrschaft (S. 401). Ihre Bereitschaft, sich den Belangen der Dynastie unterzuordnen, kam u. a. darin zum Ausdruck, dass

sie sich allen fassbaren Hinweisen nach niemals gegen die Wünsche ihres Gemahls stellte und seine Vorrangstellung als selbstverständlich akzeptierte (S. 410). Der im weitesten Sinne haushälterische Bereich, der Hof als Aufenthaltsort der fürstlichen Familie, war die Ebene, auf der ihre materiellen Gestaltungsmöglichkeiten, die auf den Umfang ihrer eigenen Schatulle begrenzt waren, am meisten zur Entfaltung kamen. Tatsächlich fielen die meisten Ausgaben in immer denselben Bereichen an, die sich unter dem Stichwort des adlig-gehobenen Alltagsbedarfs zusammenfassen lassen (S. 407). Pointiert ausgedrückt: Erlaubt war, was bezahlt werden konnte (S. 402). Die prominenteste Eigenwerbung der Herzogin war ihr Hamburger Haus, für dessen Ankauf wie auch den laufenden Unterhalt sie selbst aufkam.

MICHAEL BUSCH  
Hamburg/Rostock

VSWG 105, 2018/3, 452–453

Rolf Wörsdörfer

**Vom ‚Westfälischen Slowenen‘ zum ‚Gastarbeiter‘: Slowenische Deutschland-Migrationen im 19. und 20. Jahrhundert**

(Studien zur Historischen Migrationsforschung 33). Schöningh, Paderborn 2017, 491 S., 58,00 €.

Der Vf. begibt sich in dieser auf seiner Habilitationsschrift beruhenden Monographie in mehrerer Hinsicht auf wenig beackertes Terrain. Dies betrifft zum einen den großen Untersuchungszeitraum, zum anderen befasst er sich mit einer in der deutschen Migrationsgeschichte wenig beachteten Gruppe: den Slowenen. Migranten aus den einst habsburgischen, dann jugoslawischen Gebieten des heutigen Sloweniens arbeiteten vor 1945 vor allem im Ruhrbergbau; nach 1945 gehörten sie zu den hunderttausenden jugoslawischen „Gastarbeitern“ in der bundesdeutschen Industrie. Diese Konstellation erklärt vielleicht auch die mangelnde Aufmerksamkeit, die sie in der Forschung erhalten haben: In der Geschichte der Arbeitsmigration ins Ruhrgebiet stehen sie im Schatten der „Ruhrpolen“; in der Geschichte der „Gastarbeitermigration“ haben Migranten aus anderen Ländern und aus anderen jugoslawischen Republiken (z. B. Kroatien) mehr Interesse auf sich gezogen. Slowenen waren immer dabei, standen aber nie im Mittelpunkt. Dies hängt mit dem fast klischeehaften Bild des Slowenen als besonders gut integrierten, ja assimilierten Migranten zusammen.

Wörsdörfer unternimmt einen diachronen Vergleich mehrerer Migrationsbewegungen aus demselben Herkunfts- in dasselbe Zielland. Dies bedarf allerdings schon der Qualifikation, denn die Migranten der untersuchten Fallstudien stammten aus verschiedenen, historisch und konfessionell unterschiedlich geprägten Regionen Sloweniens (Krain und Steiermark bzw. Murgebiet) und gingen in unterschiedliche Regionen Deutschlands (das Ruhrgebiet bzw. Ingolstadt). Auch waren die politischen Rahmenbedingungen jeweils andere: Die „westfälischen Slowenen“ entstammten der Habsburgermonarchie, in der sich die slowenische Nation erst in der Entstehung befand; die „Gastarbeiter“ nach 1968 kamen aus einer konsolidierten slowenischen Republik innerhalb des fö-

derativen sozialistischen Jugoslawiens. Daher interessiert den Autor zentral die Frage, was an den Migranten jeweils „slowenisch“ war bzw. wie sie in der Emigration slowenisch wurden, stets unter Rückbezug auf die Herkunftsgebiete.

Sein wichtigster Zugang erfolgt über das slowenische Vereinswesen, welches in beiden diskutierten Migrationskontexten existierte. Dieses war nie konkurrenzlos: Vor 1918 musste es sich zunächst aus dem österreichischen Kontext emanzipieren. In der Zwischenkriegszeit konkurrierte es mit jugoslawischen und allösterreichischen Akteuren. In der Bundesrepublik gab es Abgrenzungsbestrebungen der slowenischen Emigranten in Ingolstadt gegenüber dem Jugoslawischen Klub einerseits, dem slowenischen Exil-Klerus andererseits. Aus diesem Grund war das „Slowenentum“ der Emigranten stets prekär, zumal auch die Assimilation in die Aufnahmegesellschaft in beiden Kontexten durchaus voranschritt.

Wörsdörfer behandelt darüber hinaus auch andere Aspekte der slowenischen Lebenswelten in der Emigration, ihre Arbeits- und Wohnsituation wie auch ihre unterschiedlichen Migrationsprojekte und -praktiken. Dazu greift er auf eine Vielzahl von Quellen zurück, aus Bundes-, Landes- und Stadtarchiven sowie aus Archiven von Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Hinzu kommen Quellen aus relevanten Archiven in Slowenien, Österreich und Italien, einschlägige migrantische Periodika sowie zwölf Interviews, die allerdings keine systematische Oral History ergeben. Besonders interessante Quellen sind etwa die Entnazifizierungsakten von westfälischen Slowenen. Hier zeigt sich aber auch der manchmal etwas farblose Charakter der Untersuchung, mit grob gezeichneten Linien und vielen Archivsignaturen in den Fußnoten, aber wenig Sensibilität für individuelle Schicksale.

Alles in allem ist Wörsdörfers Buch eine verdienstvolle sozialgeschichtliche Studie. Sie ist über ihre gut 450 Seiten nicht immer unterhaltsam zu lesen, arbeitet aber viel interessantes Material auf und bietet konkrete Einblicke in die Geschichte der slowenischen Deutschlandmigrationen. Angesichts der sehr unterschiedlichen behandelten Kontexte wird man dabei das Gefühl nicht los, eigentlich zwei Bücher in einem vor sich zu haben. Die übergreifende Fragestellung nach den jeweiligen Bedingungen und Praktiken des „Slowenentums“ in verschiedenen Kontexten bindet diese unterschiedlichen Teile jedoch zu einem gewissen Grad wieder zusammen und bringt zum Vorschein, dass nationale Kategorien heterogene Migrationsbewegungen nur unzureichend zu beschreiben vermögen.

JANNIS PANAGIOTIDIS  
Osnabrück





## D. Wirtschaftsgeschichte

VSWG 105, 2018/3, 454–455

Hanno Beck / Urban Bacher / Marco Hermann

### **Inflation – Die ersten zweitausend Jahre. Wie Politiker unser Geld zerstören und wie man sich davor schützt**

Frankfurter Allgemeine Buch, Frankfurt/Main 2017, 238 S., 17,90 €.

Vorwegnehmen sollte man, dass das Buch zu den in monetärer Hinsicht eindrucksvolleren der letzten Zeit zählt. Auf gut 200 Seiten werden das Relevanteste zum „Dauerbrenner“ Inflation sowie eine Vielzahl wirtschafts- und währungshistorischer „Finessen“ gebündelt. Vielversprechend setzt das Vorwort damit ein, dass Inflation die Benachteiligung von Gläubigern und Bevorteilung von Schuldern gemein habe. Dass Inflation möglich sei, entspringe der Natur von Zahlungsmitteln, die seit dem Übergang von Münz- zu Papiergeld zu manipulierbare(re)n „Entschuldungsmitteln“ wurden. Dabei bedürfe es bei Geldangelegenheiten immer des Vertrauens in die jeweiligen Institutionen: Währungszerstörung hänge oft mit überschuldeten Staaten oder Herrschern zusammen, die sich ihrer Verbindlichkeiten durch Inflation zu entledigen versuchten.

Der Begriff geht auf das lateinische *inflare* zurück, was an die künstliche „Aufdunsung“ der umlaufenden Währungsmenge erinnert. Die Ursprünge sind früh in der Geschichte zu verorten: Bereits im 10. Jh. fingen chinesische Händler aus Mangel an Metallen und aus Bequemlichkeit an, Waren bei Unternehmen zu hinterlegen und mit (darauf lautenden) Papieren zu handeln. Auch Geldfälscherei konnte Währungen destabilisieren: Eine wiederkehrende Technik war das „Geldschinden“, nämlich das Ersetzen von Münzgold und/oder -silber durch minderwertige Metalle. Aber Inflation entsteht vornehmlich mit „Fiat-Geld“, nämlich jenem Zahlungsmittel, das seinen Nominalwert der Festsetzung durch eine Autorität verdankt.

Beeindruckend ist auch, wie die Autoren an das Say'sche Theorem erinnern, wonach der Wert aller angebotenen Produkte allen Einkommen entsprechen müsse. Verkannt ist auch, dass sich „moderne“ Preissteigerungen nicht unbedingt auf Güter und Dienstleistungen auswirken müssten, sondern vor allem Vermögenswerte betreffen. Dem könnten Skeptiker entgegen, dass jeder Bezug zu Inflationsszenarien in Zeiten deflationären Drucks fehl am Platz wäre. Wie die Autoren aber begründen, sind beide Phänomene mit instabilen Währungs- und Wirtschaftssystemen sowie der wiedererblühten Rolle von Notenbanken „doppelfadig“ verbunden. Dass die Europäische Zentralbank trotz juristisch formaler Unabhängigkeit von den jeweiligen nationalen Regierungen so massiv eingreifen musste, wird nicht beanstandet, sondern dessen potenzielle Effekte, denn milliardenhohe Geldspritzen können falsche Anreize setzen und das bewährte Spar- und Vorsorgesystem gefährden. Investitionen in „Betongold“ *alias* Immobilien werden ebenfalls beanstandet, wenn ein Großteil des Vermögens in einer einzigen Investmentklasse „fixiert“ sei. Das Buch lässt auch Glücksforschung und persönliche „Gewinne“ aus Spendentätigkeit – Alternativen im wirtschaftstheoretischen Bereich – nicht unerwähnt. Die Autoren empfehlen, jeweils ein Viertel in Aktien, Gold, Staatsanleihen und bar auf dem Konto zu halten. Vor herdenartigen Bewegungen an Finanzmärkten oder Überoptimismus warnen sie, ebenso – dies richtet sich an die Politik – vor dem Versuch, das Bargeld abzuschaffen. Das Buch ist auch deshalb lesenswert, weil es strukturelle Lehren

enthält, die heutige Wirtschaftswissenschaftler bei ihren Untersuchungen zu vernachlässigen scheinen. Die Wirtschaftssensenz ist und bleibt geldlicher Natur, und zur Geschichte des Geldes gehört auch die der Inflation. Dies sollte in Zeiten (scheinbar) geringer Preissteigerungen – wohlbemerkt: der Verbraucherpreise – ebenso wie in Jahren „brummender“ Wirtschaft im Fokus stehen.

EDOARDO BERETTA

Lugano

VSWG 105, 2018/3, 455–456

Annika Biss

**Die Internationalisierung der Bayerischen Motoren Werke AG. Vom reinen Exportgeschäft zur Gründung eigener Tochtergesellschaften im Ausland 1945–1981**

(Perspektiven 6). de Gruyter, Berlin/Boston 2017, X u. 793 S. (57 Abb.), 99,95 €.

Diese umfangreiche Dissertation thematisiert den Wandel des Automobilbauers BMW von einem vorrangig in Deutschland verorteten Unternehmen zu einem internationalen Konzern. Um dies nachzuzeichnen, hat Biss ihren Untersuchungsgegenstand in drei Perioden unterteilt: Zunächst widmet sie sich der Phase 1945 bis 1960. In dieser sei noch kaum von Internationalisierung des Unternehmens zu sprechen, da der Wiederaufbau auf dem Heimatmarkt und der Aufbau einer konkurrenzfähigen Produkt- und Vertriebsstrategie im Vordergrund gestanden hätten. Daraufhin betrachtet sie die Zeiträume 1961 bis 1970 und 1971 bis 1981. In der ersteren sei das Unternehmen vor allem durch den personellen Wechsel auf der Vorstandsebene und einen damit verbundenen Ausbau des Exportgeschäfts geprägt gewesen. Erst im Zeitraum bis 1981 hätten diese noch zaghafte Ansätze, insbesondere durch den Ausbau von internationalen Filialen für Vertrieb und Produktion, dem Unternehmen den Charakter eines internationalen Konzerns verliehen. Dieser chronologischen Betrachtung folgt die Beschreibung des Fallbeispiels der Gründung der BMW-Tochter in Südafrika.

In den einzelnen Kapiteln geht die Autorin systematisch entsprechend ihrem Ansatz der vier klassischen „P“ des Marketing-Mix von „product, price, place und promotion“ vor. Diesen methodischen Ansatz reflektiert sie kritisch vor dem Hintergrund der neueren Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte bis hin zu sozial-konstruktivistischen Vorstellungen. So werden jeweils die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, die Personalpolitik, die Modellpalette, der Vertrieb und die Unternehmenskommunikation betrachtet. Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, dass auch einzelne Kapitel der Arbeit in sich geschlossene Einheiten bilden und so etwa in der Lehre Verwendung finden könnten. Nachteilig wirkt sich diese Darstellungsweise aber auf die Lesbarkeit aus, da es beständig zu Wiederholungen kommt, die der Stringenz der Argumentation nicht immer zuträglich sind.

Der Text lebt vor allem von der fundierten Quellenarbeit, die vor allem auf den Beständen des Unternehmens fußt, und so ist die Arbeit vor allem der Nacherzählung der Genese des Unternehmens verpflichtet. Es steht zu hoffen, dass die ebenso vielschichtige wie detailreiche Schrift dazu

beiträgt, dass künftige Arbeiten sich auch den gesellschaftlichen Diskursen um die teilweise hochbrisanten Themenfelder widmen, die nicht Kern dieser Dissertation sind, wie etwa der Produktion unter dem Regime der Apartheid, dem engen Netzwerk zwischen der bayerischen CSU-Regierung und dem Vorstand sowie der Bedeutung des Investors Herbert Quandt.

THOMAS SCHUETZ

Sindelfingen

VSWG 105, 2018/3, 456–457

Hubert Bonin / Christophe Bouneau (Hg.):

**Paris–Bordeaux en train**

Les trois étapes de la modernité ferroviaire 1844–2016 (Histoire et civilisations).

Presses Universitaires du Septentrion, Villeneuve d’Ascq 2016, 212 S., zahlr. Abb., 24,00 €.

Sometimes trains are on time and history comes early! Aside from this quip, this highly interesting book devoted to *Paris–Bordeaux en train*, and thus to the „three stages of railroad modernity, 1844–2016“ as indicated by the subtitle, presents research from a study day organized by the Archives départementales de la Gironde in 2013. A large part of the history of trains in Southwest France is included, from the coming of the train in 1844 to the electrification of the network in 1938. The book also came on account of the announced 2017 inauguration of the major railroad project, the Paris–Bordeaux Ligne à Grande Vitesse (LGV) (High Speed Railway Line). This took place on July 1<sup>st</sup>, and the 2016 publication of this book provided background in advance of the event, which was celebrated by the president of the SNCF, as well as by a number of ministers and the new president of the republic in person. There was hence an encounter – for the better – between an academic and institutional logic, which is not always the case considering that this commemorative alliance is sometimes artificial.

The issues of the book are summarized well in the excellent introduction, which presents the contributions of the best specialists on the subject. The LGV and its long history offer proof that such works projects are more than a technological matter for state-owned companies, regional cities, and territorial balance. In addition to the two editors well-known specialists such as Georges Ribeill, Michèle Merger, and the geographer Etienne Auphan contributed to deepening the overall reflection on this economic and railway „adventure“ which is emblematic of the „technological revolutions“ (p. 189) that have affected the world of trains. Other actors are also on the table of contents: the author of chapter 7 e. g., Jean-Marc Delion, is the former Deputy CEO of the Réseau Ferré de France, while André Delpont (the author of chapter 9) is the Expert Consultant for Development for the Bordeaux Euratlantique business district.

The TGV and now the LGV are symbols of French modernity that are rooted in territories, and clearly surpass „technological neutrality“. Long considered as „grands projets“ (major works projects), the various productions of this heroic national saga of high-speed rail lines are illuminated by the different chapters which explain how this excellence was constructed and reconstructed over

the *longue durée* in accordance with renewals in mobility needs. The competitiveness of a major network is consistently brought into play, and the assessment that emerges is sometimes „in half-tones“, to repeat the honest expression of Christophe Keseljevic, SNCF representative and author of chapter 5, who offers an illuminating account of developments relating to the Sud-Express versus the Drapeau train.

The book will also prompt „legal jubilation“ (!) in its explanation of the complex public-private partnerships that have accompanied such productions. The work addresses topical burning issues in numerous public debates, which are only suggested in these pages. This history of high-speed rail, enriched by contributions from engineers, economists, and geographers, is invaluable at a time when there are discussions surrounding other major projects, as well as a review of public policies in this area (the problematics of everyday trains such as the RER (commuter rail) and TER (regional trains) as opposed to new TGVs were emphasized by the Minister of Ecology at the very moment of the inauguration.

Finally, it should be pointed out that the work takes its place within a fertile moment for the historiography of railroads as this monograph in certain respects complements the research of François Caron, whose third volume of *Histoire des chemins de fer en France, 1937–1997* was released posthumously by the publishing house Fayard in 2017. In this regard, Marie-Noëlle Polino's contribution in the annex details the stimulating role played by the association Rails&Histoire, which is directly financed by the public company as an invaluable driver of railroad history. An index and useful bibliography entitled „Bordeaux railway hub“ (pp. 199–203) also enrich the work.

MATHIEU FLONNEAU  
Paris

VSWG 105, 2018/3, 457–459

Juliane Czierpka

**Montanindustrielle Führungsregionen der frühen europäischen Industrialisierung im Vergleich. Das Black Country und das Borinage** (Regionale Industrialisierung 8). Steiner, Stuttgart 2017, 348 S. (43 Abb., 94 Tab.), 58,00 €.

Mitte des 19. Jh.s erfolgte nicht nur in Deutschland der Durchbruch zum industriellen Wachstum, der laut Toni Pierenkemper eine wahrhafte „New Economy“ begründete, die bis zum Ende des Jahrhunderts eine vollständig etablierte Industriegesellschaft präsentierte. Führungsregionen der Industrialisierung waren das Ruhrgebiet mit seiner Montanindustrie sowie Oberschlesien und das Saarland mit dem Steinkohlenbergbau als regionalem Führungssektor.

Juliane Czierpka richtet in ihrer Dissertation (bei Dieter Ziegler, RUB) – im analytischen Rückgriff u. a. auf Walt W. Rostow und T. Pierenkemper – ihren Blick auf zwei europäische Montanführungsregionen, die sie auf der Basis von sehr sorgfältig eruierten Quantifizierungen und anhand primärer und sekundärer Quellen komparativ betrachtet. Der Zeitraum reicht vom Ende des 18. bis

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

in die zweite Hälfte des 19. Jh.s. Dieses mobilisierte Zahlen- und Aktenmaterial und dessen Bearbeitung sollen zu neuen Erkenntnissen und Antworten auf die Frage nach Führungsregionen und ihren Eigentümlichkeiten führen. Das trifft in der Tat zu, da die Vf.in in ungewöhnlicher Breite und Tiefe das Black Country und das Borinage unter den Kriterien ‚Homogenität‘ und ‚Interdependenzen‘ detailliert untersucht (S. 43–196), um im zweiten Teil theoretische Schlussfolgerungen zu konzeptuellen Fragen der Analyse von Führungsregionen zu erörtern (S. 197–264).

Das Black Country, in Mittelengland gelegen, verfügte über verschachtelte Steinkohlenflöze von großer Mächtigkeit (über 9 m) bei geringer Teufe, allerdings ohne direkten natürlichen Zugang zur Küste: eine schwerindustrielle Wirtschaftsregion, geprägt durch den Abbau von Kohle und Eisenerz, Eisenverarbeitung und Glasproduktion (Branchenmix). Czierpka greift auf den Zensus von 1831 zurück (beginnend 1801 und in zehnjährigem Rhythmus erhoben), um die Anzahl der Beschäftigten in den einzelnen Produktionszweigen und Wirtschaftssektoren zu ermitteln. Auch der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Männer wird jeweils regional ausgewiesen. Der Einsatz von mineralischer Kohle und die Nutzung der Dampfmaschine in der Eisenproduktion führten zeitweise zum Anstieg regionaler Roheisenproduktion (das Bessemer-Verfahren konnte dort erst nach 1878 begrenzt eingesetzt werden, da das Eisenerz im Black Country einen relativ hohen Phosphorgehalt aufwies). Probleme mit der Wasserhaltung der Kohlenflöze gab es immer wieder aufgrund der kleinräumigen Struktur der Region bei kurzer Nutzungsdauer der Schächte.

Das Borinage war eines von vier Steinkohlenrevieren im westlichen Teil des heutigen Belgiens und Teil des Kohlegürtels, der sich von Nordwestfrankreich bis zum Ruhrgebiet erstreckte und bis in die zweite Hälfte des 19. Jh.s als das bedeutendste europäische Kohlenrevier mit der größten Vielfalt an Kohlen galt. Die Kohle lagerte in relativ großer Teufe, überlagert von einer wasserdichten Kalkschicht. Eisenerzvorkommen gab es hier nicht, auch keine lokale Eisenindustrie. Die Kohle wurde ausschließlich exportiert. Eine homogene Wirtschaftsregion war das Borinage, so die Autorin, dennoch nicht, da die Unterschiede der Reviere stärker wiegen als deren Gemeinsamkeiten (heterogen strukturierte Sektoren mit distinkten Märkten). Die Reviere Nord und Pas de Calais mit ihrer bedeutenden Kohlenförderung für Frankreich gehörten nicht zu dieser Wirtschaftsregion. Bei größerer Teufe war die Wasserhaltung ein Problem, erst die Einführung von Dampfmaschinen zum Antrieb von Pumpen war effizient (als partielle Mechanisierung des Bergbaus, die Förderung der Kohle erfolgte weiterhin mit Göpelwerken oder Haspeln). Das Borinage verfügte allerdings über Flénu-Kohlen, die sich durch geringen Methangehalt auszeichneten (reduzierte Gefahr von Grubenbränden).

Den größten Unterschied zwischen Black Country und Borinage sieht die Autorin zu Recht in der Struktur der beiden Regionen, denn während sich im Black Country drei Stufen vertikaler Produktion entwickelten (Bergbau, Eisenindustrie, Eisenverarbeitung), gab es im Borinage keine dem Bergbau nachgelagerten Sektoren. Beide Gebiete waren von stark wachsenden Montanrevieren umgeben, die sich im Umfeld des Borinage zeitlich versetzt entwickelten, während mit dem Black Country die Reviere in South Wales, dem Nordosten Englands und Schottlands gleichzeitig Phasen mit konkurrierenden Wachstumsraten aufwiesen. Beide Regionen waren Pioniere der Mechanisierung, da frühzeitig die Newcomenschen Maschinen zur Wasserbewältigung genutzt wurden. Die Wattschen Dampfmaschinen galten als kostenintensiver in Wartung und Reparatur, die Maschinenfabrik Watt und Boulton in Soho hatte keine Absatzchancen im benachbarten Black Country. Beide Regionen verfügten in Abhängigkeit von ihrer Faktorausstattung über Kopplungseffekte, das

wichtigste Merkmal eines Führungssektors. Schließlich werden beide Regionen in den gesetzten Referenzrahmen eingeordnet.

Der Band ist nicht nur ein innovativer Beitrag zur Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklung von zwei signifikanten Führungsregionen im frühindustriellen Europa, ausgestattet mit einem Fundus an Zahlen und Informationen. Er gibt auch grundlegende methodische Anstöße und neue empirische Zusammenhänge, von denen aus sich weitere Bereiche der regionalhistorischen Forschung im Kontext der europäischen Montangeschichte vergleichend aufschließen lassen – eine überzeugende Studie.

HANS-JOACHIM KRASCHEWSKI  
Marburg

VSWG 105, 2018/3, 459–460

Simone Derix / Margareth Lanzinger (Hg.)

**Housing Capital. Resource and Representation**

(Jahrbuch für Europäische Geschichte / European History Yearbook 18). de Gruyter, Berlin/Boston 2017, 164 S., 49,95 €.

Das Haus als Kapitalanlage, als soziale wie mentale Ressource, als Ort kultureller Repräsentation und Selbstvergewisserung – dies ist der Bogen, der in diesem Jahrbuch gespannt ist. Die Herausgeberinnen wehren sich gegen eine verkürzte Sicht in den Medien, die das Haus vorwiegend als Investment oder als Objekt einer die moderne Welt immer wieder heimsuchenden spekulativen Blase („real estate bubble“) begreift. Und in der Tat öffnen die auf die Einführung der Herausgeberinnen „Housing Capital: Interdisciplinary Perspectives on a Multifaceted Resource“ folgenden sechs Beiträge auf ungefähr 130 Seiten mehr oder weniger exemplarisch den Blick für zumeist übersehene, spannende Aspekte des Hauses: angefangen bei komplizierten Erbschafts- und Übertragungsverfahren in Südtirol seit dem 16. Jh. (M. Lanzinger / J. Maegaith: Houses and the Range of Wealth in modern Gender- and Intergenerational Relationships) über das Haus als schützenden wie auch neu definierten Ort für Rückzug und Kreativität im 19. Jh. (A. Detjen: Transforming the House: The Photography of Julia Margaret Cameron) bis zur Selbstverwirklichung der Heimwerker im Alltag Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, die für sich und ihre Familien gemütliche Häuser schaffen wollten (J. Voges: Maintaining, Repairing, Refurbishing: The Western German Do-It-Yourselfers and their Homes). Dabei richtet sich der Blick nicht allein auf das Haus, sondern ebenso auf die jeweilige Bedeutung für die Geschlechterfrage.

Beim Lesen der Überschrift „Housing Capital. Resource and Representation“ hatte ich zunächst ganz andere Assoziationen: das „diskrete Geschäft der Bourgeoisie“ seit der Befreiung von Grund und Boden von grundherrlichen Rechten bzw. der Herauslösung aus dem bäuerlichen Allgemeinbesitz, den spekulativen Mietwohnungsbau des 19. Jh.s, die Berliner Mietkaserne und der Berliner „Hausbesitzer als Beruf“; die „schrumpfenden Städte“ in altindustriellen Industrieregionen, wo viele Großsiedlungen keineswegs eine Ressource, sondern Gegenstand von großflächigen



Abrisskampagnen waren, während gleichzeitig über „Das Denkmal als Altlast oder als Ressource“ diskutiert wurde. Dieser eher die Kosten, die Energiebilanz und das Recycling betreffende Aspekt von „Ressource“ ist jedoch nicht Gegenstand der hier besprochenen Publikation. Wenn es um Materielles geht – um Eigentum, Gewinn, Geschäft und Geld –, dann im Zusammenhang mit dem „ganzen Haus“, also mit den erwähnten Häusern und Höfen in Südtirol bzw. mit Häusern und Hausbau der Frühen Neuzeit in Frankfurt (J.A. Schmidt-Franke: *Haushaben: Houses as Resources in early Modern Frankfurt*). In der Tat gab es schon seit dem ausgehenden Mittelalter in Lübeck, Straßburg, Nürnberg und eben auch in Frankfurt Regelungen, die einen quasi modernen Zugriff der Bürger auf Grund und Boden zuließen: damals wie heute ein konstituierendes Element des Stadtbürgertums bzw. der bürgerlichen Gesellschaft, während das Bürgerhaus „an sich“ – ein wichtiger Gegenstand historischer Hausforschung wie literarischer Darstellung von Aufstieg und Fall angesehener Familien –, heute weit mehr ein Objekt der Denkmalpflege als ein zeitgemäßer Wohnhaustyp ist. Und ebenso wie durch den Roman von Thomas Mann das „Buddenbrook-Haus“ seiner Eltern und Großeltern zum idealisierten Erinnerungsort werden konnte, lassen bzw. ließen sich mithilfe von schönen Guts- und Landhäusern in Poesie und Literatur ideale Erinnerungslandschaften konstruieren (M. Szczepaniak: *The Country House as a Transitory Locus for Soldiers in Polish Literature on the First World War*). Ganz anders die politisch motivierten landesplanerischen Strategien zur Ansiedlung von großen Höfen in der DDR, wo die ideale historische Landschaft handfest zu einer Planlandschaft umgewandelt wurde (U. Bretschneider, *New Farmsteads in der SOZ (GDR: Political Implications and Adaption Processes)*).

„Housing Capital“, neu begriffen, eröffnet ein spannendes Forschungsfeld und stellt gewohnte Sichtweisen in Frage. Die vorliegende Veröffentlichung macht den Einstieg. Jedoch stehen die einzelnen Beiträge recht unverbunden für sich, scheinen eher über Zufallsfunde „gegriffen“ denn über Forschungsthemen definiert, was sicher auch den vielen möglichen Sichtweisen auf Haus und „Housing“ geschuldet ist. Es gibt m.E. eine weitere Schwachstelle: Lässt sich über das Haus als Ressource und Repräsentation überhaupt sprechen und schreiben, wenn seine materielle Substanz, sein Aussehen, seine physische Transformation im Laufe der Zeit, seine Bedeutung als historisches Dokument nur „nebenbei“ betrachtet werden? Dies bei dem recht stolzen Preis von fast 50,- Euro. Der 30-seitige Beitrag im angehängten „Forum“ von M. Sing („Against All Odds: How to Re-Inscribe Islam into European History“) vermag mindestens ebenso an dem Selbstverständnis der Zunft zu rütteln.

RENATE KASTORFF-VIEHMANN

Dortmund



VSWG 105, 2018/3, 461–462

Marian Füssel / Philip Knäble / Nina Elsemann (Hg.)  
**Wissen und Wirtschaft. Expertenkulturen und Märkte vom 13. bis 18. Jahrhundert**  
 Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht 2017, 418 S., 70 €.

Der vorliegende Sammelband ist aus der Göttinger Ringvorlesung ‚Wissensmärkte in der Vormoderne‘ (2014) und der 2016 abgehaltenen Tagung ‚Experten des Ökonomischen – Ökonomie der Experten‘ hervorgegangen. Beide Veranstaltungen initiierte das Göttinger Graduiertenkolleg 1507 ‚Expertenkulturen des 12. bis 18. Jahrhunderts‘. Auf knapp zehn Seiten umreißt P. Knäble den theoretischen Rahmen, an dem sich die insgesamt 15 Beiträge orientieren sollten.

Die Herausgeber wollen Dreierlei: Zunächst geht es um Experten. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die dem Graduiertenkolleg zugrundeliegende Definition des Experten als eines „sozialen Rollentypus, der mit dem Versprechen von adäquatem Wissen in Kommunikationsakten auftritt“. „Entscheidend für die Etablierung als Experte“ sei „nicht in erster Linie die Frage, ob Experten tatsächlich dieses Wissen“ besäßen, vielmehr stünden „die Prozesse ihrer Inszenierung als Wissensträger und die gleichzeitige soziale Anerkennung ihres Sonderwissens durch Nichtexperten im Fokus“ (S. 11). Auf einen Überblick über die inzwischen breit aufgestellte internationale Forschung zum Thema Expertenkulturen wird verzichtet und gleich zum zweiten theoretischen Anliegen des Bandes übergeleitet: der Verknüpfung von Wirtschafts- und Kulturgeschichte, angeregt durch die Arbeiten des Frankfurter Wirtschaftshistorikers Werner Plumpe. Der Schwerpunkt liege „auf empirischen Fallstudien, welche die vielfältigen Verbindungen von praktischem und theoretischem Wissen nachzeichnen und auch Akteursgruppen beleuchten, die bisher wenig von der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung“ betrachtet worden seien (S. 15). Das Anliegen der Herausgeber sei es, „Heuristiken einer vielfach eingeforderten kulturwissenschaftlichen Wirtschaftsgeschichte auszuloten, um Begriffe wie Wirtschaft und Markt zu historisieren und eine bessere Modellierung vormoderner Ökonomien zu erreichen.“ Die beiden Bereiche – Experten und Wirtschafts- als Kulturgeschichte – werden im dritten thematischen Anliegen des Bandes, den Wissensmärkten und den Wirtschaftsexperten in der Umbruchszeit, vor der „Ausdifferenzierung von Wirtschaft als eigenständige[m] System“ (S. 16), zusammengeführt.

Die Architektur des Sammelbandes folgt allerdings einer anderen Logik als den drei in der Einleitung knapp umrissenen Themenschwerpunkten. Unterteilt ist der Band faktisch in die drei Themenbereiche ‚Vertrauen und Risiko‘ (I), ‚Produktion und Transfer‘ (II) sowie ‚Angebot und Nachfrage‘ (III): drei Themenbereiche, die bald mehr oder bald weniger eng mit dem Rahmenthema verbunden sind, aber als solche in der Einleitung nicht diskutiert werden. Besonders heterogen bestückt ist der dritte Teil zu ‚Angebot und Nachfrage‘ (S. 277–416): Hier folgen Beiträge zu Kreuzzugstrakaten, Lohnarbeitern, Fremdsprachenlehrern, Buchmarkt und sammelnden Professoren aufeinander. Es mag auf Anhieb befremden, wenn Gion Walmeyer die seit dem 13. Jh. belegten Kreuzzuggutachten einem marktsoziologischen Frageraster unterzieht (III, 279–312). Die Vorgehensweise macht aber sichtbar und einsichtig, dass die Höfe auf Expertenwissen angewiesen waren und sich dieses nicht ungeprüft aneigneten, sondern den ‚Wahrheitsgehalt‘ der Informationen durch weitere Experten prüfen ließen.

Die Zuordnung der Beiträge zu einem der drei Bereiche ist für den Leser nicht immer ganz nachvollziehbar, etwa wenn Philip Knäble (I, 115–137) im ersten, Tanja Skambraks (II, S. 189–189) aber im zweiten Teil untergebracht wird, obwohl sich beide, wenngleich aus unterschiedlicher Perspektive, mit dem befassen, was die Forschung gewöhnlich als ‚Wirtschaftsethik‘ bezeichnet. Als Wirtschaftsexperten würde ich die unterschiedlichen geistlichen Milieus zugehörigen Theologen, die seit dem ausgehenden 13. Jh. (etwa Heinrich von Gent) über die ‚Rechtmäßigkeit‘ bestimmter Anlageformen diskutierten, ohnedies lieber nicht begreifen wollen. Denn ihre Meinung gaben sie über fast alle gesellschaftspolitisch relevanten Problemfelder ab, ob gefragt oder ungefragt. Seine Stärken hat der Band da, wo Experten als solche identifiziert werden können, etwa in Marian Füssels Militärexperten (II, 217–241) oder Mark Häberleins Figur des Fremdsprachenlehrers (III, 335–363) oder da, wo Wirtschafts- und Kulturgeschichte zusammenfließen, etwa in Heinrich Langs Ausführungen zum Kaufmannsbanquier des 16. Jh.s (II, 141–168). Verständlicherweise kann an dieser Stelle nicht auf alle 15 Beiträge eingegangen werden. Aber anregungsreich sind sie allemal, denn sie laden unter anderem ein, darüber nachzudenken, 1. wo die zeitspezifischen Grenzlinien zwischen Amt, Beruf, Expertentum verlaufen, 2. wie das Angebot auf die Nachfrage trifft bzw. umgekehrt die Nachfrage ihren Anbieter findet und 3. wo und wann die „Ausdifferenzierung von Wirtschaft als eigenständiges System“ eigentlich beginnt.

GABRIELA SIGNORI  
Konstanz

VSWG 105, 2018/3, 462–463

Wolfram Pyta / Nils Havemann / Jutta Braun  
**Porsche. Vom Konstruktionsbüro zur Weltmarke**  
Siedler, München 2017, 555 S. (13 Abb.), 28,00 €.

Der Buchumschlag und der prestigeträchtige Titel „Porsche“ erinnern eher an einen Roman. Der Untertitel weist jedoch unmissverständlich auf eine chronologische Schrift zum Unternehmen hin. Dementsprechend umreißt die Einleitung vier zentrale Themenfelder einer „integrativ angelegte[n] Unternehmensgeschichte“ (S. 8) für den angestrebten Erkenntnisgewinn und die Berichtigung umlaufender Porsche-Legenden. Im Untersuchungszeitraum von 1931 bis 1951 sollen die Herausbildung des breiten konstruktiv-technischen Wissens und Könnens unter Mitwirkung einer von starkem Zusammenhalt geprägten Gruppe überwiegend österreichischer Ingenieure im 1931 in Stuttgart gegründeten Porsche Konstruktions-Büro erforscht werden, ferner die Prägung der Motorsportgeschichte durch die Entwicklung eines erfolgreichen Rennwagens, die Analyse geschmeidigen Handelns bei der Gewinnung wegweisender Konstruktionsaufträge unter höchst unterschiedlichen politischen Bedingungen und schließlich die These von einem „besonders reinen Typus des Familienunternehmens“ (S. 10).

Der wissenschaftliche Zugriff auf den Stoff ist freilich ohne eine intensive Betrachtung der beiden Hauptakteure, des Autodidakten und Konstrukteurs Ferdinand Porsche (1875–1951) und des-

sen Sohn, des ‚gelernten Ingenieurs‘ Ferdinand Anton Ernst, genannt ‚Ferry‘ Porsche (1909–1998) nicht möglich. Beide stehen als treibende Kräfte für die maßgeblichen technischen Entwicklungsprozesse, das beherzte Ergreifen sich bietender Chancen für das Konstruktionsbüro »Dr. Ing. h.c. F. Porsche GmbH« (ab 1937 Kommanditgesellschaft), das bewusste Eingehen unternehmerischer Risiken unter schwierigen Voraussetzungen sowie den durch Kontingenz beeinflussten Aufbau eines stets unter Familienkontrolle stehenden Markenunternehmens mit Weltgeltung.

Gestützt auf Materialien aus 29 in- und ausländischen Archiven sowie auf bemerkenswert zahlreiche gedruckte Quellen beleuchtet die Studie mit nüchterner Distanz zu den Akteuren und einem kontrollierten Detailreichtum in 14 Kapiteln auf rund 400 Seiten die Stationen des Aufstiegs der Porsche GmbH/KG von der Gründung des Konstruktionsbüros 1931 bis zum Beginn der eigenen Sportwagen-Produktion 1949 und dem Tod des Initiators 1951. Es ist die keinesfalls stringent verlaufende Geschichte eines aus Not geborenen mühsamen Beginns und der gegen mancherlei Widerstände durchgesetzten Ausführung anspruchsvoller Konstruktionsaufgaben für höchst unterschiedliche Fahrzeugtypen (Rennwagen für die Auto-Union; Rekordfahrzeuge für Daimler-Benz; Kleinwagen „Volkswagen“; Kübel- und Schwimmwagen; (untauglicher) Panzerkampfwagen; Landmaschinen). Weitere Kapitel befassen sich mit Patenten und Patentstreitigkeiten, den Manövern zur Gestaltung und Absicherung eines reinen Familienunternehmens, der strategischen Erweiterung zu einem kompletten Entwicklungsbetrieb im Zuge der Konstruktion des Volkswagens und nicht zuletzt mit Einstellung und Verhalten der Protagonisten im NS-Staat bzw. im Zweiten Weltkrieg. Zum Schluss wird der komplizierte Neubeginn nach 1945 erläutert, bei dem Ferry Porsche dank einer günstigen Konstellation die Emanzipation von seinem Vater und der Start in die Serienfertigung des legendären Typs ‚Porsche 356‘ gelang. In allen Teilen der Darstellung klingen Beharrlichkeit und Erfindungsreichtum des Ingenieurs Ferdinand Porsche und seines Teams, die technikgeschichtlich bedeutsamen Leistungen des Konstruktionsbüros, aber auch die kreativen Lösungsansätze zur Überwindung wirtschaftlicher und unternehmenspolitischer Schwierigkeiten an. Die Studie bietet über die engere Firmengeschichte hinaus einen signifikanten Mehrwert, da sie jüngste Forschungsergebnisse zur NS-Unternehmensgeschichte, zur Geschichte von Familienunternehmen, zum Cultural turn in der Wirtschaftsgeschichte und zur ‚Treue‘ als gemeinschaftsstiftendem Faktor für den Erkenntnisgewinn nutzbringend berücksichtigt.

Pyta (nach eigener Angabe hat er 95 Prozent des Textes selbst verfasst, die Ko-Autoren treten nur im Titelblatt in Erscheinung) erweist sich als glänzender Erzähler, der aus dem erschlossenen Material eine lebendige, facettenreiche und differenzierte Unternehmensgeschichte formt, die auch bisher unbekannte Fakten ausbreitet und kritische Fragestellungen nicht scheut. Die rund 70 Seiten Anmerkungen sind am Schluss des Textes platziert, so dass der Lesegenuss nicht durch den ständigen Blick auf Fußnoten beeinträchtigt wird.

REINER RUPPMANN

Bad Homburg vor der Höhe



VSWG 105, 2018/3, 464–465

Paul-Moritz Rabe

### **Die Stadt und das Geld. Haushalt und Herrschaft im nationalsozialistischen München**

(München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft 3).  
Wallstein, Göttingen 2017, 399 S. (18 Abb., 8 Tab.), 38,00 €.

Diese aufschlussreiche Studie knüpft in zweierlei Hinsicht an Erkenntnisse der neueren Forschung an. Allgemein haben Historiker und Historikerinnen darauf hingewiesen, wie eng bürokratische und ideologische Herrschaft im Nationalsozialismus verbunden waren und wie effektiv sie bei allen Friktionen ineinandergriffen, um Minderheiten auszugrenzen und für den Krieg zu mobilisieren. Rabe bietet hier zu dieser Problematik zahlreiche konkrete Befunde. Ferner haben Wolf Gruber und andere bereits gezeigt, dass die Ausplünderung der deutschen Juden maßgeblich von den Gemeinden betrieben wurde. Auch hierzu werden neue Gesichtspunkte geboten: die besonders unnachgiebige Eintreibung von Steuerschulden, absichtlich versäumte Steuerrückzahlungen, der profitable Ver- und Ankauf konfiszierter Wertgegenstände.

Der Zuschnitt des Buches ermöglicht nicht nur solche empirischen Ergebnisse, sondern ein umfassendes Bild der Münchner Kommunalpolitik über das Studium ihrer finanziellen Grundlagen, Techniken und Auswirkungen. Zentral war die Zusammenarbeit zwischen zwei Protagonisten: Oberbürgermeister Karl Fiehler, der nationalsozialistische Überzeugungen mit pragmatischer Konsensorientierung verband, sowie Finanzreferent Andreas Pfeiffer, der seine allgemein anerkannte Kompetenz, nun ausgestattet mit dem Titel des „Stadtkämmerers“, dem neuen Regime bereitwillig zur Verfügung stellte.

Fiehler und Pfeiffer wurden von einer wachsenden Zahl von Fachreferenten unterstützt, deren Bedeutung mangels demokratischer Kontrolle zunahm. Gestützt auf einen expandierenden und sich modernisierenden Verwaltungsapparat fanden diese Akteure immer wieder kreative Lösungen, um den Forderungen aus Berlin entgegenzukommen, den eigenen Prestigedrang zu verwirklichen und die finanziellen Folgen vor der kritischen Restöffentlichkeit zu verbergen. Letzteres war insofern bedeutsam, als sich die nationalsozialistischen Kommunalpolitiker in Abgrenzung von der angeblichen Misswirtschaft der Weimarer Republik mit der Konsolidierung der Münchner Finanzen schmückten. Rabe interpretiert die den Haushalt flankierenden Reden treffend als „performative Akte, die die lokalpolitischen Gegebenheiten zu einem guten Teil miterschaffen“ (S. 61). Dennoch wurde es immer schwieriger, das Narrativ der „Ordnung“ mit der Mobilisierung finanzieller Ressourcen für den Krieg zu vereinbaren – und erst recht mit der Vielzahl kurzfristiger Einsparungen und Umschichtungen, die dieser Krieg bald erforderlich machte.

So sehr man versuchte, manche finanzielle Zumutung seitens Parteiorganisationen, Landesbehörden, Reichsinstanzen bzw. Adolf Hitler selbst abzuwehren oder abzuschwächen und so sehr viele Finanzbeamte aus pragmatischen Gründen Parteimitglieder wurden, ging die städtische Haushaltspolitik weit über vorsichtiges Lavieren und opportunistische Anpassung hinaus. Der Autor kann zeigen, dass die Münchner Akteure, insbesondere Fiehler, immer wieder ihre persönlichen Beziehungen einzusetzen und Kompromisse zu erreichen wussten, wenngleich der Trend dahin ging, die vorhandenen Ressourcen beim Reich zu konzentrieren. Indem sie die Bedeutung der

kommunalen Aufgaben und den eigenen Status als „Hauptstadt der Bewegung“ betonten, erreichten sie etwa eine informelle Sonderregel bei der Körperschaftssteuer oder Ausnahmen bei der an sich rigide beschränkten Kreditaufnahme.

Die vorhandenen Gestaltungsspielräume wurden genutzt, um eigene Akzente zu setzen. Entlastungen fielen primär symbolisch aus, wie bei der Senkung von Hunde- und Gaststättensteuer, und wurden durch Belastungen wie einer wirtschaftsideologisch motivierten Erhöhung der Filial- und Warenhaussteuer kompensiert. Die Einziehungspraxis verschärfte sich im Allgemeinen, diente aber insofern der Klientelpolitik, als einzelnen Unternehmen, Privatpersonen und vor allem Parteifunktionären Steuern gestundet oder nachgelassen wurden. Letztere erhielten ferner Geschenke, „Aufwandsentschädigungen“ und günstige Darlehen. Reichliche Mittel fand man auch für den Bau von HJ-Heimen, den „Tag der deutschen Kunst“ sowie zahlreiche Großbauprojekte, die zwar meist nicht realisiert wurden, deren Planung und Vorbereitung aber hohe Kosten verursachte. Indem er den Komplexitäten der Haushaltspolitik auf den Grund geht, arbeitet Paul-Moritz Rabe heraus, dass die Münchner Stadtverwaltung zunehmend mit den NS-Organisationen amalgamierte und die Wünsche des „Führers“ nicht bloß erfüllte, sondern sie in vieler Hinsicht vorwegnahm.

MORITZ FÖLLMER

Amsterdam

VSWG 105, 2018/3, 465–467

Korinna Schönhärl (Hg.)

**Decision Taking, Confidence and Risk Management in Banks from Early Modernity to the 20th Century**

(Palgrave Studies in the History of Finance). Palgrave MacMillan, Hampshire 2017, 342 S., 123,00 €.

In der modernen Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte sind die Mechanismen der Lenkung und Entscheidung in Unternehmen eines der wichtigen Themen. Wie in den Leitungsorganen entschieden wird, welche Optionen der Lenkung gewählt werden, ist konstitutiv für die Ausformung der „corporate governance“ in einer Firma, zudem eine Voraussetzung für ihr Verhalten auf den Märkten. Lassen sich nachhaltige und wirkungsvolle Unternehmensstrategien implementieren und Risiken richtig einschätzen, lässt sich in der Regel auch der gewünschte Markterfolg erzielen. Für eine Reihe von Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen ist dieser Fragekomplex bereits untersucht worden. Einen solchen Befund gibt es für die Kreditwirtschaft bisher nicht, wofür mehrere Gründe maßgeblich sind. Mit Ausnahme der Deutschen Bank sind etwa für die großen Institute des privaten Bankwesens die Materialien verloren gegangen, mit deren Hilfe sich Entscheidungswege und Strategiediskussionen bis 1933 nachzeichnen lassen, etwa Vorstands- und Aufsichtsratsprotokolle sowie die dazu gehörende Korrespondenz. Dies gilt auch für die wichtigen Regionalbanken und Privatbankhäuser. Für die Zeit ab Ende des Zweiten Weltkriegs kommen weitere Gründe hinzu: Quellenmaterial ist nur zum Teil verfügbar, zum einen aufgrund des Bankgeheimnisses, zum

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018



anderen aufgrund von Sperrfristen. Dies macht es schwer, der Frage nachzugehen, wie und warum in den Vorstandsetagen der Kreditwirtschaft entschieden wurde, welcher Führungsstil und welche „corporate governance“ sich daraus entwickelten und welchen Markterfolg ein Finanzintermediär deshalb erzielen konnte.

Daher ist es verdienstvoll, dass in dem vorliegenden Band in dreizehn Beiträgen der Frage nach Entscheidungswegen, Risikomanagement und Vertrauensbildung nachgegangen wird. Der erste Abschnitt mit drei Aufsätzen behandelt das Personalmanagement und die Rekrutierung von Führungspersonal der Banken. Susie Pak zeichnet die Auswahl von zentralen Entscheidungsträgern beim renommierten, aber auch umstrittenen amerikanischen Bankhaus J.P. Morgan & Co. nach, wobei sie auf Dissonanzen zwischen dem Führungspersonal aus der Familie Morgan und familienfremden Managern verweist. Daniel Wylegala analysiert die Karriereverläufe von Top-Bankern, vor allem den beruflichen Werdegang Karl Klasens im Vorstand der Deutschen Bank und im Direktorium der Deutschen Bundesbank, deren Präsident er schließlich wurde. Da Wylegala bisher nicht verfügbares Quellenmaterial auswertet, vermittelt seine Darstellung neue Einblicke in die Entwicklung der deutschen Kreditwirtschaft. Friederike Sattler widmet sich der Ausformung der corporate governance bei den großen deutschen Universalbanken in den 1960er und 1970er Jahren, mit einem verdienstvollen Abriss zu verschiedenen Ansätzen der Entscheidungstheorie. Ihr Fokus liegt auf den komplexen Entscheidungsfindungsprozessen, die schließlich in der Gründung von „Bankenclubs“ als Instrument für die Internationalisierung und später Globalisierung von Finanzmärkten mündeten.

Der zweite Abschnitt des Bandes (fünf Beiträge) widmet sich der Frage, in welcher Form Finanzintermediäre Geschäftsrisiken wahrnehmen und ggf. rechtzeitig Strategien für das Risikomanagement entwickeln. Im ersten Beitrag behandelt Anders L. Mikkelsen das Verhalten von Finanzintermediären am Finanzplatz London am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jh.s. Dabei wirft er die Frage auf, wann hier neue Risiken aufgrund veränderter Wettbewerbsbedingungen erkannt wurden und wie sich Akteure darauf einstellten. Andrew Dilley untersucht den Habitus und die Mechanismen der Personalrekrutierung in Finanzzentren Europas im 19. und 20. Jh. und thematisiert, ob hierin ein Grund für eine spezifische Wahrnehmung von Risiken im operativen Geschäft von Finanzintermediären zu suchen ist. Sebastian Knake setzt sich mit den Thesen Monika Pohle-Frasers zum Risikoverhalten von Bankiers auseinander und gleicht seine Überlegungen mit dem empirischen Befund ab, den er am Fallbeispiel der Braunschweigischen Staatsbank gewonnen hat. Zwei weitere Beiträge analysieren das Risikomanagement bei Banken in der jüngsten Vergangenheit. Matthew Hollow geht diesem Problem im operativen Geschäft der Barclay's Bank vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg nach, während Bernardo Batiz-Lazo diskutiert, ob der Einsatz von Computern das Risikoverhalten von Bankern verändern kann.

Die fünf Beiträge des dritten Abschnitts greifen theoretische Konzepte und Fragestellungen auf, die bereits mit Blick auf die Entwicklung von Industrieunternehmen angewandt wurden: die Netzwerkanalyse, den principal-agent-Ansatz und den Behaviorismus. Gemeinsamer Nenner dieser Beiträge ist die Theorie des französischen Soziologen und Philosophen Pierre Bourdieu. Nadia Matringe und Daniel Velinov untersuchen die Bedeutung von Netzwerkbeziehungen als Grundlage von Vertrauensbildung und Entscheidungsfindungen bei Finanzintermediären der Frühen Neuzeit, während Victor Ricciardi und Korinna Schönhärl spezifische Verhaltensmuster von Akteuren auf

Finanzmärkten analysieren. Schließlich skizziert Morten Reitmayer eine Forschungsagenda für eine theoretisch fundierte und ambitionierte Banken- und Finanzgeschichte.

Die Beiträge des Bandes beleuchten ein weites Spektrum an Fragestellungen, deren Beantwortung der Bankengeschichte sicherlich neue Impulse verleihen kann. Sie zeigen, welche Desiderata auf diesem Feld noch immer bestehen. Die in letzter Zeit hin und wieder monierte zunehmende Theorieferne lässt sich durch die Weiterführung der in den Beiträgen angeschnittenen Aspekte sicherlich beheben. Ein Punkt ist allerdings nicht zu übersehen: Fraglich bleibt, ob der Forschung stets genügend Quellenmaterial zur Verfügung steht, um die Gefahr einer möglichen „Empirie-Ferne“ zu vermeiden.

DR. HARALD WIXFORTH  
Bochum

VSWG 105, 2018/3, 467–468

Korinna Schönhärl

**Finanziers in Sehnsuchtsräumen. Europäische Banken und Griechenland im 19. Jahrhundert**

(Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 98). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2017, 505 S. (22 Abb., 1. Tab.), 80,00 €.

Das Buch ist eine für den Druck überarbeitete Habilitationsschrift, die 2015 an der Universität Duisburg-Essen eingereicht wurde. Die Autorin leitet ihre „kulturgeschichtliche Studie über die Wahrnehmung von Finanzmärkten durch Bankiers“ mit dem Hinweis auf das bekannte Phänomen ein, dass derzeit die in der Regel besorgniserregend klingenden Nachrichten, Aussagen oder Bewertungen zu Griechenland in der Presse gern mit Zitaten oder Bildern eingeleitet und illustriert werden, die bekannte Statuen und Denkmäler der griechischen Antike zeigen und auf diese Weise unsere kritische Einschätzung mit unserem positiv besetzten Wissen von der antiken Welt der Griechen kontrastieren.

Das Werk, das politische wie wirtschaftliche Entwicklungen vom Ausbruch des griechischen Freiheitskampfes 1821 bis zum Anfang des 20. Jh.s in den Blick nimmt, möchte die „Erschließung des griechischen Finanzmarktes für europäisches Kapital während des 19. Jh.s analysieren“ (S. 415) und dabei zeigen, dass die „Verknüpfung der Sphären von Kultur und Finanzen“ kein neues Phänomen ist, sondern für die gesamte Zeit typisch erscheint. Dabei setzt sich diese Verknüpfung weit über die „Phase des glühenden europäischen Philhellenismus in der Zeit des Freiheitskampfes“ (S. 11) fort und lässt sich durch das gesamte 19. Jh. hindurch verfolgen. Während die Hinweise auf die Antike heute eher spöttisch gemeint sind, hat die Sympathie für diese Epoche die Geldgeber in dem betrachteten Zeitraum trotz eigener negativer Erfahrungen immer wieder stimuliert, den griechischen Staat und die griechische Wirtschaft mit finanziellen Mitteln zu versorgen.

Die Autorin arbeitet ihr Programm nach einer theoriebezogenen Einführung mit Hilfe von neun sog. Fallstudien über markante „Auslandsinvestitionen in Griechenland im 19. Jahrhundert“ ab. Sie behandelt die Zeit von den Anleihen, die für Griechenland zur Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes 1824/25 emittiert wurden, bis zum Beginn des 20. Jh.s, als eine Rosinenhandels-gesellschaft den Verkauf dieses Exportgutes auf den internationalen Märkten anzuregen versuchte und dabei auf das Vertrauen wichtiger Geschäftspartner und Banken in Europa setzen konnte. Die Ergebnisse der historischen Fallstudien werden im letzten Kapitel „Griechenland als neuer Markt in der Wahrnehmung europäischer Bankiers“ resümiert.

Die Fallstudien, in denen Personen, Informationsquellen und Strategien der politisch wie geschäftlich relevanten Akteure vorgestellt werden, differieren in ihrer Bedeutungstiefe, lesen sich aber durchwegs flüssig und schlüssig. Sie belegen nicht immer eindeutig, illustrieren aber durchaus eindrücklich das Phänomen, das die Autorin aufzeigen will, nämlich die „Verknüpfungen von Kultur und Finanzen“. Die in der Einleitung herausgearbeiteten Überlegungen zur Einschätzung von Risiken, die über die ökonomische Ratio hinaus kulturellen Werten einen großen Stellenwert beimisst, finden sich in den Fallstudien deutlich wieder. Der ebenfalls in der Einleitung dargebotene Einblick in die Behavioral Finance-Ansätze erscheint dagegen für die nachfolgenden Analysen weniger ergiebig. Behavioral Finance will stabile typische Verhaltensweisen von Entscheidern herausarbeiten, die von der ökonomischen Ratio abweichen. In den Fallstudien agieren dagegen historische Persönlichkeiten in ihrem individuellen wirtschaftlichen und kulturellen Umfeld, das die Autorin ausführlich beschreibt und analysiert.

Die Arbeit ist eine im Lichte der aktuellen Situation und Entwicklung in Griechenland besonders lesenswerte Schrift, die das Nachdenken über die eigenen wie die von anderen vorgenommenen Einschätzungen und Bewertungen der Vorgänge in Griechenland anregen und beeinflussen kann.

BERND RUDOLPH

München

VSWG 105, 2018/3, 468–469

Jürgen Schreiber

**Uhren – Werkzeugmaschinen – Rüstungsgüter. Das Familienunternehmen  
Gebrüder Thiel aus Ruhla 1862–1972**

(Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen, Kleine Reihe  
Band 52). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2017, 406 S. (22 Abb., 4 Tab.), 55,00 €.

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit der Geschichte eines thüringischen „Familienunternehmens“, das in seinen besten Zeiten mehr als 7.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigte. Die Firma Gebrüder Thiel bzw. ihr Nachfolgebetrieb, der VEB Uhrenwerke Ruhla, genießt heute noch bei ehemaligen DDR-Bürgern den (etwas zweifelhaften) Ruf eines Herstellers billiger Armbanduhren. Die Produktpalette des 1862 von den Brüdern Christian und Georg Thiel gegründeten Unternehmens war jedoch wesentlich breiter und umfasste zudem u. a. mechanische Zünder, Fräs- und Bohr-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries  
of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming  
as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

maschinen. Die Kennzeichnung der Firma als Familienunternehmen ist für den Untersuchungsgegenstand und den -zeitraum insofern bedeutsam, als zum einen auch weitere Unternehmen, die Eigentum der Familie war, einbezogen sind. Zum anderen führt Schreiber die Geschichte des Unternehmens nach dessen Enteignung und Verstaatlichung 1945/46 nicht als Betriebsgeschichte des VEB Uhrenwerke Ruhla weiter. Er verfolgt vielmehr dessen Neugründung in Sand bei Kassel und endet mit dem Verkauf des Unternehmens durch die Eigentümerfamilie 1972. Die Studie stützt sich auf eine solide unternehmensarchivalische Quellenbasis. Für die Zeit vor 1945 konnte Schreiber auf einen umfangreichen Aktenbestand des Ruhlaer Stammwerks im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar zurückgreifen. Für die Zeit nach 1945 standen ihm die von Angehörigen der Unternehmerfamilie Thiel aufbewahrten Geschäftsunterlagen zur Verfügung.

Schreiber konzentriert sich im Wesentlichen auf die personelle, unternehmensrechtliche und geschäftliche Entwicklung des Firmenkonglomerats. Vor allem die Kapitalverflechtungen und Besitzverhältnisse nehmen dabei breiten Raum ein. Auch die Unternehmerfamilie kommt vornehmlich aus dieser Perspektive in den Blick: Es werden mit akribischer Genauigkeit und detaillierter Ausführlichkeit der unternehmensrechtliche Status und die Besitzanteile der Angehörigen der Familie dargelegt und der Transfer dieser Rechte im Zuge des Generationenwechsels und der Ausdifferenzierung des Firmenkonglomerats verfolgt. Die wirtschaftliche Entwicklung, die Betriebsorganisation, die Produkt- und Vermarktungsstrategien des Unternehmens werden ebenfalls behandelt, allerdings meist etwas kursorisch. In einem größeren Kapitel beschäftigt sich Schreiber zudem mit dem „Humankapital“ des Unternehmens. Den größten Raum nehmen hier biographische Skizzen der unternehmerisch aktiven Mitglieder der Besitzerfamilie wie auch der „familienfremden“ leitenden Angestellten ein. Diese thematischen Schwerpunkte und der große Detailreichtum führen dazu, dass sich die Studie bisweilen wie ein interner Geschäftsbericht oder ein Rechtsgutachten liest. Für den uneingeweihten Leser ist es mitunter schwierig, sich im Dickicht der Daten und Details zurechtzufinden.

Diese Unübersichtlichkeit hängt nicht zuletzt mit dem augenfälligsten methodischen Manko dieser „Unternehmensbiographie“ zusammen: Ein allgemeines, an den weiteren historiographischen Forschungskontext anknüpfendes Erkenntnisinteresse wird allenfalls sehr vage formuliert. Dabei ist das Buch aus einer Dissertation am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Jena hervorgegangen. Es mutet daher merkwürdig an, dass Schreiber in seiner Einleitung die einschlägige Forschungsdiskussion völlig ignoriert. Das Literaturverzeichnis weist kaum einen Titel aus, der sich nicht mit dem Unternehmen selbst oder seinen Standorten beschäftigt. Naheliegende Anknüpfungspunkte wie Alfred D. Chandlers Thesen zum Unternehmenswachstum kommen ebenso wenig zur Sprache wie die „Stakeholder“- oder „Property Rights“-Ansätze, die für eine analytische Erschließung des Themas möglicherweise nützlich gewesen wären. Dass es mittlerweile eine theoretisch und methodisch fundierte Forschung zu Familienunternehmen gibt, nimmt Schreiber zwar zur Kenntnis, lehnt es aber ausdrücklich ab, sich mit deren Ansätzen, Leitfragen, Thesen und Befunden auseinanderzusetzen (S. 19). Im Ergebnis präsentiert er eine akribisch recherchierte, materialreiche Studie, der aber ein analytischer Zugriff und eine über den Einzelfall hinausgehende Perspektive weitgehend fehlen.

MICHAEL SCHÄFER  
Dresden

VSWG 105, 2018/3, 470–471

Klaus Tenfelde / Toni Pierenkemper (Hg.)

**Geschichte des deutschen Bergbaus. Bd. 3: Motor der Industrialisierung: deutsche Bergbaugeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert**

Aschendorff, Münster 2016, 631 S., 89,00 €.

Dass der dritte Band der vierteiligen Reihe zur Geschichte des deutschen Bergbaus, der sich dem 19. und frühen 20. Jh. widmet, als letzter erschien, ist dem zu frühen Tod Klaus Tenfeldes geschuldet. Dieser war nicht nur der Motor dieses großen Handbuchprojekts, sondern hatte auch die Herausgabe des Bandes über die Geschichte des deutschen Bergbaus in der Industrialisierung übernommen. Sein Werk vollendete als neu hinzugetretener Herausgeber Toni Pierenkemper, ebenfalls ein ausgewiesener Experte für diese Phase.

Erfreulicherweise beschränken sich die Beiträge über die jeweiligen Aspekte der Bergbaugeschichte nicht allein auf die Entwicklung des deutschen Steinkohlenbergbaus, sondern thematisieren auch Braunkohle, Eisen- und Buntmetallerze, Kali etc. Deren Darstellung reicht von der Mitte des 19. Jh.s bis 1914, in einigen Beiträgen auch darüber hinaus. So widmet sich Eva-Maria Roelevink den Verflechtungen der deutschen Montanproduktion mit den weltwirtschaftlichen Rohstoffmärkten bis 1930, die sowohl vom Steinkohlen- und Kaliexport als auch dem Import von Eisenerzen und Buntmetallen geprägt war.

Die Ausführungen über die Wirtschafts-, Unternehmens- und Sozialgeschichte zwischen 1850 und 1914 teilen sich drei Autoren: Pierenkemper arbeitet die Rolle des Bergbaus als Leitsektor der deutschen Industrialisierung heraus, gibt eine konzise Übersicht über die Konjunkturverläufe und stellt ausführlich die Entwicklungsmuster der einzelnen Montanregionen und Bergbauzweige sowie den Einfluss des Staates auf diese dar. Demgegenüber konzentriert sich Dieter Ziegler auf die Unternehmensorganisation des Steinkohlenbergbaus, deren Distribution per Schiff und Bahn sowie die Kartellierung und Branchenkonzentration. Neue Erkenntnisse bietet dabei besonders seine Darstellung der Aufbereitung und der Nebenproduktgewinnung. Das Kapitel beschließt Franz-Josef Brüggemeier mit Ausführungen zu den Lebens- und Arbeitswelten der Bergleute und deren Familien, wobei er auf die Entwicklung der Belegschaften und deren Zusammensetzung, Ausbildung, Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Löhne, Unfallgefahren etc.), Wohnverhältnisse und Freizeitverhalten eingeht. Hierbei berücksichtigt er zwar auch die Entwicklungen im Harz und in dem sauerländischen Blei- und Zinkabbaugebiet bei Ramsbeck, konzentriert sich jedoch auf den Ruhrbergbau, was durch diejenige in den Montanrevieren von Oberschlesien und der Saarregion ergänzt wird – die allerdings immer wieder mit dem ahistorischen Begriff des Saarlandes bezeichnet wird, der erst nach dem Ersten Weltkrieg entstand.

Einen besonders instruktiven Überblick über sein Thema bietet Heinz Reif, der die Stadtentwicklung, Urbanisierung und Migration von Mitte des 19. Jh.s bis zum Ersten Weltkrieg detailliert beschreibt. Er konzentriert sich auf einen Vergleich der drei großen Montanregionen (Ruhr, Saar, Oberschlesien), indem er systematisch deren unterschiedliche Siedlungsstrukturen auf ihre Ursachen hin analysiert. Im Kapitel über die Arbeitsbeziehungen im deutschen Bergbau geht Helmuth Trischler am Beispiel des Steinkohlenbergbaus auf die Entwicklung vom Direktionsprinzip und von der Herr-im-Hause-Haltung Mitte des 19. Jh.s bis zu den ersten Formen der Sozialpartnerschaft

in der Weimarer Republik ein. Auch Stefan Przigodas sehr ausführliche Darstellung sowohl des Engagements von Bergbauunternehmern und -managern in der kommunalen und nationalen Politik als auch des Verbandswesens des Bergbaus und dessen Interessenpolitik bis 1918 konzentriert sich auf den Steinkohlenbergbau, geht jedoch auch auf den Kali- und Erzbergbau des Kaiserreichs ein. Weit darüber hinaus erstrecken sich Gunther Kühnes Ausführungen über die Entwicklung des Bergrechts von 1865 bis in die jüngste Gegenwart, in denen er neben der Weiterentwicklung des preußischen Bergrechts diejenige der anderen Länder-Berggesetze profund darlegt und auch das DDR-Bergrecht einbezieht. Anschließend bietet Rainer Slotta einen guten Überblick über den Bergbau als Thema der Kunst im 19. und 20. Jh., indem er sich mit diesem Sujet in der Malerei, der Darstellung des Bergmanns in der Skulptur sowie der bergmännischen Kleinkunst auseinandersetzt.

Insgesamt bietet auch dieser Band der Reihe, den ein ausführliches Literaturverzeichnis und Register abschließen, einen konzisen und stets auf dem Stand der Forschung befindlichen Überblick über die deutsche Bergbaugeschichte des 19. Jh.s und darüber hinaus. Da das Buch zudem auch mit hochwertigen Abbildungen versehen ist – die zahlreichen Stadtpläne und Landkarten sind hier ebenso positiv zu erwähnen wie die farbig wiedergegebenen Ölbilder – ist zu hoffen, dass er nicht nur das wissenschaftliche Leserpublikum erreicht. Sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich der Ausstattung bildet der Band ein würdiges Gedenken an Klaus Tenfelde.

RALF BANKEN  
Frankfurt a. M.

VSWG 105, 2018/3, 471–473

Hans-Peter Ullmann

**Das Abgleiten in den Schuldenstaat. Öffentliche Finanzen in der Bundesrepublik von den sechziger bis zu den achtziger Jahren**

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2017, 424 S. (20 Tab.), 60,00 €.

Mit der Finanzgeschichte der Bundesrepublik habe sich die zeithistorische Forschung bestenfalls am Rande befasst, heißt es in der Einleitung. Ullmann will diese Lücke füllen und legt eine Studie vor, die aus einem großen Fundus staatlicher und parteipolitischer Archivalien sowie aus Beständen der Bundesbank, des DGB, des WDR und dem Privatarchiv von Helmut Schmidt erstmals detailliert das Terrain erschließt. Die Darstellung ist auf die Zeit der Großen Koalition und der SPD-FDP-Koalition von 1966 bis 1982 bezogen, die vorausgegangenen und nachfolgenden Jahre werden knapp gestreift.

Im Mittelpunkt stehen die „Expansionskoalition“ und deren Politik sowie die in der Krise der Expansion entstandene „Konsolidierungskoalition“. Im Kern geht es zum einen um die Hineinnahme des keynesianischen Konzepts fiskalpolitischer Globalsteuerung in das Instrumentarium der staatlichen Finanzpolitik, die seit den späten 1950er Jahren an Bedeutung in den Diskussionen einschlägiger Fachleute, Gremien und Ministerien gewann und nach der kurzen Wirtschaftskrise



1966/67 mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zum Durchbruch kam. Zum anderen geht es um das Erlahmen des Expansionskonzepts resp. die Falsifizierung des keynesianischen Paradigmas nach 1973 und der 1982 einsetzenden Hinwendung zur neoliberalen Praxis – um den Wandel von der Nachfrage- zur Angebotspolitik. Ullmann vermeidet die Schlagworte „keynesianisch“ und „neoliberal“ konsequent und blendet darüber auch die transnationale Dimension des Themas aus. Ihm geht es um die Handlungsprämissen der deutschen Akteure.

Die „Expansionspolitik“ ging aus den Anstößen hervor, die John Kenneth Galbraith 1958 mit seinem Bestseller „The Affluent Society“ gegeben hatte und die im wachsenden privaten Reichtum des Nachkriegsbooms eine „öffentliche Armut“ diagnostizierte und zu beheben empfahl. Alle Parteien, Interessengruppen und Medien, die Mehrzahl der Fachleute in den Ministerien und der staatlichen Verwaltung eigneten sich die Argumente im Postulat der „Expansion“ an. Der Staat – Bund, Länder, Gemeinden – sollte investieren, um die Infrastruktur des Landes zu verbessern, den öffentlichen Dienst durch personelle Ausweitung effizienter zu gestalten und die Tätigkeitsfelder sozialer Zuständigkeit zu vergrößern. Die Expansionspolitik war an die Überzeugung gebunden, dass sich der Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit verstetigen, Strukturpolitik planen und die Konjunktur steuern lasse. Diese für die 1960er Jahre klassischen Glaubenssätze, die in der Kybernetik und dem französischen Konzept der „Planification“ zum Ausdruck kamen, waren ein gesamtwestliches Phänomen. Sie kamen mit dem Transfer von *New Deal*-Ideen über den Marshall-Plan nach Westeuropa und nach einer Inkubationsphase von zehn bis 15 Jahren um 1960 zum Durchbruch. Bis auf die Erwähnung einzelner Stichworte wie „Keynesianismus“ oder „Bretton Woods“ geht es hier allerdings um eine fast programmatisch innerhalb der Staatsgrenzen verbleibende, aus den deutschen Quellen gearbeitete Darstellung zur bundesrepublikanischen Geschichte. Die Zahlen und Tabellen erweisen sich als äußerst instruktiv, zeigen die fast ideologisch zu nennende Intensität des expansionistischen Handelns, beleuchten die Zweifel der Skeptiker und lassen die Bedingungen für den Fehlschlag der Expansionspolitik deutlich erkennen. Die öffentlichen Schulden stiegen 1966 bis 1982 von 93,1 auf 614,8 Mrd. DM, bei Zinssätzen, die im Durchschnitt über zehn Prozent lagen. Wachsende Arbeitslosigkeit und Inflationsraten bis zu acht Prozent waren in den konjunkturellen Steuerungskonzepten des Staats nicht vorgesehen und ließen sich auch nicht in den Griff bekommen.

Die „Konsolidierungskoalition“ begann sich nach dem Ende von „Bretton Woods“ mit der Freigabe der Wechselkurse im Dollarraum und der daraus resultierenden ersten Ölpreiskrise 1974/75 zu formieren. Protagonist war die Deutsche Bundesbank, die sich als erste von allen westlichen Zentralbanken zum Monetarismus bekannte und den Übergang von der keynesianischen Fiskalpolitik zur neoliberalen Geldpolitik einleitete. Bis zu den Haushaltsplanungen des Jahres 1982 hatten sich die wichtigsten Akteure der ehemaligen Expansionskoalition zur Konsolidierung bekannt, vorangetrieben auch von den Medien. Der Zusammenhang mit der konzeptionellen Anbahnung des Monetarismus über die Mont Pèlerin Society seit 1947/48 und der Chicago School der Wirtschaftswissenschaften bleibt wiederum zugunsten des strikt nationalhistorischen Ansatzes ausgeblendet.

So entsteht ein höchst informatives, detailreiches und sorgfältig gearbeitetes Buch zur Geschichte der Bundesrepublik, das die bei Tony Judt in seiner Geschichte Europas nach 1945 oder die von Adam Tooze und Stefan Eich im Rahmen des „Nach dem Boom“-Projekts überblickshaft formulierten Thesen zur transnationalen Geschichte bestätigt und mit belastbaren Zahlen und Daten substantiell ergänzt. Nur in Nuancen unterschied sich die westdeutsche Entwicklung von der

der anderen Industrieländer im nordatlantischen Wirtschaftsraum. Die nationalhistorischen Abweichungen oder Besonderheiten aufzuweisen und zu erklären, ist das Verdienst des Buchs.

ANSELM DOERING-MANTEUFFEL

Tübingen



This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018